

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter J. Opitz

Das „Land der Morgenstille“ – ein Brennpunkt
der Weltpolitik

Jens Hacker

Die Problematik der Wiedervereinigung Koreas
aus der Sicht beider Staaten

Suck-kyo Ahn

Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas

Volker Grabowsky

Die Demokratische Volksrepublik Korea
im Vorfeld des Umbruchs

B 36–37/88
2. September 1988

Peter J. Opitz, Dr. phil., geb. 1937; Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München; Studium der Politischen Wissenschaft, Sinologie, Philosophie; Research Fellow an der University of California/Berkeley.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Weltprobleme, München 1982²; (Hrsg. zus. mit Gregor Sebba) The Philosophy of Order. Essays on History, Consciousness and Politics, Stuttgart 1981; (Hrsg.) Die Dritte Welt in der Krise, München 1984²; (Hrsg. zus. mit Volker Rittberger) Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen, München/Bonn 1986; (Hrsg. zus. mit Mir A. Ferdowsi) Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen. Zur Rolle der Weltorganisation in Drittwelt-Konflikten, München 1987; Das Weltflüchtlingsproblem. Ursachen und Wirkungen, München 1988.

Jens Hacker, Dr. jur., geb. 1933; Professor für Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Politik an der Universität Regensburg.

Veröffentlichungen u. a.: Sowjetunion und DDR zum Potsdamer Abkommen, Köln 1969²; Der Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR, Köln 1974; Deutsche unter sich — Politik mit dem Grundvertrag, Stuttgart 1977; Der Ostblock — Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939—1980, Baden-Baden 1985²; (zus. mit Dietrich Frenzke und Alexander Uschakow) Die Feindstaatenartikel und das Problem des Gewaltverzichts der Sowjetunion im Vertrag vom 12. 8. 1970, Berlin 1971; (zus. mit Boris Meissner) Die Nation in östlicher Sicht, Berlin 1977, sowie zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften, Sammelwerken und politischen Lexika.

Suck-kyo Ahn, Dr. rer. pol., geb. 1945; Studium der Germanistik an der staatlichen Universität von Seoul (B. A.); der Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg (Diplom-Volkswirt); ebendort Promotion; Lehrstuhlinhaber und Leiter der Forschungsabteilung des „Institute for Sino-Soviet Studies“ an der Hanyang Universität in Seoul.

Veröffentlichungen u. a.: Sozio-ökonomische Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen in Südkorea, Mainz-München 1980, sowie zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.

Volker Grabowsky, Dr. phil., geb. 1959; Studium der Geschichte, Osteuropäischen Geschichte und Mathematik in Kiel; Promotion 1986.

Veröffentlichungen u. a.: Die kambodschanische Tragödie: Untersuchung zur Bevölkerungsentwicklung Kampuchreas, Münster 1982; Nordkorea: Personenkult im Sozialismus, in: Asien, (1986) 18, S. 56—80; Zwei-Nationen-Lehre oder Wiedervereinigung?: Die Einstellung der Partei der Arbeit Koreas und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur nationalen Frage ihrer Länder seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich, Bochum 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 41, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Das „Land der Morgenstille“ — ein Brennpunkt der Weltpolitik

I. Wolken über Olympia

Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 werden in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul die 24. Olympischen Sommerspiele stattfinden. Erst nach ihrem Ende wird sich zeigen, ob die Delegierten, die sich im September 1981 in Baden-Baden auf der Vollversammlung der Nationalen Olympischen Komitees mit 52 gegen 27 Stimmen für die südkoreanische Metropole entschieden, eine glückliche Hand hatten. Leicht dürfte ihnen ihre Entscheidung kaum gefallen sein. Denn der Boykott der 22. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau durch westliche Staaten und die VR China, als Protest gegen die Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan, war noch in frischer Erinnerung und die Revanche des Ostblocks bei den bevorstehenden Olympischen Spielen in Los Angeles war schon absehbar. Angesichts der Tatsache, daß sich die Regierung in Seoul 1980 dem Boykott der Spiele in Moskau angeschlossen hatte, war somit auch die Möglichkeit einer sowjetischen Revanche 1988 in Seoul nicht von der Hand zu weisen.

Die Gefahr eines sowjetischen Boykotts wurde noch dadurch vergrößert, daß es für die Führung in Moskau zusätzlich gute politische Gründe gab, die südkoreanische Hauptstadt zu meiden. Denn abgesehen davon, daß sie zu Südkorea keine diplomatischen Beziehungen unterhält, hatte die Regierung im nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel, die Moskau als einzige legitime Regierung anerkennt, vehement gegen die Entscheidung des Olympischen Komitees zugunsten Seouls protestiert. Trat Moskau aus Loyalität gegenüber Pjöngjang in Seoul jedoch nicht an, so drohte eine Kettenreaktion. Denn dann würde auch der andere große asiatische Nachbar und Verbündete Nordkoreas — die VR China — zögern, ein eigenes Team nach Südkorea zu entsenden. Einem sowjetischen und chinesischen Boykott aber würden sich mit Sicherheit zahlreiche andere sozialistische Staaten in aller Welt anschließen und damit den Spielen im „Land der Morgenstille“ erheblich von dem Glanz nehmen, den sich die Veranstalter erhofften.

Doch es waren nicht nur die Schatten der Rivalität der Großmächte, die schon lange vor Beginn der Spiele am fernen Horizont aufzogen und sich erst gegen Anfang dieses Jahres verzogen, als sowohl Moskau wie Peking die Teilnahme an den Olympischen Spielen bekanntgaben und die Mehrzahl der

sozialistischen Staaten ihrem Schritt folgte. Nicht minder real waren andere Bedrohungen: die Gefahren terroristischer Anschläge oder gar einer größeren militärischen Aktion, mit der der „Norden“ versuchen würde, die Austragung der für den „Süden“ so prestigeträchtigen Spiele zu verhindern. Schließlich wird die koreanische Halbinsel seit 1953 entlang des 38. Breitengrades von einer der „heißesten“ Grenzen der Welt durchzogen, an der sich Hunderttausende von Soldaten in höchster Alarmbereitschaft gegenüberstehen, und von der es heißt, daß sie „nicht einmal ein Vogel lebend überquert“. Im Falle eines Wiederauflebens der Kampfhandlungen wäre das nur sechzig Kilometer südlich des 38. Breitengrades liegende Seoul unmittelbar bedroht.

Neben der Möglichkeit erneuter Kampfhandlungen bestand die größere Gefahr terroristischer Anschläge, mit denen der „Norden“ seit Jahren Südkorea zu verunsichern sucht. Wie real diese Gefahr war, zeigte sich fast genau zwei Jahre nach der Entscheidung des Olympischen Komitees: Anfang Oktober 1983 kam es anlässlich eines Staatsbesuchs einer südkoreanischen Regierungsdelegation unter Leitung des damaligen Staatspräsidenten der Republik Korea, Chun Doo-hwan, in Birma zu einem vom nordkoreanischen Geheimdienst inszenierten Bombenanschlag auf die südkoreanische Delegation, dem 15 Mitglieder — unter ihnen Außenminister Lee Bum Suk und drei weitere Minister — zum Opfer fielen. Erheblich näher im zeitlichen Vorfeld der Olympischen Spiele erfolgte ein weiterer Anschlag, der ebenfalls dem nordkoreanischen Geheimdienst angelastet wird: ein Anschlag auf eine Boeing 707 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL, bei dem Ende 1987 alle 115 Insassen der Maschine ums Leben kamen.

Während die USA nach dem Flugzeug-Attentat Nordkorea auf die Liste jener Länder setzten, die den internationalen Terrorismus unterstützen und Japan gegen Pjöngjang Sanktionen verhängte, kündigte der Verteidigungsminister Südkoreas Oh Ya Bok für die nächsten zwölf Monate eine erhöhte Verteidigungsbereitschaft seines Landes an und stellte gleichzeitig öffentlich fest, daß sein Land in Zukunft einen ähnlichen Zwischenfall als „Kriegserklärung“ betrachten würde. Gleichsam im Gegenzug ordnete die Regierung Nordkoreas Mitte

März dieses Jahres als Reaktion auf die Manöver amerikanisch-südkoreanischer Verbände für ihre Streitkräfte „höchste Gefechtsbereitschaft“ an. Obwohl es seitdem nicht mehr zu weiteren Zwischenfällen kam, hält die Spannung weiter an. So stufte der neugewählte Präsident Südkoreas Roh Tae Woo westlichen Presseberichten zufolge auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Seoul die derzeitige Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel als „möglicherweise die kritischste Zeit seit dem Koreakrieg“ ein und rief zu höchster Wachsamkeit gegenüber möglichen Provokationen durch Nordkorea oder „inländische und internationale Terror-Organisationen“¹⁾ auf. In den folgenden Monaten häuften sich Meldungen über Truppenkonzentrationen in einem 140 Kilometer breiten Gürtel nördlich der Grenze sowie Hinweise, denen zufolge Nordkorea entlang der entmilitarisierten Zone Raketen sowjetischer Herkunft vom Typ SA-5 und Scud-B installiert habe²⁾.

Obwohl angesichts der bisherigen Erfahrungen mit dem unberechenbaren Regime im „Norden“ die Unruhe in Seoul durchaus verständlich ist, erscheint die gegenwärtige Dramatik ein wenig überzogen. Denn gegen ernsthafte Störversuche Pyong-

yangs während der Olympischen Spiele spricht nicht nur, daß sich das nordkoreanische Regime damit international vollends isolieren und auch seine beiden kommunistischen Schutzmächte verärgern würde. Gegen sie spricht auch und vor allem die innere Logik der politischen Entwicklungen, die sich im regionalen und internationalen Umfeld der koreanischen Halbinsel in den letzten vier Jahrzehnten vollzogen haben.

Auf sie soll im folgenden Beitrag eingegangen werden. In ihm werden zuerst die größeren historischen Zusammenhänge skizziert, in denen Korea gesehen werden muß, sowie die Entwicklungen, die schließlich zu Beginn der fünfziger Jahre zum Korea-Krieg führten. Ein dritter Teil geht dann auf die wichtigsten Ereignisse und Prozesse ein, die seit dem Ende des Krieges die Situation in und um die koreanische Halbinsel beeinflusst haben; dabei werden die Entwicklungen innerhalb und zwischen den beiden koreanischen Staaten nur gestreift. Ein vierter Teil wird schließlich die Lage in und um Korea seit Beginn der achtziger Jahre beleuchten und mit einem kurzen Ausblick auf die mögliche weitere Entwicklung schließen.

II. Die koreanische Halbinsel im Spannungsfeld des Imperialismus

Es ist verständlich, daß viele Darstellungen, die sich in diesen Tagen mit der koreanischen Halbinsel befassen, mit Rückblicken auf den Korea-Krieg am Anfang der fünfziger Jahre beginnen — dennoch ist diese Perspektive problematisch. Denn sie verstellt die tieferen historischen Zusammenhänge und Kontinuitäten, in denen dieser Krieg steht und verführt dazu, ihn auf die Dimension des Ost-West-Konflikts zu reduzieren. Damit wird sie weder dem Korea-Krieg gerecht, der selbst in der Kontinuität zweier anderer Kriege gesehen werden muß, die seit der „Öffnung“ Koreas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die koreanische Halbinsel geführt wurden; noch öffnet sie den Blick für die zentrale Rolle, die diese Halbinsel in Nordostasien seit einem Jahrhundert in der Weltpolitik spielte. Um diese Perspektive nicht zu verdecken, ist zumindest ein kurzer Rückblick auf die „Öffnung“ Koreas und auf das weitere Schicksal des Landes in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts nötig³⁾.

Ähnlich wie das „Reich-der-Mitte“, zu dem es seit vielen Jahrhunderten in einem Tribut-Verhältnis stand, so hatte sich auch Korea im 19. Jahrhundert in eine Isolation zurückgezogen. Ähnlich wie der große Nachbar, wenngleich ein wenig später, war jedoch auch die koreanische Halbinsel bald in die Spannungsfelder der Großmächte geraten, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Ostasien erfaßt hatten. Denn während die Macht Chinas — angesichts innerer Rebellionen und eines zunehmenden militärischen Drucks der europäischen Großmächte und der USA — allmählich zu zerfallen begann, hatte das politische Gewicht Rußlands und des aus den Meiji-Reformen gestärkt hervorgegangene Japan zugenommen. Dabei war schon bald absehbar, daß das nach Süden expandierende zaristische Reich und das seine Einflußsphären nach Westen und Südwesten vorschiebende Japan in absehbarer Zeit miteinander in Konflikt geraten müßten und daß sich dieser Konflikt vor allem an den Ansprüchen auf zwei Gebiete entzünden würde: der Mandschurei und Korea. Denn beide Gebiete begannen für die anlaufende Industrialisierung Japans wie auch hinsichtlich der Ernährungssicherung der wachsenden japanischen Bevölkerung eine wichtige Ergänzung darzustellen; bei Korea, das eine Art Sprungbrett von den japanischen Inseln zum asiatischen Festland bildet, kamen noch strategische Gründe hinzu.

1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 28./29. Mai 1988.

2) SZ, 16./17. Juni 1988; 9. Juli 1988.

3) Vgl. Key-hiuk Kim, *The Last Phase of the East Asian World Order. Korea, Japan, and the Chinese Empire, 1860—1882*, Berkeley u. a. 1980; Ki-baik Lee, *A New History of Korea*, Cambridge u. a. 1984; in beiden Büchern finden sich umfangreiche weiterführende Literaturangaben.

Bezeichnenderweise war es denn auch Japan, das als erste der beiden Mächte Schritte unternahm, die Selbstisolierung Koreas aufzubrechen. Zu diesem Zweck benutzte Tokyo einen eigens dazu inszenierten Schiffszwischenfall — den sogenannten Unyo-Zwischenfall — um die Aufnahme bilateraler Beziehungen zu erzwingen. Im Vertrag von Kwanghwa im Jahre 1876 anerkannte Japan Korea als eine unabhängige Nation „mit den gleichen souveränen Rechten wie Japan“ und ließ sich dafür unter anderem Zugang zu einigen koreanischen Häfen, die Einrichtung von Gesandtschaften sowie exterritoriale Rechte für die in Korea wohnhaften Japaner einräumen. Obwohl Japan die Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas als Beweis seiner ehrenwerten Absichten ausgab, war unübersehbar, daß dies lediglich der erste Schritt war, um Korea aus seinen tributären Bindungen zum „Reich-der-Mitte“ zu lösen. Mit dem Vertrag von Kwanghwa hatte Korea die Bühne der internationalen Politik betreten bzw. war auf sie hinausgezerrt worden.

Schon bald mußte Korea lernen, daß auf dieser Bühne rauhe Sitten herrschten, denen das kleine Land kaum gewachsen war. Denn schon bald folgten dem ersten Schritt Japans die nächsten — alle darauf ausgerichtet, den traditionellen Einfluß Chinas und der westlichen Mächte, die in den achtziger Jahren ebenfalls Handels- und Freundschaftsverträge mit Korea abgeschlossen hatten, zurückzudrängen und die Halbinsel fest in den eigenen Herrschaftsbereich zu integrieren. Diese Politik mußte wiederum den Widerstand des „Reich-der-Mitte“ provozieren, das seine Position in Korea zu verteidigen und zu konsolidieren suchte. Die ständig eskalierende Rivalität zwischen Peking und Tokyo führte 1894 schließlich zum Krieg, der mit der Niederlage Chinas endete. Bezeichnenderweise gehörte neben der Abtretung Taiwans und der Pescadorens an Japan der Verzicht Chinas auf die Oberhoheit über Korea zu dem Preis, den das chinesische Kaiserreich im Vertrag von Shimonoseki (17. April 1895) für den verlorenen Krieg zu zahlen hatte. Damit war die erste Macht im Ringen um Korea ausgeschieden; sie sollte in das Geschehen auf der östlichen Halbinsel erst ein halbes Jahrhundert später — in dessen Verlauf sie sich selbst gegen die imperialistischen Angriffe Japans zur Wehr setzen mußte — wieder eingreifen.

Die zweite Macht, die ausschied, war zehn Jahre nach Shimonoseki Rußland. Zunächst hatte sich die Niederlage Pekings positiv für Rußland ausgewirkt. Denn in einem Bündnisvertrag hatte die chinesische Regierung — gegen Kredite und den Schutz der Liaotung-Halbinsel gegen japanische Annexionsabsichten — Petersburg das Recht eingeräumt, durch chinesisches Gebiet eine Eisenbahn zu bauen, die die transsibirische Eisenbahn mit dem Flottenstützpunkt Wladiwostok verbinden sollte. Nur kurze Zeit später verlangte allerdings Rußland selber die

pachtweise Abtretung der Liaotung-Halbinsel mit den Häfen Port Arthur und Dairen, der erste sollte Kriegshafen ihrer Fernostflotte werden, der zweite Handelshafen⁴⁾.

Mit der ostchinesischen Eisenbahn, den Häfen Port Arthur und Dairen sowie dem Bau der südmandschurischen Eisenbahn, die Port Arthur mit der ostchinesischen Eisenbahn verband, hatte Rußland nun die Infrastruktur sowie eine starke militärische Position, in deren Schutz es die wirtschaftliche Entwicklung der Mandschurei in Angriff nehmen konnte. Vielleicht hätte sich Japan mit der Einbeziehung der Mandschurei in die russische Interessensphäre abgefunden, hätte Rußland im Gegenzug die japanische Oberhoheit über Korea akzeptiert. Da Rußland jedoch inzwischen längst selbst ein Auge auf die strategisch günstig gelegene Halbinsel mit ihren wichtigen Warmwasserhäfen geworfen und 1899 den Versuch unternommen hatte, den koreanischen Hafen Masan als Flottenstützpunkt zu erwerben, war der Konflikt unvermeidlich. Bei ihm konnte sich Tokyo der Rückendeckung durch Großbritannien und die USA sicher sein, da beide Mächte die russische Expansion mit Besorgnis beobachteten und in Japan eher das kleinere Übel sahen. So war es schon im Januar 1902 zu einem gegen den russischen Expansionismus gerichteten Bündnisvertrag zwischen Japan und Großbritannien gekommen. Im Jahre 1904 brach der Krieg zwischen Rußland und Japan aus und endete mit dem Sieg Tokyos. Gleich nach Ausbruch des Kriegs hatte Tokyo die Hauptstadt Koreas, Seoul, durch japanische Truppen besetzen lassen und von Korea die Kündigung seiner Verträge mit Rußland erzwungen. Im Frieden von Portsmouth (5. September 1905) gingen die russischen Rechte auf die Liaotung-Halbinsel mit Dairen und Port Arthur auf Japan über; er bestimmte zudem den Abzug russischer und japanischer Truppen aus der Mandschurei und anerkannte Japans „überragende politische, militärische und wirtschaftliche Interessen“ in Korea. Korea wurde im gleichen Jahr japanisches Protektorat und 1910, nach der Ermordung des japanischen Generalresidenten Hirobumi Ito, offen von Japan annektiert.

Zwischen 1910 und 1945 — also bis zur Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg — blieb Korea japanische Kolonie. Obwohl die Kolonialmacht eine Reihe wichtiger Reformen im Bildungsbereich einleitete, die Infrastruktur ausbaute, die Landwirtschaft modernisierte und im nördlichen Teil die Grundlagen zur Industrialisierung legte, dienten diese Maßnahmen lediglich dazu, den Nutzen Koreas für Japan zu steigern. Dagegen wurde die koreanische Bevölkerung aller politischen Rechte be-

⁴⁾ Zum historischen Hintergrund siehe Gottfried-Karl Kindermann, *Der Ferne Osten in der Weltpolitik des industriellen Zeitalters*, Lausanne 1970.

raubt, das Land wirtschaftlich ausgebeutet und einer brutalen Kolonialherrschaft unterworfen, die auf eine Auslöschung der alten koreanischen Kultur abzielte. Nach Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges (Juli 1937), vor allem aber nach dem

Angriff Japans auf Pearl Harbour (Dezember 1941) verschärfte sich die Ausbeutung noch weiter; zudem wurden Zehntausende von Koreanern zur Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie und in den Kriegsdienst gepreßt.

III. Vorspiel zum Krieg, der Krieg und seine Folgen

Als Japan am 14. August 1945 kapitulierte, waren schon einige wichtige Entscheidungen über die Zukunft Koreas gefallen. Auf der Konferenz von Kairo (November 1943) hatten sich Roosevelt, Churchill und Chiang Kai-shek unter anderem darauf geeinigt, daß Korea „zu gegebener Zeit (in due course) frei und unabhängig“ werden sollte⁵⁾. Hinter dieser Formulierung stand die Vorstellung des amerikanischen Präsidenten, die ehemaligen Kolonialgebiete Korea und Indochina erst einmal vorübergehend einer internationalen Treuhandschaft zu unterstellen, um sie auf die spätere Unabhängigkeit vorzubereiten. Der Idee einer internationalen Treuhandschaft für Korea stimmte auf den Konferenzen in Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli 1945) auch die Sowjetunion zu, die in Kairo nicht vertreten war. Im Dezember 1945 beschloß schließlich eine Außenministerkonferenz der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion zum einen eine fünfjährige Treuhandschaft dieser drei Mächte sowie Chinas über Korea und zum anderen die Errichtung einer amerikanisch-sowjetischen „Gemeinsamen Kommission“, die sich mit der Bildung einer provisorischen Regierung befassen sollte; schon zuvor im August hatten sich Washington und Moskau über die vorübergehende Teilung der Halbinsel entlang des 38. Breitengrades geeinigt.

Nachdem Großbritannien im Zweiten Weltkrieg seinen einstigen Status als pazifische Großmacht verloren hatte, Japan nach seiner totalen Niederlage vorerst von der weltpolitischen Bühne abgetreten war und China durch den allmählich sich entwickelnden Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten gelähmt und auf sich selbst bezogen war, lag das zukünftige Schicksal Koreas weitgehend in den Händen der USA und der Sowjetunion, den eigentlichen Siegern des Zweiten Weltkriegs. Während die USA der koreanischen Halbinsel in ihrer Sicherheitspolitik jedoch zunächst nur einen untergeordneten Platz einräumten und der amerikanische Außenminister Acheson selbst noch im Januar 1950 die amerikanischen Sicherheitsgarantien in der asiatisch-pazifischen Region auf eine Linie beschränkte, die sich von Japan über die Ryukyu-Inseln und die Philippinen bis nach Neuseeland hinzog und damit außer Taiwan und Indo-

china auch Korea ausgrenzte⁶⁾, war sich Stalin von Anfang an der geostrategischen Bedeutung Koreas bewußt und auch bestrebt, die Halbinsel in die sowjetische Einflußsphäre einzubeziehen.

In dieser Absicht wurde Stalin von zwei Entwicklungen in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre bestärkt: Zum einen von dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und dem Ausbruch des Ost-West-Konflikts, und zum anderen von der Niederlage der national-chinesischen Regierung, mit der Stalin noch im Herbst 1945 einen Freundschaftspakt abgeschlossen hatte, und der Machtergreifung der chinesischen Kommunisten unter Führung von Mao Tse-tung im Oktober 1949. Beide Entwicklungen erhöhten aus sowjetischer Sicht die strategische Bedeutung der koreanischen Halbinsel — einerseits gegenüber den USA, die angesichts des schnell eskalierenden Ost-West-Konflikts auch im asiatisch-pazifischen Bereich nun ihr Sicherheitssystem auszubauen begannen und dabei den einstigen Gegner Japan einbezogen; andererseits gegenüber den chinesischen Kommunisten. Denn wenn sich Mao Tse-tung auch für eine Politik der „einseitigen Anlehnung“ an die Sowjetunion entschieden hatte, so dürfte sich Stalin doch der tiefgreifenden Differenzen bewußt gewesen sein, die die beiden kommunistischen Parteien trennten. Sollte er sich jedoch über das Selbstbewußtsein der siegreichen chinesischen Kommunisten und ihrer nationalistischen Ziele Illusionen hingegeben haben, so holten ihn die im Winter 1949 anlaufenden Verhandlungen mit Mao über einen Freundschafts- und Bündnisvertrag schnell auf den Boden der Realität zurück: Denn Mao beharrte nicht nur auf dem Abbau der sowjetischen Sonderrechte in Port Arthur und Dairen, sondern traf auch erste Anstalten, um den sowjetischen Einfluß in der Mandschurei zurückzudrängen. Angesichts eines immer selbstbewußter auftretenden China und des bevorstehenden Verlustes der beiden Hafenstädte auf der einen Seite und eines in das amerikanische Sicherheitssystem integrierten Japan auf der anderen war die koreanische Halbinsel für die Sowjetunion von kaum zu überschätzender Bedeutung. Es lag somit sowohl in der Logik der aktuellen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg wie auch in der Tradition der russi-

⁵⁾ Department of State Bulletin, Vol. IX, 4. Dezember 1943, S. 393.

⁶⁾ Congressional Quarterly Inc., China — US Policy since 1945, Washington 1980, S. 308—311; Won Sul Lee, The United States and the Division of Korea, 1945, Seoul 1982.

schen Expansionspolitik bis zum verlorenen Krieg gegen Japan von 1904/5, daß Stalin versuchen würde, Korea ganz oder wenigstens teilweise unter seine Kontrolle zu bringen.

Vor diesem größeren internationalen Hintergrund war absehbar, daß die Chancen Koreas, nach einer kurzen Treuhandzeit endlich in die Unabhängigkeit entlassen zu werden, schlecht standen; die weitere Entwicklung bestätigte diesen Befund. Denn schon bald kam die Arbeit der amerikanisch-sowjetischen „Gemeinsamen Kommission“ zum Erliegen, so daß sich im Herbst 1947 die amerikanische Regierung dazu entschloß, das Problem den Vereinten Nationen vorzulegen, die sich im November 1947 der Korea-Frage annahmen und eine internationale Kommission bildeten, unter deren Aufsicht im Frühjahr 1948 in beiden Teilen Koreas freie Wahlen für eine koreanische Nationalversammlung durchgeführt werden sollten. Da Stalin jedoch, in Erwartung eines für Moskau negativ verlaufenden Wahlausgangs, die Zuständigkeit der Vereinten Nationen nicht anerkannte und infolgedessen auch der UN-Kommission den Zugang zu Nordkorea verweigerte, kam es im „Norden“ und „Süden“ zu getrennten Wahlen. Während die aus den von der UN beaufsichtigten Wahlen im „Süden“ hervorgegangene Nationalversammlung im Juli 1948 eine Verfassung verabschiedete und im August 1948 die „Republik Korea“ proklamierte (mit Dr. Syngman Rhee als Präsidenten), rief der im „Norden“ aus den Wahlen siegreich hervorgegangene Kim Il-sung im September die „Volksrepublik Korea“ aus^{6a)}. Damit war die Teilung der Halbinsel in zwei einander feindlich gegenüberstehende Staaten besiegelt; schon im Dezember 1948 hatten die sowjetischen Truppen den „Norden“ verlassen, und im Mai 1949 hatten auch die USA ihre Verbände aus Südkorea abgezogen.

Der Entspannungszustand war nur von kurzer Dauer; am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Verbände die Grenze mit dem Ziel einer gewaltsamen Wiedervereinigung der Halbinsel unter kommunistischer Herrschaft. Der Kriegsverlauf, auf den hier nicht weiter eingegangen werden muß⁷⁾, verlief überaus wechselhaft: Nachdem die nordkoreanischen Truppen in kurzer Zeit Seoul erobert und den größten Teil der Halbinsel in ihre Gewalt gebracht hatten, gelang es den unter dem Kommando des amerikanischen Oberbefehlshabers für den Fernen Osten, General MacArthur, stehenden UN-Streitkräften, sie bis an die chinesische Grenze zurückzuwerfen, in der Absicht, die im Oktober 1950 von der UN-Generalversammlung geforderte Wiedervereinigung Koreas zu realisie-

ren. Daß dieses Ziel scheiterte, war im wesentlichen die Folge des Eingreifens starker chinesischer Freiwilligenverbände, die Ende November 1950 nach mehreren Warnungen der chinesischen Regierung die zum Yalu vorrückenden UN-Verbände angriffen⁸⁾. Aus Sorge, damit einen Krieg mit den USA zu provozieren, hatte die Sowjetunion die Entsendung eigener Truppen unterlassen und sich auf materielle und diplomatische Hilfe Nordkoreas beschränkt.

Nachdem sich die Front wieder am 38. Breitengrad stabilisiert hatte, kam es nach schwierigen Verhandlungen in Panmunjon am 27. Juli 1953 zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens⁹⁾; dessen Unterzeichnung die südkoreanische Regierung jedoch ablehnte. Bis heute zählt die durch den Frontverlauf markierte Waffenstillstandsgrenze zu einer der am stärksten befestigten und „heißesten“ Grenzen der Welt.

Der Koreakrieg hatte nicht nur die koreanische Halbinsel verwüstet, riesige Flüchtlingsströme ausgelöst und der Zivilbevölkerung unermeßliches Leid gebracht, sondern auch im internationalen Umfeld schwere Erschütterungen hervorgerufen, die wiederum zu tiefgreifenden Veränderungen der politischen Gemengelage in Ostasien führten:

1. Die USA hatten die erst Anfang 1950 verkündete Acheson-Doktrin ad acta gelegt und eine Politik eingeleitet, die ein weiteres Vordringen des Kommunismus in Asien unterbinden sollte. Zu ihren wichtigsten Elementen gehörte das militärische Eingreifen der USA auf der koreanischen Halbinsel, die Entsendung der siebten amerikanischen Flotte in die Straße von Taiwan und die Absicherung der dorthin geflohenen national-chinesischen Regierung gegen einen drohenden Angriff vom Festland sowie die Unterstützung Frankreichs durch Militärhilfe gegen die Vietminh in Indochina¹⁰⁾. Diese Politik wurde in den Jahren nach dem Krieg durch den Aufbau eines weit verzweigten bi- und multilateralen Bündnissystems im asiatisch-pazifischen Bereich vertieft. Zu diesem gehörte auch ein Sicherheitspakt (8. August 1953) mit der Regierung in Seoul, der den USA das Recht zur Stationierung von Streitkräften in Südkorea einräumte, sowie ein weiteres Abkommen (17. No-

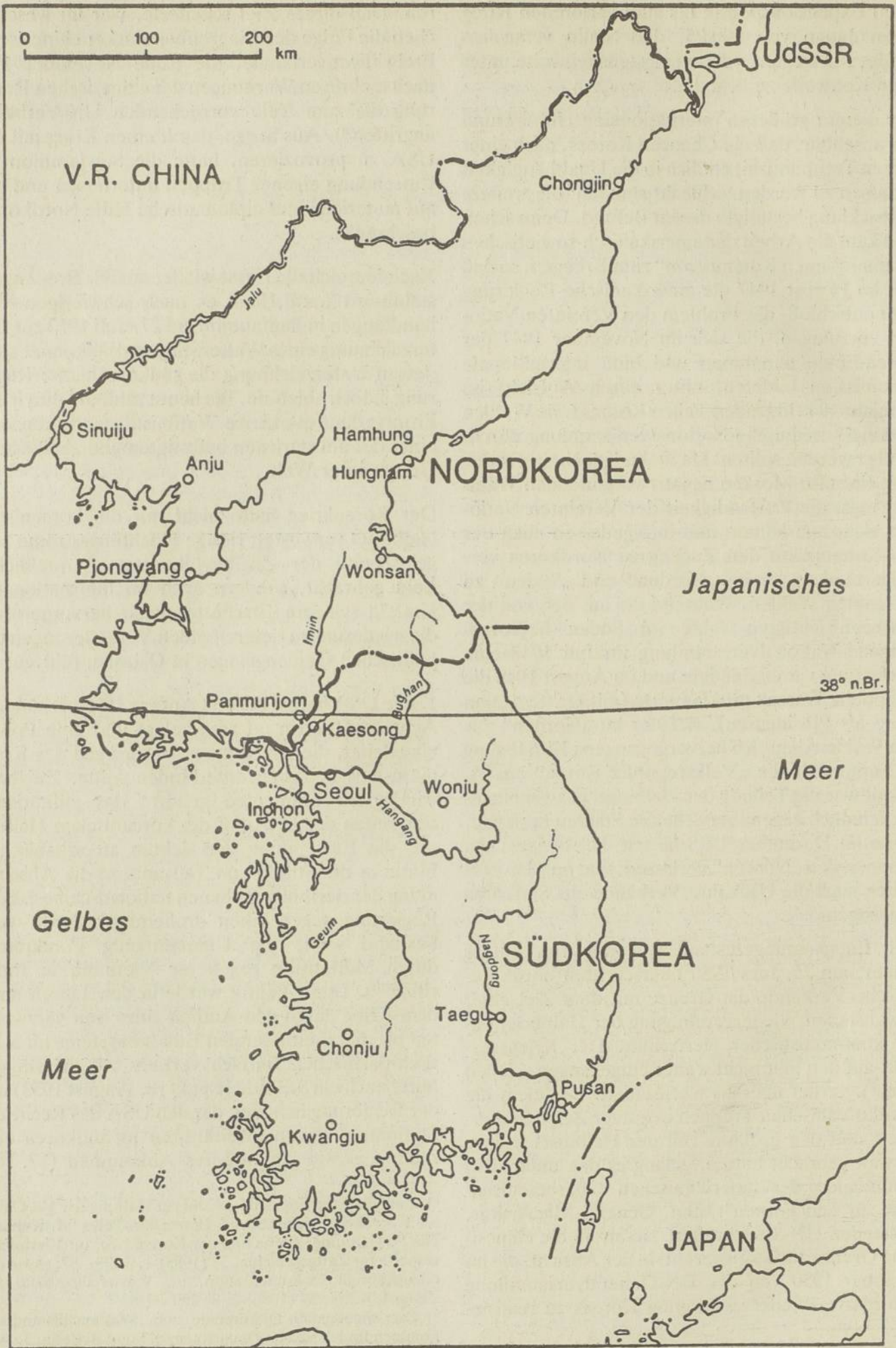
⁸⁾ Zum jüngsten Forschungsstand zur Haltung der VR China im Koreakrieg siehe Bernd Bonwetsch/Peter M. Kuhfuß, Die Sowjetunion, China und der Koreakrieg, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 33 (1985) 1, S. 28–87; sowie die dazugehörige Dokumentation, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986) 2, S. 269–289.

⁹⁾ Die wichtigsten Dokumente zum Waffenstillstandsabkommen finden sich im Department of State Bulletin, 3. August 1954, S. 131–194; ebda., S. 246–287; siehe auch Dae Hyun Yang, Die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea 1951–1953. Eine multiperspektivische Konstellationsanalyse, München 1982.

¹⁰⁾ Department of State Bulletin, 3. Juli 1950, S. 5.

^{6a)} Zu Kim Il-sung und dem Kommunismus in Korea siehe Robert A. Scalpino/Chong-Sik Lee, Communism in Korea, Berkeley 1972.

⁷⁾ Siehe J. C. Golden, Korea. The Untold Story of War, New York 1982.



Kartografie: Joachim Zwick, Gießen

vember 1954), das die Truppen Südkoreas dem Oberkommando der UN-Streitkräfte unterstellte.

2. Einen strategischen Rückschlag in doppelter Hinsicht hatte die Sowjetunion hinnehmen müssen: Zum einen infolge der Ausweitung der amerikanischen containment-Politik auf die asiatisch-pazifische Region, insbesondere durch den verstärkten Wiederaufbau des in das amerikanische Sicherheitssystem einbezogenen Japans; zum anderen auf Grund der Tatsache, daß sich die Hoffnungen auf die Ausweitung der Kontrolle über die gesamte koreanische Halbinsel nicht nur nicht erfüllt hatten, sondern daß es Kim Il-sung im Verlaufe des Krieges sogar gelungen war, sich in eine unabhängigere Position gegenüber Moskau zu lavieren. Der einzige Pluspunkt von Gewicht war, daß sich Peking durch sein militärisches Eingreifen international isoliert hatte, daß es damit auch die Chance eines Arrangements mit Washington verspielt hatte und in stärkere strategische Abhängigkeit zu Moskau geraten war. Dagegen hatte die chinesische Führung durch

die militärischen Erfolge in Korea weiter an Selbstbewußtsein gewonnen und ihre Reputation im sozialistischen Lager erhöht — insbesondere in den Augen von Kim Il-sung, dessen Regime ohne das Eingreifen der chinesischen Verbände politisch nicht überlebt hätte.

3. Den weitreichendsten Einfluß hatte das Geschehen in Korea wohl auf die VR China, die durch ihr Eingreifen in eine Konfrontation zu den USA geraten war, was nicht nur zur politischen Isolierung Pekings durch die westlichen Staaten führte — und damit zu einer stärkeren Abhängigkeit von Moskau —, sondern auch zum Aufbau und zur diplomatischen Aufwertung einer Alternative in Form der nach Taiwan geflüchteten chinesische Nationalregierung, deren Existenz Washington im Dezember 1954 durch einen Bündnisvertrag absicherte. Positiv zu Buche schlugen lediglich die verbesserten Beziehungen zu Pyonyang, was sich nach Ausbruch des sino-sowjetischen Krieges als wichtig erweisen sollte.

IV. Die Fronten entspannen sich

Während sich im ersten Jahrzehnt nach Beendigung des Korea-Krieges die Bemühungen beider koreanischer Teilstaaten auf den Wiederaufbau und die Modernisierung des Landes konzentrierten — wobei sich auf seiten Südkoreas insbesondere die USA durch umfangreiche Wirtschaftshilfe engagierten, während Nordkorea von der UdSSR und den anderen Staaten des COMECON Unterstützung erhielt —, begann sich die militärische Lage auf der Halbinsel vorsichtig zu entspannen. Dazu trug sowohl der Abzug der chinesischen Verbände in den Jahren bis 1958 bei, wie auch die anhaltende militärische Präsenz der USA im „Süden“ — denn beide stabilisierten das militärische Gleichgewicht auf der Halbinsel und verminderten damit die Gefahr eines erneut ausbrechenden militärischen Konfliktes. Beruhigend wirkte aber auch der Verzicht der nach dem Sturz Syngman Rhee im Frühjahr 1960 an die Macht gekommenen neuen südkoreanischen Regierung auf eine gewaltsame Wiedervereinigung der Halbinsel.

Doch auch im internationalen Umfeld war in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein Prozeß in Gang gekommen, der sich mittelfristig auf die Situation in und um Korea eher entspannend auswirken sollte: die von Nikita Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 eingeleitete Politik der „friedlichen Koexistenz“ gegenüber dem Westen sowie die Annäherung der Sowjetunion an die jungen Staaten Asiens und Afrikas. Diese Politik Moskaus war für Nordkorea in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen, als die durch sie ausgelösten Divergenzen bald zum Kon-

flikt und nach dem Herbst 1963 zum endgültigen Bruch zwischen den beiden kommunistischen Großmächten führten, was die Position des nun von Peking und Moskau umworbenen Kim Il-sung weiter festigte, ihn gleichzeitig jedoch zu einem komplizierten Lavieren zwischen ihnen zwang. Symptomatisch für diese Situation, aber auch für die geschickte Politik Kims, waren die fast zur gleichen Zeit geschlossenen Freundschafts- und Beistandsverträge mit der UdSSR (6. Juli 1961) und der VR China (11. Juli 1961)¹¹⁾. Zum anderen, weil Chruschtschows Suche nach einem Ausgleich mit den USA für Nordkorea mit der Gefahr verbunden war, daß sich Moskau der von Kim angestrebten Wiedervereinigung verschließen und die Existenz bzw. friedliche Koexistenz zweier koreanischer Staaten akzeptieren könnte.

Angesichts dieser divergierenden Interessenlagen der beiden Staaten war es kaum überraschend, daß die Beziehungen zwischen Pyonyang und Moskau Anfang der sechziger Jahre Symptome einer Abkühlung und Entfremdung zeigten und daß Nordkorea Chruschtschows Handhabung der Kuba-Krise und die sowjetische Haltung im indisch-chinesischen Krieg kritisierte und offene Sympathien für die militante Politik Pekings zum Ausdruck brachte.

Abkühlung gegenüber Moskau und Annäherung an chinesische Positionen wurden auch auf wirtschaft-

¹¹⁾ Chin O. Chung, *Pyonyang between Peking and Moscow: North Korea's Involvement in the Sino-Soviet Dispute 1958—1975*, Birmingham 1978.

lichem Gebiet deutlich. So wuchs angesichts des Abzugs aller sowjetischen Experten aus China im Sommer 1960 und zunehmender wirtschaftlicher Pressionsversuche Chruschtschows auch auf Nordkorea, Kims Interesse an wirtschaftlicher Autonomie. In der von ihm konzipierten Politik der *chuch'e* fand seine Sorge um die Wahrung der Unabhängigkeit ihren konzentrierten ideologischen Ausdruck¹²⁾. Andererseits führte der sich allmählich intensivierende Krieg in Indochina, insbesondere die amerikanischen Luftangriffe auf nordvietnamesische Städte, Kim Il-sung bald die Grenzen dieses Unabhängigkeitsstrebens und die Wichtigkeit guter Beziehungen zu Moskau vor Augen. Insofern stieß das Bemühen der Nachfolger Chruschtschows, der im Oktober 1964 gestürzt worden war, um eine Verbesserung der Beziehungen zu Pyonyang auf volle Zustimmung. Bezeichnenderweise nahm der nordkoreanische Premier im November 1964 an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktober-Revolution in Moskau teil — ein Besuch, der schon im Februar 1965 vom sowjetischen Premier Kossygin in Pyonyang erwidert wurde¹³⁾.

Neben dem Vietnam-Krieg waren es vor allem zwei Ereignisse, die sich förderlich auf die weitere Zusammenarbeit der beiden Staaten auswirkten: Die im Herbst 1965 in China ausbrechende Kulturrevolution, die die politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Pekings zunehmend beeinträchtigte, sowie der am 22. Juni 1965 unterzeichnete Grundlagenvertrag zwischen Seoul und Tokyo und die in seiner Folge sich nun rasch vertiefende Zusammenarbeit der beiden Staaten, insbesondere auf wirtschaftlichem Sektor, deren stimulierende Auswirkungen auf die Wirtschaft Südkoreas Pyonyang zunehmend irritierten¹⁴⁾.

Eine ähnliche Wirkung wie der sino-sowjetische Konflikt, der zu Beginn der sechziger Jahre — bei allen Turbulenzen, die er in der sozialistischen Welt und in den Beziehungen zwischen Nordkorea und den beiden kommunistischen Großmächte auslöste — in seiner Gesamtbilanz zur Stabilisierung der Situation auf der koreanischen Halbinsel beigetragen hatte, insofern er das Risiko eines erneuten Krieges durch den „Norden“ verringerte, hatten zu Beginn der siebziger Jahre zwei andere Entwicklun-

gen: Eine von ihnen war die zwischen Moskau und Washington anlaufende Entspannungspolitik in Europa; die andere war eine bald nach dem Abbruch der Kulturrevolution sich anbahnende Annäherung zwischen Peking und Washington, die im China-Besuch Präsident Nixons und der Unterzeichnung des Shanghai-Kommuniqués (Februar 1972) schnell einen ersten Höhepunkt erreichte¹⁵⁾.

Statt ein Scheitern dieses aus globalstrategischen Interessen eingeleiteten Entspannungsprozesses mit dem Westen wegen der Korea-Frage zu riskieren, hatten beide kommunistischen Mächte eher ein vitales Interesse daran, ihren Verbündeten in Pyonyang von einer gewaltsamen Veränderung des Status quo abzuhalten. Aus diesem Grunde, aber auch um einen Seitenwechsel Pyonyangs im weiterbestehenden Konflikt zwischen ihnen zu verhindern, mußten Peking wie Moskau einerseits jeden Anschein des Verrats nordkoreanischer Interessen vermeiden, andererseits jedoch alles tun, um Kim Il-sung von seinen aggressiven Aktivitäten gegenüber Südkorea abzubringen. So bemühte sich Peking verstärkt um die Verbesserung der Beziehungen zu Nordkorea, lehnte in diesem Sinne — aber auch mit Blick auf die eigene Situation — jede „Zwei-Korea-Politik“ ab und stellte sich auch hinter die Forderung Pyonyangs nach Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea — ohne allerdings auf einen sofortigen Abzug zu insistieren. Offenbar war sich die chinesische Führung durchaus der Risiken bewußt, die ein solcher Schritt für die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel mit sich bringen würde. Ablehnend reagierte auch Peking, als sich Kim Il-sung bei seinem Besuch in China im Frühjahr 1975, angesichts der Siege der kommunistischen Bewegungen in Indochina, für eine aggressivere Politik auch in Korea aussprach.

Das Verhalten Moskaus war sogar noch zurückhaltender. So hatte die sowjetische Führung im Frühjahr 1975 auf Besuchsabsichten Kims eher kühl reagiert und eine Verschiebung angeregt. Zudem gab es Anzeichen dafür, daß der Kreml die Lösung, die man in Europa hinsichtlich der Koexistenz der beiden deutschen Staaten gefunden hatte, auch als ein mögliches Modell für die koreanische Halbinsel betrachtete. Auch in dieser Zeit war Moskau ansonsten der wichtigste Handelspartner des „Nordens“ und leistete den größten Anteil der Wirtschafts- und Militärhilfe.

Stabilisierende Effekte gingen in den siebziger Jahren jedoch nicht nur vom internationalen Umfeld

¹²⁾ Zum *chuch'e*-Konzept siehe M. Y. Cho, Der Sozialismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea: Eine Bestandsaufnahme, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, (1972) 3; sowie Gottfried-Karl Kindermann, North Korea's Contribution to the Theory and Practice of International Communism, in: Lawrence W. Whetten (Ed.), *The Present State of Communist Internationalism*, Lexington—Toronto 1983, S. 179—191.

¹³⁾ Joseph C. Kun, North Korea: Between Moskau and Peking, in: *The China Quarterly*, (1967) 31, S. 48—58.

¹⁴⁾ Kyung Nam Paik, Korea und Japan im Kräftefeld des Nord-West-Pazifik. Zur Entstehung und Problematik des koreanisch-japanischen Normalisierungsvertrages von 1965, München 1978.

¹⁵⁾ Siehe dazu M. Y. Cho, Auswirkungen der amerikanisch-chinesischen Annäherung auf Korea, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), *China zwischen Weltrevolution und Realpolitik. Ursachen und internationale Konsequenzen der amerikanisch-chinesischen Annäherung*, München 1979, S. 149—160.

aus, sondern wurden von ihm auch auf indirektem Wege auf der koreanischen Halbinsel selbst induziert. Beunruhigt über die Wiederannäherung zwischen Peking und Washington und besorgt über die Möglichkeit von Absprachen der Großmächte über die koreanische Frage, war es auf hoher Ebene zwischen Nord- und Südkorea zu Geheimkontakten gekommen. Deren Ergebnisse wurden am 4. Juli 1972 in einem „Gemeinsamen Kommuniqué“ gleichzeitig in Pyongyang wie in Seoul veröffentlicht; sie liefen im Kern darauf hinaus, die Einigung „durch unabhängige koreanische Bemühungen“ unter Verzicht auf Gewalt zu erreichen. Um diesen Prozeß einzuleiten, waren unter anderem Austauschprogramme vorgesehen, die Gründung eines Süd-Nord-Koordinierungsausschusses sowie die Installierung eines „heißen Drahtes“ zwischen den beiden Hauptstädten¹⁶). Angesichts des weiterbestehenden tiefen Mißtrauens zwischen Nord und Süd blieb diese Erklärung jedoch ohne praktische Folgen und im Jahre 1981 wurden die Verhandlungen von Nordkorea endgültig abgebrochen — offiziell mit der Begründung, mit der Regierung des nach der Ermordung des südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung-hee (am 26. Oktober 1979) nach blutigen Unruhen an die Macht gekommenen Generals Chun Doo-hwan nicht verhandeln zu wollen, in Wirklichkeit aber wohl in Erwartung seines baldigen Sturzes.

Als Konsequenz der veränderten Großwetterlage — aber auch der Entwicklungen zwischen den beiden deutschen Staaten — war auch eine Erklärung der südkoreanischen Regierung zu werten, die im Juli 1973 ihre Bereitschaft zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu kommunistischen Staaten zum Ausdruck brachte, sofern diese ihre „feindseligen Aktivitäten einstellten, die Souveränität der Republik Korea anerkannten und die Unterstützung Nordkoreas beendeten“¹⁷). Wenn dieses Angebot, das ein vorsichtiges Abrücken Seouls von dem bis dahin praktizierten Alleinvertretungsanspruch darstellte, in Peking und Moskau auch keine grundlegende politische Wende ihrer Korea-Politik auslöste, so verhalte es doch auch nicht ungehört.

V. Entwicklungen in den achtziger Jahren

Gegen Ende der siebziger Jahre waren auf die Beziehungen zwischen Peking und Pyongyang erneut dunkle Schatten gefallen. Ursache dafür war der

Vielmehr trug es dazu bei, daß es in den kommenden Jahren zu einer wachsenden Zahl von kulturellen und wirtschaftlichen Kontakten auf niedriger Ebene zwischen Südkorea und der Sowjetunion kam.

Eine zunehmende Auflockerung der starren Fronten signalisierte schließlich auch der Vorschlag des amerikanischen Außenministers Henry Kissinger im Herbst 1975 zu einer Viererkonferenz der am Korea-Krieg beteiligten Staaten, die eine vorläufige Zulassung der beiden Regierungen zu den Vereinten Nationen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Nordkoreas zu den USA und Japan sowie Südkoreas zu den beiden kommunistischen Schutzmächten des Nordens, der VR China und der UdSSR, vorsah¹⁸). Mit einer solchen „kreuzweisen Anerkennung“ (cross-recognition) wollte Kissinger offenbar die strukturellen Voraussetzungen für die Einleitung eines mehrspurigen Dialogs über die koreanische Frage schaffen. Da solche Schritte jedoch die Spaltung Koreas international zu verfestigen drohten, war ihre Ablehnung durch Nordkorea vorprogrammiert. Dem Ziel weiterer Entspannung diente schließlich auch der Beschluß Präsident Carters vom 9. März 1977, die in Südkorea stationierten 33 000 Mann amerikanischer Truppen in den folgenden Jahren bis auf einige Restkontingente zurückzuziehen; ein Beschluß, der allerdings im Sommer 1979 auf Druck des amerikanischen Kongresses und auf schwere Bedenken Japans hin ausgesetzt und von Präsident Reagan später gänzlich aufgehoben wurde.

Wenn diese und eine Reihe anderer Initiativen letztlich auch ohne konkrete Ergebnisse blieben, so zeigen sie im Rückblick doch, daß in den siebziger Jahren beträchtliche Bewegung in die Fronten auf und um die koreanische Halbinsel gekommen war und die Korea-Frage — trotz anhaltender konfligierender Interessenlagen der Großmächte und tiefgreifender Widersprüche zwischen den beiden koreanischen Staaten — erheblich von der Explosivität verloren hatte, die sie zu Beginn der fünfziger Jahre besessen hatte.

neue Kurs, den die Nachfolger Maos innen- wie außenpolitisch eingeschlagen hatten. Außenpolitisch beunruhigte Nordkorea vor allem die stärkere

¹⁶) Deutscher Text der Erklärung in: Europa-Archiv 15 (1972), S. D 361—362.

¹⁷) Research Center for Peace and Unification, Korean Unification: Source Materials with an Introduction, Seoul 1976, S. 339; Office of South and North Dialogue of National Unification Board, The Dialogue for Unification, Seoul, June 25,

1982, S. 120—122; siehe dazu übergreifend Chon Tuk Chu, Südkorea in der geteilten Welt. Die auswärtige und innerkoreanische Politik der Regierung Park Chung Hee, 1961—1976, München 1982.

¹⁸) Siehe dazu Se-Jin Kim (Ed.), Documents on Korean-American Relations 1943—1975, Seoul 1976, S. 513—514.

Tabelle: Streitkräftevergleich zwischen Nord- und Südkorea

	Republik Korea (Süd)	Volksrepublik Korea (Nord)
Gesamtstärke der Streitkräfte	629 000	838 000
Landstreitkräfte	542 000	750 000
Panzer	1 300	2 900
Artillerie	3 300	6 000
Marine	29 000	35 000
Zerstörer	9	—
Fregatten	6	2
Luftstreitkräfte	33 000	53 000
Paramilitärische Kräfte	3 500 500 (Zivile Verteidigungstruppen) 600 000 (Studenten Heimat- Verteidigung)	3 000 000 (Arbeiter — Bauern Rote Garden) 700 000 (Rote Jugend Volks- Sicherheits-Garden)

Quelle: The International Institute for Strategic Studies (ed.), *The Military Balance 1987/88*, London 1987, S. 159–161.

Hinwendung Pekings zu jenen beiden Mächten, die Kim Il-sung als seine Hauptgegner betrachtete: Japan und die USA. So war es im August 1978 zu einem Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Peking und Tokyo gekommen, und nur wenige Wochen später, im November, hatten sich unter dem Eindruck der Vorgänge im Iran und in Indochina Peking und Washington über die Normalisierung ihrer Beziehungen verständigt. Es war jedoch nicht nur die Möglichkeit einer strategischen Allianz dieser beiden Mächte, die Pyongyang beunruhigte — eine Möglichkeit, die durch Andeutungen Teng Hsiao-p'ings vor und während seiner spektakulären USA-Reise Anfang 1979 wuchs. Auch der nach dem dritten Plenum des XI. ZK der KPCh Ende Dezember 1978 vollzogene innenpolitische Kurswechsel mit seiner Kritik an Kulturrevolution und dem Prinzip „Klassenkampf als Hauptkettenglied“ sowie der Aufgabe des self-reliance-Grundsatzes und der Einleitung einer stark an Eigenverantwortung und Privatinitiative orientierten Wirtschaftspolitik mußte Kim Il-sung irritieren. Hinzu kamen zwei Punkte, die ihn persönlich betrafen: die dezidierte Abkehr der Nachfolger Maos vom Personenkult sowie ihr Unbehagen über Pläne des nordkoreanischen Premiers, seinen Sohn Kim Jong-il als Nachfolger aufzubauen.

Im Bewußtsein dieser die Beziehungen zu Nordkorea belastenden Aspekte ihrer Politik, statteten die wichtigsten Spitzenpolitiker Chinas gleich in den ersten Jahren ihrer Amtszeit Nordkorea Besuche

ab und unternahmen alles, um den Nachbarn politisch und militärisch zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit ihm zu verbessern. Dennoch konnten sie eine erneute Annäherung zwischen der Sowjetunion und Nordkorea nicht verhindern. Diese wurde zudem durch den Klimasturz in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gefördert, zu dem es nach der Dislozierung sowjetischer SS-20-Raketen in Europa, der Förderung der vietnamesischen Expansion in Indochina, dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, aber auch dem gewaltigen Ausbau der sowjetischen Pazifik-Flotte während der siebziger Jahre gekommen war¹⁹⁾. Denn die daraufhin sich intensivierenden strategischen Beziehungen zwischen Washington, Peking und Tokyo stellten wiederum die Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Bereich vor erhebliche Sicherheitsprobleme und erhöhten für sie die strategische Bedeutung Nordkoreas.

Das Werben Moskaus um Pyongyang stieß bei Kim Il-sung jedoch nicht nur deshalb auf offene Ohren, weil sich die Zwangslage der sowjetischen Führung zum eigenen Vorteil ausnutzen ließ; hinzu kam, daß sich auch die eigene sicherheitspolitische Situation

¹⁹⁾ Masamuri Sase, Die militärische Dimension der sowjetischen Asienpolitik, in: Joachim Glaubitz/Dieter Heinzig (Hrsg.), *Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren. Ziele und Grenzen sowjetischer Politik zwischen Indischem Ozean und Pazifik*, Baden-Baden 1981, S. 31–54; sowie Dalchoong Kim (Ed.), *Ressources, Maritime Transport and SLOC Security in the Asia-Pacific Region*, Seoul 1988.

verschlechtert hatte. Ursache dafür waren vor allem zwei Entwicklungen, die sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vertieften: Zum einen die sich verdichtende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Washington, Tokyo und Seoul seit Antritt der Reagan-Administration. So erhöhte sich nicht nur der Druck Washingtons auf Japan, sich militärisch stärker für die Sicherheit der Region zu engagieren — die neue amerikanische Administration ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie nicht mehr beabsichtigte, die amerikanischen Verbände von der koreanischen Halbinsel abzuziehen, sondern im Gegenteil auf verstärkte militärische Kooperation mit Seoul setzte. Die andere Entwicklung war ein rapider wirtschaftlicher Aufschwung in Südkorea, das den „Norden“ schon in den siebziger Jahren wirtschaftlich überholt hatte und seinen Vorsprung auch in den achtziger Jahren ständig weiter ausbaute. So betrug das Bruttosozialprodukt Südkoreas 1984 83,2 Mrd. US-Dollar, während das des „Nordens“ noch unterhalb der 40 Mrd. US-Dollar-Grenze lag²⁰). Abgesehen von dem steigenden regionalen und internationalen Prestige, das sein phänomenaler wirtschaftlicher Aufstieg Seoul einbrachte, hatte die gewachsene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des „Südens“ erhebliche Auswirkungen auf seine militärische Schlagkraft. So gelang es der südkoreanischen Regierung zunehmend, die numerische Überlegenheit des „Nordens“ durch eine Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu kompensieren. Um in diesem Wettlauf nicht endgültig ins Hintertreffen zu geraten, blieb Pjöngjang nichts anderes übrig, als einerseits eine grundlegende Veränderung der eigenen Wirtschaftspolitik in Erwägung zu ziehen sowie andererseits in Moskau und Peking sich um verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe zu bemühen.

Offenkundig erfolgte die entscheidende Weichenstellung zu einer verstärkten sowjetisch-nordkoreanischen Kooperation während des Moskaubesuches Kim Il-sungs im Mai 1984 — dem ersten seit 18 Jahren und zwei Monate nach dem Führungswechsel im Kreml. Denn bald häuften sich die Besuche hochrangiger sowjetischer Delegationen in Pjöngjang, die zum Abschluß wichtiger Verträge sowie zur Lieferung modernster sowjetischer Waffen führten, darunter T-72-Panzer, neueste Kampfhubschrauber, SAM-3-Raketen, MIG-23-Flugzeuge. Nach japanischen Presseberichten hat Nordkorea inzwischen auch Flugzeuge sowjetischer Bauart vom Typ MIG-29 sowie einige Sukoi-FU-25-Flugzeuge stationiert²¹).

Zu den Gegenleistungen Nordkoreas gehörte nicht nur die Unterstützung der sowjetischen Politik, dar-

unter des Vorschlags von Gorbatschow zu einer internationalen Konferenz über Fragen der Sicherheit in Asien²²), sondern auch Benutzungsrechte sowjetischer Schiffe in einigen nordkoreanischen Häfen sowie die Gewährung von Überflug- und Landerechten für sowjetische Flugzeuge, die für die Sowjetunion von erheblicher strategischer Bedeutung sind.

Wenn diese Annäherung zwischen Moskau und Pjöngjang keine nach außen hin sichtbare Trübung des chinesisch-nordkoreanischen Verhältnisses hervorrief, so zeigt dies zum einen das relativ hohe Niveau, auf dem sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten nach den Besuchen Chao Tzu-yang (im Dezember 1981), Teng Hsiao-p'ings und Hu Yao-bangs (im April 1982), nach den Gegenbesuchen Kim Il-sungs (im September 1982) und eines Geheimbesuchs Kim Chong-ils (im Juni 1983) sowie einem Treffen zwischen Hu Yao-bang und Kim Il-sung sowie Kim Chong-il in der nordkoreanischen Stadt Sinuiju (im Mai 1985) stabilisiert hatten. Ein weiterer Grund dafür dürften die Veränderungen im internationalen strategischen Dreieck sein: So hatten sich Mitte der achtziger Jahre nicht nur die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erheblich verbessert, noch wichtiger war, daß es im Verlauf der auf dem zwölften Parteikongreß der KPCh offiziell proklamierten Politik der „Unabhängigkeit“ auch zu einer unübersehbaren Annäherung zwischen Moskau und Peking gekommen war²³). Sofern der neue sowjetische Parteisekretär Michail Gorbatschow diesen Prozeß weiter vertiefen wollte — und darauf deutete und deutet vieles hin —, dürfte er zu den drei bestehenden, von Peking reklamierten „Hindernissen“, die einer völligen Normalisierung des sino-sowjetischen Verhältnisses bislang im Wege standen (Afghanistan, Kambodscha und Verminderung der Truppen an der sino-sowjetischen Grenze), nicht mit Korea ein weiteres hinzufügen.

Die Stabilisierung im strategischen Dreieck zwischen Peking, Moskau und Washington trug somit auch wieder zur Stabilisierung der koreanischen Halbinsel bei; keine der drei Mächte kann derzeit daran interessiert sein, Aktivitäten zu unterstützen, die den Status quo verändern und damit ihre Beziehungen zu den anderen beiden Mächten belasten könnten. Das galt — und gilt — besonders für die Führungen in Peking und Moskau, die beide für die

²²) Siehe dazu Gerhard Baumann, Kollektive Sicherheit für Asien. Moskaus Vorschlag für eine asiatische Sicherheitskonferenz, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1987) 1, S. 51—72.

²³) Peter J. Opitz, Die Strategie der „Unabhängigkeit“. Versuch einer Rekonstruktion der strategischen Prinzipien der chinesischen Außenpolitik in den achtziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik, 33 (1986) 4, S. 383—398; sowie: Davel Strode, Soviet China policy in flux, in: Survival, July/Aug. 1988, S. 332—350.

²⁰) Zu den Ursachen des wirtschaftlichen Aufschwungs Südkoreas siehe Models of Development: A Comparative Studies of Economic Growth in South Korea and Taiwan, L. J. Lau (ed.), San Francisco 1986.

²¹) SZ, 21. Juni 1988.

politische und wirtschaftliche Umgestaltung ihrer Länder ein friedliches regionales und internationales Umfeld benötigen. Das schließt zwar nicht ihre weitere Rivalität um Positionsgewinne in Nordkorea aus, doch dürfte ihnen dabei bewußt sein, daß angesichts der strategischen Bedeutung Nordkoreas für beide Mächte die vitalen Sicherheitsinteressen des jeweils anderen respektiert werden müssen. Das gleiche gilt im übrigen auch für die Sicherheitsinteressen der USA und Japans in Südkorea. Eine Gefährdung Südkoreas durch den „Norden“ würde beide Mächte auf den Plan rufen und dazu veranlassen, ihre Sicherheitsgarantien für Seoul zu unterstreichen; insbesondere würde sich der amerikanische Druck auf Tokyo zur Erhöhung seines Verteidigungshaushaltes erneut verstärken, woran weder Peking noch Moskau interessiert sind. Eine Verringerung der Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel erhöht andererseits die Chancen für die von Peking und Moskau gewünschte Verminderung der amerikanischen Militärpräsenz in Südkorea.

Es war vor allem Peking, das sich in den vergangenen Jahren besonders um eine Stabilisierung der Situation in Korea bemühte. Dies zeigte sich zum einen in Initiativen, die den Zweck verfolgten, Pyongyang aus seiner selbstgewählten Isolierung herauszuführen — sowohl durch Impulse zu einer Intensivierung des innerkoreanischen Dialogs über eine friedliche Wiedervereinigung, wie auch durch die Vermittlung von stärkeren Kontakten Nordkoreas mit den USA und Japan. Letztere hätten den für China wichtigen Nebeneffekt, daß eine stärkere wirtschaftliche Öffnung Nordkoreas gegenüber den westlichen Staaten seine Abhängigkeit von Moskau und dem COMECON vermindern würde²⁴⁾.

Noch wichtiger für die Stabilität — wenngleich auch mit mehr Risiko für China behaftet — war zum anderen die Bereitschaft der chinesischen Führung, auf das Werben Seouls einzugehen²⁵⁾. Während Peking in den siebziger Jahren die Annäherungsversuche Südkoreas noch barsch zurückgewiesen hatte, begannen die Kontakte zu Beginn der achtziger Jahre allmählich zuzunehmen. Nach der Entführung eines chinesischen Passagierflugzeugs nach Seoul im März 1983 kam es nach über 30 Jahren sogar zu ersten offiziellen Kontakten. Dabei konnte nicht nur eine Einigung über den Entfüh-

²⁴⁾ Siehe Kyeong-Tai Yoon, *The Present and Future Aspect of Inter-Korean Relations: Political Aspects*; sowie Chin Keun Park, *The Current State and Future Prospects of North-South Korean Relations: An Economic Point of View*; beide Artikel, in: *Journal of East and West Studies*, XVI (1987) 1, S. 1–40.

²⁵⁾ Einen guten Überblick über die Korea-Politik der VR China liefert Byung Chul Koh, *China and the Korean Peninsula*, in: *Korea and World Affairs. A Quarterly Review*, IX (1985) 2, S. 254–279; sowie Hao Yufan, *China and the Korean Peninsula. A Chinese View*, in: *Asian Survey*, XXVII (1987) 8, S. 862–884.

rungsfall selbst erzielt werden, im gemeinsamen Kommuniqué wurden auch erstmals die offiziellen Staatsbezeichnungen aufgeführt. Eine ähnlich glatte Beilegung erfuhr im März 1985 eine Torpedoboot-Affäre. Parallel dazu verdichteten sich in der Zwischenzeit die kulturellen Kontakte der beiden Länder, und nachdem die Volksrepublik China 1986 eine eigene Mannschaft zu den Asien-Spielen in Seoul geschickt hatte, stellte es kaum noch eine Überraschung dar, daß sie auch eine chinesische Mannschaft für die Olympischen Spiele im September 1988 anmeldete.

Die wichtigsten Fortschritte vollzogen sich allerdings auf dem wirtschaftlichen Sektor. So erhöhte sich das Volumen des bislang noch inoffiziell und über Drittländer abgewickelten Handels zwischen Südkorea und China von nur 20 Mio. US-Dollar im Jahre 1979 auf circa 3 Mrd. US-Dollar im Jahre 1987. Daß Südkorea mit einer weiteren Steigerung rechnet, zeigt die Absicht des neugewählten Präsidenten Roh Tae-woo, die in der südlichen Cholla-Region liegenden Häfen Mokpo und Kusan zu Zentren für den China-Handel auszubauen²⁶⁾. Andererseits erteilte die chinesische Führung — auch mit Rücksicht auf Pyongyang — dem Wunsch des neuen südkoreanischen Präsidenten zu einem Besuch Chinas und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Seoul und Peking eine deutliche Absage. Offenbar ist die Zeit dazu noch nicht reif.

Während es angesichts nordkoreanischer Zugeständnisse an Moskau auf den ersten Blick so aussieht, als habe Peking gegenüber Moskau in Nordkorea ein wenig an Boden verloren, zeigt eine etwas genauere Betrachtung das Gegenteil. So kann die chinesische Führung Nordkorea durch die neugewonnenen Optionen im „Süden“ notfalls unter Druck setzen; andererseits ist sie aber auch in der Lage, im „Süden“ der Halbinsel Ängste abzubauen und auf diese Weise Widerstände gegen eine Verminderung der amerikanischen Truppen allmählich zu beseitigen. Sofern sich das chinesische Verhältnis zu Seoul weiter verbessert, könnte Peking sogar als Garantiemacht für eine Friedenslösung akzeptiert werden.

Ähnlich wie Peking gegenüber Seoul, so bemühte sich auch Washington gegenüber Pyongyang in den achtziger Jahren um eine Verbesserung der seit nunmehr fast drei Jahrzehnten eingefrorenen Beziehungen — allerdings mit erheblich geringerem Erfolg. Die jüngste und zugleich auch weitestgehende Initiative dazu startete der amerikanische Außenminister George Shultz bei seinem China-Besuch im März 1987, wobei es ihm gelang, sich die Vermittlerdienste der chinesischen Führung, die

²⁶⁾ *Far Eastern Economic Review (FEER)*, 7. Januar 1988.

Kim Il-sung gerade zu einem Gegenbesuch erwartete, zu sichern.

Das Angebot, das Shultz unterbreiten ließ, enthielt unter anderem eine Lockerung des Handelsboykotts gegenüber Nordkorea, vertrauensbildende Maßnahmen entlang der entmilitarisierten Zone, Modifikationen bei den jährlich stattfindenden gemeinsamen Manövern amerikanischer und südkoreanischer Truppen, die Ausstellung von Besuchsvisa an Nordkoreaner sowie die Beendigung des amerikanischen Widerstands gegen die Teilnahme Nordkoreas an verschiedenen internationalen Organisationen²⁷⁾. Allerdings knüpfte der amerikanische Außenminister eine Verbesserung der Beziehungen an die Erfüllung zweier Voraussetzungen: an die Teilnahme Pyongyangs bei den Olympischen Spielen sowie an die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Süd- und Nordkorea. Als Geste des guten Willens hatte Washington seinen Diplomaten die Erlaubnis erteilt, auf Kontaktversuche Nordkoreas einzugehen.

Wenn die amerikanische Initiative schließlich scheiterte, so lag dies zum einen an den schwachen Reaktionen, die aus Pyonyang auf dieses Angebot kamen, zum anderen aber und vor allem an dem Anschlag auf die südkoreanische Verkehrsmaschine. Der Erfolg der Initiative hätte erheblich zur Entspannung der Situation in Korea beitragen können; ihr Scheitern führte hingegen zu einer erneuten Verhärtung des Verhältnisses Nordkoreas zu Washington wie auch zu Tokyo, das Kim vor dem KAL-Zwischenfall ebenfalls Avancen gemacht hatte, nun aber ebenfalls wieder auf eine harte Linie einschwenkte.

Während die Bemühungen der USA um die Einleitung eines Dialogs mit dem Norden scheiterten, verlief ihre Politik im Süden durchaus erfolgreich. Denn hier war es nicht zuletzt dem Druck der amerikanischen Administration zu verdanken, daß das Militär nicht erneut gewaltsam in den politischen Prozeß eingriff, sondern daß sowohl die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1987 wie auch die Parlamentswahlen im April 1988 relativ fair verliefen. Obwohl sich der Demokratisierungsprozeß in Südkorea angesichts des Ausgangs der Parlamentswahlen noch keineswegs in festen Bahnen bewegt, sondern noch zahlreichen Gefährdungen ausgesetzt ist, haben sich seit diesem Frühjahr die Chancen erheblich verbessert, daß es nach der wirtschaftlichen nun auch allmählich zu einer politischen Stabilisierung Südkoreas kommt und die Zeit militärischer Machtübernahmen endgültig der Vergangenheit angehört. Und wenn sich mit der Demokratisierung auch nicht notwendigerweise die Chancen für eine schnelle Wiedervereinigung verbessert haben, so hat sie doch mit Sicherheit die Hoffnungen in

Pyonyang gedämpft, unter Ausnutzung innerer Konflikte im Süden die Halbinsel gewaltsam unter kommunistischen Vorzeichen einigen zu können.

Paradoxerweise hatte gerade die rasante wirtschaftliche Entwicklung in Südkorea das Risiko eines solchen Versuches wieder erhöht. Denn mit zunehmendem wirtschaftlichen Abstand und der damit wachsenden militärischen Disparitäten schwinden die Chancen Nordkoreas, aus einem erneuten militärischen Konflikt siegreich hervorzugehen. Damit bleibt aber nur die Alternative, die Hoffnung auf eine militärische Lösung ganz fallen zu lassen oder sie in Angriff zu nehmen, solange sich die wirtschaftlichen und militärischen Gleichgewichte noch nicht gänzlich zugunsten des Südens verschoben haben.

Wenn die Wahrscheinlichkeit, daß Kim Il-sung sich auf ein größeres militärisches Unternehmen einläßt, gering ist, so ist dies vor allem eine Folge der oben dargestellten internationalen und regionalen Rahmenbedingungen: Er weiß, daß er damit gegen die Interessen aller vier regionalen Großmächte verstoßen würde und kann nicht ausschließen, daß ihr Interesse an der Vermeidung eines militärischen Konflikts auf der koreanischen Halbinsel so groß ist, daß sie sich über seinen Kopf hinweg einigen.

Doch es gibt noch einen anderen Grund, der Kim Il-sung von einem unkalkulierbaren Abenteuer abhalten dürfte und der für ihn aus persönlichen Gründen ein noch größeres Gewicht besitzt: der nordkoreanische Staatschef bereitet seit einigen Jahren seine politische Nachfolge durch seinen Sohn Kim Chong-il vor. Und wenn es ihm auch gelungen zu sein scheint, Widerstände im eigenen Lande zu brechen und Bedenken in Moskau und Peking auszuräumen, so kann er doch nicht sicher sein, ob innere Kräfte oder die beiden übermächtigen Nachbarn nicht eine günstige Situation dazu nutzen, ihnen genehmere Kandidaten durchzusetzen. Nichts aber würde ihnen eine bessere Chance dazu geben, als ein militärischer Konflikt, den Kim Il-sung nicht ohne ihre Rückendeckung oder gar Hilfe durchstehen könnte und in dessen Verlauf das Auftreten von Instabilitäten unvermeidbar wäre.

Der nordkoreanische Präsident ist zwar ein Spieler, aber seine Politik während der vergangenen vier Jahrzehnte hat auch gezeigt, daß er ein guter Spieler ist, der Gefahren rechtzeitig wittert und unkalkulierbaren Risiken möglichst aus dem Wege geht. Wenig spricht deshalb dafür, daß er sich aus freien Stücken in eine Situation begeben wird, in der er wenig zu gewinnen hat, aber alles verlieren könnte. In der Logik dieser Argumentation hätte freilich auch gelegen, daß Kim Il-sung die zahlreichen im Vorfeld der Olympischen Spiele sich anbietenden Möglichkeiten zu einer außenpolitischen Öffnung aufgegriffen hätte. Wenn er dennoch bislang darauf verzichtete — und weder das Angebot zu einer ge-

²⁷⁾ FEER, 23. April 1987.

meinsamen Ausrichtung der Spiele annahm, noch auf die Initiativen der USA und Japans positiv reagierte, noch auf die Grundsatzklärung einging, in der der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo noch im Juli 1988 ein umfassendes Bündel von Maßnahmen zur Zusammenarbeit und Aussöhnung anbot²⁸⁾ — so kann dies zweierlei bedeuten: Entweder, daß Kim Il-sung grundsätzlich gegen eine solche Öffnung ist, weil er von ihr negative politische und ideologische Auswirkungen für das von ihm geschaffene System und Regime befürchtet. In diesem Fall unterschätzt er möglicherweise die Gefahren, die sich — insbesondere in einer Zeit, in der nach der VR China auch die Sowjetunion auf einen Reformkurs einschwenkt — aus einer Beibehaltung der bestehenden Abkapselung ergeben.

Die andere Möglichkeit wäre, daß Kim Il-sung zwar die Notwendigkeit einer internationalen Öffnung und eines Dialogs mit Südkorea sieht, daß er jedoch die Umstände, unter denen beides vonstatten geht, weitgehend selbst bestimmen möchte. Für eine solche Deutung sprechen einige jüngste Initiativen Pyongyangs: So schlug Nordkorea — in Erwiderung eines Appells der südkoreanischen Nationalversammlung in Pyonyang, den Boykott der Olympischen Spiele zu beenden und sich mit einer eigenen Mannschaft an ihnen zu beteiligen — eine gemeinsame Parlamentarierkonferenz vor, die noch im August, also vor Beginn der Olympischen Spiele, in Pyonyang zusammentreten und Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen und den Abschluß eines Nichtangriffspakts beginnen sollte. Dieser Vorschlag wurde inzwischen von der südkoreanischen Nationalversammlung angenommen und die Aufnahme von Vorgesprächen in Panman-john vorgeschlagen²⁹⁾.

Fast zur gleichen Zeit bot der Vorsitzende der nordkoreanischen Volksversammlung in einem Brief an die Vorsitzenden des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Senats Gespräche über die Ablö-

27) FEER, 23. April 1987.

28) SZ, 8. Juli 1988.

29) SZ, 27. Juli, 28. Juli, 2. August 1988.

sung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 durch einen Friedensvertrag an³⁰⁾.

Ob es sich bei diesen Initiativen lediglich um taktische Manöver handelt, mit denen Nordkorea sein ramponiertes Image in der Weltöffentlichkeit aufpolieren will, oder ob sie die Wende zu einer neuen Politik einleiten, werden vielleicht schon die nächsten Monate zeigen.

Sieht man einmal von den Unsicherheitsfaktoren ab, die die innere Entwicklung der beiden koreanischen Staaten noch immer in sich birgt — wobei die kritischen Punkte eindeutig in Nordkorea liegen — so spricht mehr für die These, daß sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel, ungeachtet vorübergehender Rückschläge, im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends weiter stabilisieren wird als für ihr Gegenteil. Die gleiche Prognose läßt sich für das regionale Umfeld wagen, sofern sich in der Sowjetunion Michael Gorbatschow mit seiner Reformpolitik durchsetzen kann und in der VR China die Modernisierer auch nach dem Abtreten Teng Hsiao-p'ings weiter am Ruder bleiben, wofür auf dem 13. Parteikongreß der KPCh wichtige Voraussetzungen geschaffen wurden. Denn in diesem Fall bleiben nicht nur die Weichen weiter auf eine sino-sowjetische Annäherung gestellt — was sich spannend auf die Konfliktfelder Korea und Indochina auswirken wird —, auch die Beziehungen der beiden großen kommunistischen Mächte zu den USA würden sich weiter stabilisieren³¹⁾. Trotz dieser günstigen Tendenzen dürfte es jedoch kaum gelingen, die koreanische Teilung zu überwinden; wahrscheinlicher ist ein Annäherungsprozeß nach deutschem Vorbild, was allerdings im Vergleich zur Situation der vergangenen vier Jahrzehnte ein beträchtlicher Fortschritt wäre, den man der leidgeprüften koreanischen Nation nur wünschen kann.

30) SZ, 30./31. Juli 1988

31) Zur Einschätzung zukünftiger Entwicklungen siehe auch Peter Polomka, *The Two Koreas: Catalyst for Conflict in East Asia?* (Adelphi Paper 208), London 1986; sowie Sang-Seek Park, *Security Environment in Northeast Asia and Challenges to the New Government of Korea*, in: *Korea and World Affairs. A Quarterly Review*, XII (1988) 1, S. 5 bis 28.

Die Problematik der Wiedervereinigung Koreas aus der Sicht beider Staaten

I. Einführung

Als das Internationale Olympische Komitee 1981 beschloß, die Sommer-Olympiade 1988 durch Seoul, die Hauptstadt der Republik Korea (Süd-Korea), ausrichten zu lassen, erwartete man weltweit, daß die beiden Staaten Koreas nun endlich eine Politik des fruchtbaren Dialogs einleiten würden. Seit Anfang der sechziger Jahre hat die politische Führung der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nord-Korea) häufig die innenpolitischen Verhältnisse Süd-Koreas zum Vorwand genommen, die Aufnahme von Kontakten abzulehnen oder begonnene Dialoge abubrechen. Dieses Argument wurde mit der 1987 in Süd-Korea eingeleiteten Demokratisierung unglaubwürdig. Mit der Verkündung der neuen Verfassung vom 29. Oktober 1987 und der aufgrund einer demokratischen Wahl vom 16. Dezember 1987 erfolgten Vereidigung des neuen Staatspräsidenten Roh Tae Woo am 25. Februar 1988 hat es die Führung Nord-Koreas sehr viel schwerer, ihre verständigungsfeindliche Politik plausibel zu machen. Der neue Staatspräsident Süd-Koreas betonte von Anfang an seine Bereitschaft, auf eine Politik des Ausgleichs mit dem Norden hinzuwirken. Schließlich muß sich Pjöngjang vergegenwärtigen, daß die unterschiedlichen Vorstellungen der süd-koreanischen Opposition, die in der Nationalversammlung über die Mehrheit verfügt, über die richtige „Nord-Politik“ nicht mit seinen eigenen Positionen identisch sind.

Auch das internationale Umfeld befürwortet seit langem einen innerkoreanischen Neuanfang. Das gilt vor allem für die vier Großmächte, die am ostasiatischen Kräftespiel beteiligt sind: die Sowjetunion, die Volksrepublik China, Japan und die USA. Für die Führung Nord-Koreas ist es besonders hart, daß selbst seine beiden Verbündeten, die UdSSR und die Volksrepublik China, an den Olympischen Sommerspielen in Seoul teilnehmen. Daß sich Kuba mit Nord-Korea solidarisierte und eine Beteiligung an den Olympischen Spielen ablehnte, ist für Pjöngjang wenig tröstlich. Mit den Zusagen von 161 der 167 Nationalen Olympischen Komitees

wird der Teilnahmerecord von 140 Ländern bei den Boykott-Spielen von Los Angeles 1984 weit übertroffen. Bis Anfang Januar 1988 hatte die Teilnahme der kommunistischen Staaten wegen des von Pjöngjang erhobenen Anspruchs als unsicher gegolten. Am 12. Januar 1988, einen Tag nach der Zusage der UdSSR, lehnte Nord-Korea die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen mit dem Hinweis ab, sein Wunsch, neben Süd-Korea als Gastgeber aufzutreten, sei abgelehnt worden. Dieses Argument war insofern fadenscheinig, als das Olympische Komitee Nord-Korea das großzügige Angebot gemacht hatte, mehrere Wettbewerbe — entgegen der olympischen Charta, die ausdrücklich die Aufteilung der Wettbewerbe auf Städte zweier Staaten untersagt — nach Nord-Korea zu verlegen¹⁾.

Die innerkoreanische Szenerie läßt sich nur verdeutlichen, wenn man die Entstehung und die wichtigsten Etappen der Entwicklung der Teilung Koreas sowie die politischen Grundpositionen der beiden koreanischen Staaten im Auge behält. Eine Analyse des Verlaufs und Scheiterns der bisherigen Dialoge hat neben den innenpolitischen Verhältnissen in beiden Staaten auch die Interessen der UdSSR, der Volksrepublik China, Japans und der USA zu berücksichtigen. Bei der Formulierung der „Nord-Politik“ Seouls dient die vertragliche Regelung zwischen den beiden Staaten in Deutschland als Vorbild. Bei den von nord-koreanischer Seite seit 1960 vorgeschlagenen Konföderations-Varianten haben die von Ende 1956 bis zur Jahreswende 1966/67 von der DDR der Bundesrepublik Deutschland unterbreiteten Konföderations-Pläne eine Rolle gespielt. Bemerkenswert ist, wie sehr Nord-Korea und die DDR in zentralen politischen Fragen unterschiedliche Ansichten vertreten.

1) Vgl. dazu Michael Gernandt, Politik — diesmal gut für den Sport, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Januar 1988; Auch Kubas Absage verhindert nicht den neuen Teilnahmerecord, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 1988.

II. Entstehung und Entwicklung der Teilung Koreas

Da die Situation Koreas oft mit der des geteilten Deutschland verglichen wird und unzulässige Parallelen gezogen werden, erscheint es nützlich, zumindest kurz die unterschiedlichen historischen Voraussetzungen zu skizzieren. Die Teilung Deutschlands und Koreas geht auf sehr verschiedene Ursachen zurück.

1. Korea unter japanischer Vormundschaft (1905–1945)

Für ihre exponierte geographische und geostrategische Lage hat die koreanische Halbinsel, die seit 668 einen ethnisch und sprachlich geeinten Staat unter verschiedenen Dynastien, mit dem gleichen Recht und der gleichen Religion bildet, bitter büßen müssen. Über zweieinhalb Jahrhunderte war Korea ein Vasall Chinas, das 1895 nach seiner militärischen Niederlage gegen Japan auf seine Rechte in Korea verzichten mußte. Danach wurde Korea zum Objekt des außenpolitischen Ringens zwischen Rußland und Japan. Nachdem Japan Rußland militärisch vernichtend geschlagen hatte, erkannte Rußland im Friedensvertrag von Portsmouth vom 5. September 1905 das vorherrschende politische, militärische und wirtschaftliche Interesse Japans in Korea an und verpflichtete sich, sich jeder Einmischung zu enthalten. Damit erlangte Japan die Vorherrschaft über Korea. Im japanisch-koreanischen Vertrag vom 17. November 1905 trat Korea ganz unter die japanische Vormundschaft. Das Protektors-Verhältnis wurde durch den zwischen Japan und Korea am 29. August 1910 geschlossenen Vertrag über die Einverleibung Koreas abgelöst²⁾.

Da die Großmächte nach der Beendigung des Ersten Weltkriegs in Versailles nicht bereit waren, auch dem koreanischen Volk das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in den „14 Punkten“ im Januar 1918 verkündete Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, behielt Korea den Status eines von Japan annektierten Landes bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs hinein³⁾.

Erst mit dem Kriegseintritt der USA am 8. Dezember 1941 konnte das koreanische Volk hoffen, endlich seine Unabhängigkeit nach der militärischen Niederwerfung Japans, das mit Deutschland verbündet war, zu erlangen. Nachdem der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston S. Churchill in der

Atlantik-Charta vom 14. August 1941 das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestätigt hatten, begann die jüngste Geschichte Koreas am 1. Dezember 1943 — jenem Tag, an dem Roosevelt, Churchill und Generalissimus Chiang Kai-shek in Kairo ihr Kriegsziel-Programm für Ostasien verkündeten. Darin wurde dem koreanischen Volk versprochen: „Die drei Großmächte sind sich der Versklavung des koreanischen Volkes wohl bewußt und entschlossen, daß zu gegebener Zeit Korea frei und unabhängig sein soll.“⁴⁾

Damit erlangte das koreanische Volk einen völkerrechtlichen Anspruch auf Freiheit und Unabhängigkeit. Die Deklaration von Kairo behandelte Korea als eine national-geographische Einheit und sah in keiner Weise die Möglichkeit vor, das Land später zu teilen. Spätestens mit der Konferenz der „Großen Drei“ — Roosevelt, Churchill und Generalissimus Josef Stalin — in Jalta vom 4. bis zum 11. Februar 1945 stand fest, daß auch die Sowjetunion bei der Regelung im Fernen Osten ein Wort mitsprechen würde⁵⁾.

Während Roosevelt auf der Konferenz der „Großen Drei“ am 30. November 1943 in Teheran eine gemeinsame Treuhandschaft der USA, der Sowjetunion und Chinas über Korea für 40 Jahre vorgeschlagen hatte⁶⁾, wiederholte er diesen Plan in Jalta mit dem einzigen Unterschied, daß er nun 20 bis 30 Jahre für ausreichend hielt, damit sich die Koreaner auf die Selbstregierung vorbereiten konnten⁷⁾. Stalin beschränkte sich in Jalta auf die Feststellung, daß die Periode der Treuhandschaft — unter Einbeziehung Großbritanniens — so kurz wie möglich und ohne starke militärische Präsenz sein sollte⁸⁾. Entscheidend ist, daß auf der Konferenz von Jalta kein formeller Beschluß über die Zukunft Koreas gefaßt worden ist. Das gilt gleichfalls für die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945.

Als die Sowjetunion am 8. August 1945 in den Krieg gegen Japan eintrat, machte sie sich aus-

4) Text in: Europa-Archiv, 1 (1946/47), S. 404. Vgl. dazu vor allem Ernst Fraenkel, Korea — Ein Wendepunkt im Völkerrecht?, Berlin 1951, S. 43.

5) Text des „Abkommens der drei Großmächte über Fragen des Fernen Ostens“, in: Teheran — Jalta — Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. und eingeleitet von Alexander Fischer, Köln 1968, S. 196.

6) Vgl. dazu mit Nachweisen Gregory Henderson, Korea, in: Gregory Henderson/Richard Ned Lebow/John G. Stoessinger, Divided Nations in a Divided World, New York 1974, S. 43–96, 45 f.

7) Text in: Die Konferenzen von Malta und Jalta. Department of State USA. Deutsche Ausgabe. Düsseldorf o. J., S. 718 f.

8) Vgl. dazu G. Henderson (Anm. 6), S. 45 f. mit weiteren Nachweisen.

2) Texte der Verträge vom 5. September und 19. November 1905 sowie vom 29. August 1910 in: Karl Strupp, Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts. Bd. II, Gotha 1911, S. 139–144, 151–154.

3) Vgl. dazu Lothar Gruchmann, Das Korea-Problem, in: Günther Franz (Hrsg.), Teilung und Wiedervereinigung — Eine weltgeschichtliche Übersicht. Göttingen 1963, S. 243–263.

drücklich das von Truman, Churchill und Chiang Kai-shek am 26. Juli 1945 an Japan gerichtete „Potsdamer Ultimatum“ zu eigen, das sich auf die Erklärung von Kairo vom 1. Dezember 1943 bezog und damit das Versprechen wiederholte, ein freies und unabhängiges Korea zu schaffen⁹⁾. Zwei Tage später, am 10. August 1945, erklärte die japanische Regierung ihre Bereitschaft, bedingungslos zu kapitulieren; gleichzeitig suchte sie um einen Waffenstillstand nach, nahm das „Potsdamer Ultimatum“ an und stimmte damit der Beendigung der japanischen Herrschaft über Korea zu¹⁰⁾. Mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945 war der Zweite Weltkrieg beendet.

Die USA, die die militärische Stärke Japans weit überschätzt hatten, waren auf diese Situation nur unzureichend vorbereitet: Sie verfügten weder über ein politisches Konzept noch über Truppen, um das Machtvakuum in Korea nach dem Abzug der Japaner auszufüllen. Da sie bis zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Absprache mit Stalin getroffen hatten, konnten die USA eine vollständige militärische Besetzung Koreas durch die UdSSR nicht ausschließen. Um dies soweit wie möglich zu verhindern, beschlossen die Amerikaner am 11. August 1945, daß Japan gegenüber der UdSSR nördlich des 38. Breitengrades und gegenüber den USA südlich dieser Linie kapitulieren sollte. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung war der von Stalin akzeptierte Plan nicht ausschließlich militärischer Natur. Das verhängnisvolle Dokument bestimmte, daß bis zur militärischen Kapitulation Japans die Verwaltung ziviler Angelegenheiten in die Verantwortlichkeit der jeweiligen Kommandeure der nördlichen sowjetischen und der südlichen amerikanischen Besatzungszone fiel¹¹⁾.

Mit der militärischen Besetzung gingen die früheren japanischen Souveränitätsrechte auf die sowjetischen und amerikanischen Befehlshaber über, die sie bis zur Etablierung einer koreanischen Regierungsgewalt treuhänderisch ausüben sollten. So war es unvermeidlich, daß die am 38. Breitengrad gezogene Demarkationslinie politische und administrative Bedeutung erlangte. Mit dieser weitreichenden Entscheidung war die Teilung Koreas vorbestimmt. Die Tragik der Geschichte des koreanischen Volkes liegt darin, daß es aufgrund amerikanischer Fehlentscheidungen und ohne jede eigene Schuld geteilt wurde und in der Folgezeit in die machtpolitische

Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR geriet.

Zahlreiche Analysen legen dafür Zeugnis ab, wie sehr Stalin seine Chance in Korea zu nutzen wußte und wie gut er die Sowjetunion auf die militärische Besetzung des Landes vorbereitet hatte. Diese Entwicklung braucht hier nicht noch einmal nachgezeichnet zu werden¹²⁾. Erinnerung sei nur daran, daß die UdSSR schon am 12. August 1945 mit der militärischen Besetzung Koreas begann, während die USA sich erst am 8. September 1945 — sechs Tage nach der Kapitulation Japans — in der Lage sahen, eigene Streitkräfte an der Okkupation Koreas zu beteiligen. Als Pikanterie gilt festzuhalten, daß die UdSSR ohne den Einsatz auch nur eines eigenen Soldaten am 11. August 1945 ein Mitspracherecht über genau jenen nördlich des 38. Breitengrades gelegenen Teils Koreas zugesprochen erhielt, den Japan Rußland 1896 angeboten hatte: Damals lehnte Rußland den japanischen Vorschlag, Korea in eine russische und japanische Einflußzone einzuteilen, in der Erwartung ab, eines Tages die Kontrolle über die strategisch so bedeutungsvolle gesamte Halbinsel zu gewinnen. Nach der Niederlage im Krieg gegen Japan mußte Rußland 1905 diese Hoffnung für genau 40 Jahre begraben¹³⁾.

Der entscheidende Unterschied in den Ausgangssituationen Koreas und Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges resultiert aus der Tatsache, daß die Hauptalliierten Korea von Anbeginn nicht als feindlichen, sondern als befreiten Staat, Deutschland und dessen Verbündete und damit auch Japan als Feindstaaten behandelt haben. Auch wenn die „Anti-Hitler-Koalition“ — die USA, Großbritannien und die UdSSR — während des Zweiten Weltkriegs eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten oder staatliche Einheiten diskutiert hatte, entschied sie sich 1944/45 unter Einschluß Frankreichs, das Land lediglich in Besatzungszonen aufzuteilen und unter das Kontrollsystem der Alliierten zu stellen. Die Teilung Deutschlands ist — ebenso wie jene Koreas — eine Folge der nach 1945 einsetzenden politischen Entwicklung, die im Laufe des Kalten Krieges zur Spaltung Europas und zu der damit verbundenen Errichtung der beiden Machtblöcke in West und Ost geführt hat und die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands und die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) trennende Demarkationslinie zur ostwestlichen Grenze in Mitteleuropa werden ließ.

⁹⁾ Deutscher Text in: Europa-Archiv (Anm. 4), S. 406. Vgl. dazu auch Arthur L. Grey, *The Thirty-Eight Parallel*, in: *Foreign Affairs*, 29 (1950/51), S. 482–487, 482 f.

¹⁰⁾ Text der Erklärung in: *Archiv der Gegenwart* 1945, S. 366; Text der japanischen Kapitulationsurkunde vom 2. September 1945, in: *Europa-Archiv* (Anm. 4), S. 406 f.

¹¹⁾ Englischer Text in: *Foreign Relations of the United States — Diplomatic Papers — 1945: The British Commonwealth and the Far East*, Washington 1969, Vol. 6, S. 1037–1040; G. Henderson (Anm. 6), S. 50 f.

¹²⁾ Vgl. dazu mit weiteren Nachweisen G. Henderson (Anm. 6), S. 51 f., 70 f.; A. L. Grey (Anm. 9), S. 485 f.

¹³⁾ Vgl. dazu mit weiteren Nachweisen A. L. Grey (Anm. 9).

2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Korea-Krieg (1945–1950)

Ähnlich wie das Deutschland-Problem entwickelte sich die koreanische Frage in den Jahren ab 1945 zu einem außenpolitischen und bald zu einem weltpolitischen Problem. Der auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Rat der Außenminister einigte sich auf seiner Konferenz Ende Dezember 1945 in Moskau, eine „provisorische koreanische demokratische Regierung“ und eine sowjetisch-amerikanische „Gemeinsame Kommission“ zu bilden, die den Koreanern bei der Regierungsbildung und der „Entwicklung einer demokratischen Selbstverwaltung“ behilflich sein sollte. Für alle nationalistisch gesonnenen Koreaner, die nun die Unabhängigkeit ihres Landes anstrebten, war es unverzeihlich, daß der Rat der Außenminister außerdem vorschlug, ein Abkommen über eine „Vier-Mächte-Treuhänderschaft“ über Korea auf die Dauer bis zu fünf Jahren zu errichten; Treuhänder sollten die USA, die UdSSR, Großbritannien und China sein¹⁴⁾.

Da die Moskauer Korea-Vereinbarungen ausdrücklich die „Herbeiführung der staatlichen Unabhängigkeit Koreas“ als Endziel bestimmten und von der „Entwicklung des Landes auf demokratischer Grundlage“ sprachen, schienen sie für die westliche Seite als ein Erfolg. Bald sollte sich jedoch herausstellen, daß die Amerikaner mit diesem Abkommen „lediglich einen Pyrrhussieg errungen hatten. Bei der Interpretation des Moskauer Abkommens verlangten die Sowjets eine ‚befreundete‘ Regierung in Korea, also offensichtlich eine kommunistisch kontrollierte Satelliten-Regierung. Die Sowjets wollten alle jene Organisationen als ‚reaktionär‘ und ‚anti-demokratisch‘ ausschalten, die gegen die Moskauer Entscheidung einer Treuhänderschaft opponiert hatten.“¹⁵⁾

Da sich die UdSSR und die USA in anderthalbjährigen Verhandlungen nicht zu einigen vermochten, brachte die amerikanische Regierung das Korea-Problem am 17. September 1947 vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO). Am 14. November 1947 beschloß die UNO-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit, eine Kommission zu bilden, die freie Wahlen in ganz Korea für eine Nationalversammlung überwachen sollte. Im Fall Deutschlands faßte die UNO vier Jahre später, am 2. Dezember 1951, den Beschluß, ebenfalls einen Ausschuß einzusetzen, der die Vor-

aussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland prüfen sollte. In beiden Fällen wandte die UdSSR in rechtlich unzulässiger Weise ein, daß die UNO für die Lösung beider Probleme nicht zuständig sei und verwies dabei vor allem auf die sogenannte Feindstaaten-Klausel des Artikels 107 der UNO-Charta.

Diese Bestimmung der UNO-Charta stellt die ehemaligen Feindstaaten – Deutschland und dessen Verbündete im Zweiten Weltkrieg – unter ein Sonderrecht. In der Korea-Frage ging der sowjetische Einwand insofern völlig fehl, als Korea kein Feindstaat war, da Japan auch während des Zweiten Weltkriegs die Souveränitätsrechte über Korea in Anspruch genommen hatte. Korea wurde – wie bereits ausgeführt – als ein befreiter Staat behandelt, so daß die militärische Okkupation keine kriegerische, sondern eine friedliche Besetzung im völkerrechtlichen Sinne war¹⁶⁾.

Nach den südkoreanischen Wahlen vom 10. Mai 1948, die unter der Aufsicht einer UNO-Kommission stattfanden, und der Annahme einer Verfassung durch die erste koreanische Nationalversammlung wurde eine Regierung unter dem Präsidenten Syngman Rhee gebildet, auf der die amerikanische Militärverwaltung ihre bis dahin ausgeübten Hoheitsrechte übertrug. Am 15. August 1948 wurde die „Demokratische Republik Korea“ offiziell proklamiert¹⁷⁾.

In Nord-Korea fanden am 25. August 1948 – nach bekanntem kommunistischem Muster – Wahlen zu einer „Obersten Volksversammlung“ statt, die am 3. September eine Verfassung annahm; am 9. September 1948 wurde die „Demokratische Volksrepublik Korea“ ausgerufen. Damit hatte in Korea der Prozeß der politischen Spaltung auch seinen staatsrechtlichen Ausdruck gefunden; gleichzeitig wurde die Treuhänderschaft der UdSSR über Nord-Korea beendet. Von nun an oblag die Aufgabe, die staatliche Einheit des Landes wiederherzustellen, den politischen Führungen in Seoul und Pjöngjang¹⁸⁾.

Seit Herbst 1948 standen sich somit zwei rivalisierende Regierungen in Korea gegenüber, von denen jede den Anspruch erhob, die Souveränitätsrechte

¹⁴⁾ Text, in: Europa-Archiv (Anm. 4), S. 405 f.; L. Gruchmann (Anm. 3), S. 246 f.; Chong-Sik Lee, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Nord- und Süd-Korea, in: Europa-Archiv, 40 (1985), S. 401–412, 402; E. Fraenkel (Anm. 4), S. 13–16; G. Henderson (Anm. 6), S. 52 f.

¹⁵⁾ So L. Gruchmann (Anm. 3), S. 247. Hak-Joon Kim gibt einen detaillierten Überblick über die Tätigkeit der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Kommission, in: The Unification Policy of South and North Korea – A Comparative Study, Seoul 1986², S. 36–51.

¹⁶⁾ Vgl. dazu E. Fraenkel (Anm. 4), S. 13–16; L. Gruchmann (Anm. 3), S. 247 f.; H.-J. Kim (Anm. 15), S. 51–58. Vgl. über die Behandlung der Deutschland- und Berlin-Frage vor der UNO Heinz Dröge/Fritz Münch/Ellinor von Puttkamer, Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinten Nationen, München 1966; mit einer Einführung von Ulrich Scheuner, S. 35–47.

¹⁷⁾ Vgl. dazu aus dem umfangreichen Schrifttum vor allem die Darstellung bei H.-J. Kim (Anm. 15), S. 58–61.

¹⁸⁾ Vgl. dazu mit weiteren Nachweisen G. Henderson (Anm. 6), S. 53 f., 62–72; Young-Soon Kim, Korea – Die staatsrechtliche Problematik eines geteilten Staates im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, in: Verfassung und Recht in Übersee, (1974), S. 427–441; L. Gruchmann (Anm. 3), S. 248–252; E. Fraenkel (Anm. 4), S. 17–22.

über das ganze Land auszuüben, während sie die andere als „Strohuppe auswärtiger Mächte“ zu diskreditieren und auszuschalten trachtete¹⁹⁾. Für die weitere Entwicklung des Landes war wichtig, daß die UdSSR bis zum Jahresende 1948 ihre Streitkräfte aus Nord-Korea zurückzog, während die letzten amerikanischen Einheiten mit Ausnahme einer kleinen Gruppe militärischer Berater Ende Juni 1949 — „viel zu zeitig und trotz Warnungen verschiedener Mitglieder der UNO-Kommission in Korea“²⁰⁾ — das Land verließen. Während die Sowjets eine starke und gut ausgebildete nord-koreanische Armee zurückließen, mit deren Ausbildung frühzeitig begonnen worden war, hatten die USA nach dem Abzug ihrer Truppen in Süd-Korea ein militärisches Vakuum hinterlassen²¹⁾.

3. Nord-Koreas Versuch, das Land gewaltsam zu vereinigen, und das Waffenstillstands-Abkommen (1950—1953)

In eine äußerst bedrohliche Situation geriet nicht nur Süd-Korea, sondern der Weltfrieden insgesamt, als am 25. Juni 1950 nord-koreanische Streitkräfte Süd-Korea überfielen, das militärisch nicht in der Lage war, den Angriff allein abzuwehren. Am 27. Juni 1950 verurteilte der Weltsicherheitsrat der UNO Nord-Korea als Aggressor und forderte alle Mitglieder der Weltorganisation auf, Süd-Korea militärisch beizustehen. Gleichzeitig ordnete der amerikanische Präsident Harry S. Truman die Unterstützung der süd-koreanischen Armee mit Luft- und Seestreitkräften gegen nord-koreanische Einheiten südlich des 38. Breitengrades an. Am 7. Oktober 1950 autorisierte die UNO-Generalversammlung die UNO-Truppen, Frieden und Stabilität in ganz Korea wiederherzustellen. Nachdem am 9. Oktober 1950 UNO-Truppen den 38. Breitengrad überschritten und anschließend die nord-koreanische Hauptstadt Pjöngjang sowie nahezu das gesamte Territorium des Landes eingenommen hatten, schien die militärische Niederlage der Nord-Koreaner nur noch eine Frage der Zeit. Nun griff die Volksrepublik China an der Seite Nord-Koreas aktiv in das Geschehen ein, und die militärische Auseinandersetzung erhielt damit eine neue Dimension. Am 1. Februar 1951 erklärte die Generalversammlung der UNO die Volksrepublik China zum Aggressor, und nach schweren Verlusten wurde die Offensive der Kommunisten am 20. Februar 1951 zum Stehen gebracht. Nach weiteren verlustreichen Kämpfen wurde im Frühjahr 1951 der Führung Nord-Koreas klar, daß auch mit Hilfe

der Volksrepublik China das Land mit Waffengewalt nicht geeint werden konnte²²⁾.

Die am 26. Juli 1951 unter Einschluß der UNO aufgenommenen Verhandlungen über einen Waffenstillstand zogen sich bis zum 27. Juli 1953 hin. Mit der Festlegung einer Demarkationslinie, die zum Teil wenige Kilometer nördlich des 38. Breitengrades verläuft, wurde eine entmilitarisierte Zone errichtet und ein UNO-Kommando eingesetzt, das seitdem über die Einhaltung des Waffenstillstands wacht. Von nun an war die Wiedervereinigung der beiden Teile Koreas in immer weitere Ferne gerückt.

4. Die Periode des fortbestehenden Antagonismus (1953—1970)

Der gewaltsame Versuch Nord-Koreas, seinen kommunistischen Machtbereich auf die gesamte Halbinsel auszudehnen, hat die Kluft zwischen beiden Staaten wesentlich vertieft. Dazu trugen nicht nur die hohe Anzahl von Toten — die Schätzungen belaufen sich auf über anderthalb Millionen Soldaten und Zivilpersonen — und die enormen Zerstörungen bei, sondern auch die Tatsache, daß die Führung Nord-Koreas mit Kim Il Sung an der Spitze in den folgenden Jahren eine „Wiedervereinigung“ des Landes mit militärischen Mitteln trotz des fehlgeschlagenen Versuches 1950/51 und des am 1. Oktober 1953 zwischen den USA und Süd-Korea geschlossenen Sicherheitspakts nicht ausschloß.

In den knapp zwei Jahrzehnten vom 27. Juli 1953 bis zum Sommer 1971 beschränkten sich die direkten Kontakte zwischen dem Süden und Norden auf Grenzgefechte und Guerilla-Aktionen. Die Grenze zwischen den beiden Staaten Koreas wurde in einem Ausmaß geschlossen, wie es — mit Ausnahme von Teilen der arabisch-israelischen Grenze — nirgendwo auf der Welt eine Parallele gibt. Alle Formen der Kommunikation — wie Reise-, Post- und Telefonverkehr — wurden total unterbunden. Auch hat die Teilung des Landes dazu geführt, daß mehrere tausend Familien auseinandergerissen wurden. Als Folge der Teilung wurde auch die ökonomische Einheit Koreas vollständig zerstört²³⁾.

¹⁹⁾ Vgl. dazu L. Gruchmann (Anm. 3), S. 249.
²⁰⁾ Ebda., S. 250.

²¹⁾ Vgl. über die Entwicklung Koreas bis zum Sommer 1950 L. Gruchmann (Anm. 3), S. 250—252; H.-J. Kim (Anm. 15), S. 63—86.

²²⁾ Über die Entstehung und den Verlauf des „Korea-Krieges“ liegt eine umfangreiche Literatur vor. Vgl. dazu L. Gruchmann (Anm. 3), S. 252—263; G. Henderson (Anm. 6), S. 54 f.; Kab-Young Kim, Die völkerrechtliche Stellung der UNO zum Korea-Konflikt, Göttingen 1980, S. 87—160; Christian Greiner: Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1945—1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945—1956. Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München-Wien 1982, S. 119—323, 287—291; Norbert Wiggerhaus, Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, ebda., S. 325—400, 339—349.

²³⁾ Vgl. dazu vor allem die materialreiche Darstellung bei H.-J. Kim (Anm. 22), S. 161—258. Vgl. zur ökonomischen Teilung Koreas G. Henderson (Anm. 6), S. 55—60.

Erst Anfang der siebziger Jahre konnten viele Koreaner auf eine politische Wende in ihrem Land hoffen. Bis 1969 verfolgte die Führung Nord-Koreas gegenüber dem Süden eine militante Politik, die es sich vor allem nach dem Abschluß der Bündnisverträge mit der UdSSR und der Volksrepublik China meinte erlauben zu können²⁴). Den politischen Intentionen Pjōngjangs war auch die Unterzeichnung des „Normalisierungs“-Vertrags zwischen Japan und Süd-Korea vom 22. Juni 1965 entgegengerichtet, mit dem beide Staaten die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen vereinbarten²⁵).

Spätestens 1969/70 mußte Kim Il Sung immer mehr einsehen, daß mit den subversiven und feindlichen Aktivitäten seines Landes gegen den Süden eine Vereinigung Koreas unter kommunistischem Vorzeichen nicht zu erreichen war. Auch die Führung Süd-Koreas entschloß sich 1970, mit einer diplomatischen Initiative eine neue Ära des „friedlichen Wettbewerbs und guten Willens“ mit Nord-Korea zu beginnen. Präsident Park Chung Hee, der nach

einem Staatsstreich im Juli 1961 an die Spitze der Junta getreten war und 1963 die Präsidentenwahlen mit knapper Mehrheit gewonnen hatte, versuchte mit seiner Erklärung vom 15. August 1970, eine neue Ära des „friedlichen Wettbewerbs“ einzuleiten; Voraussetzung sei, daß Nord-Korea sein Ziel aufgabe, das Land gewaltsam zu vereinen und dem Süden das kommunistische System aufzuzwingen. Kim Il Sung wies den Vorschlag des „Verräters“ Park Chung Hee wenige Tage später, am 22. August 1970, als „Unsinn“ zurück; die „Park Chung Hee-Clique“ stehe unter den „Instruktionen der amerikanischen Imperialisten“²⁶).

Dieser verbale „Schlagabtausch“ war nicht geeignet, die seit 1953 nicht-existierenden innerkoreanischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Erst im Sommer 1971 fand ein erster innerkoreanischer Kontakt auf der Ebene der Rot-Kreuz-Gesellschaften statt, der ein Jahr später in den so hoffnungsvoll begonnenen Dialog mündete²⁷).

III. Politische Grundpositionen der beiden koreanischen Staaten

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Wiederherstellung der staatlichen Einheit des Landes spiegeln sich in den Aussagen der Verfassungen Nord- und Süd-Koreas wider. Hingegen haben beide Seiten seit 1948 die Fortexistenz der einen koreanischen Nation immer bejaht. In diesem zentralen Punkt unterscheidet sich die Position Pjōngjangs ebenso von der Haltung der DDR zur „nationalen Frage“ in Deutschland wie hinsichtlich seiner Konföderations-Vorschläge.

1. Die Aussagen der Verfassungen

Während Nord-Korea seine Verfassung vom 8. September 1948 durch die „Sozialistische Verfassung“ vom 27. Dezember 1972 ersetzte, hatten die politischen Umstürze in Süd-Korea zumeist auch die Proklamierung einer neuen Verfassung zur Folge. Ebenso wie für die politische Führung des

Nordens waren auch für Seoul sowohl innen- als auch außenpolitische Entwicklungen und Motive dafür maßgebend, daß Präsident Park Chung Hee, der aus den Wahlen vom 27. April 1971 knapp vor seinem Haupttrivalen Kim Dae Jung als Sieger hervorgegangen war, eine neue Verfassung erließ, die am 27. Dezember 1972 in Kraft trat. Die Ermordung Präsident Park Chung Hees am 26. Oktober 1979 stürzte Süd-Korea in eine schwere Krise. Aus den Wirren der innenpolitischen Konflikte ging Chun Doo Hwan, der bisherige Vorsitzende des Sonderkomitees für die Sicherheit des Landes, als Sieger hervor, der am 27. August 1980 zum fünften Präsidenten der Republik Korea gewählt wurde und am 27. Oktober 1980 eine neue Verfassung verkündete. Nach dem 1987 eingeleiteten politischen Umschwung in Süd-Korea wurde die neue Verfassung, für die sich rund 93 Prozent der Bevölkerung ausgesprochen hatte, am 29. Oktober 1987 verkündet. Mit der Vereidigung des neuen Präsidenten Roh Tae Woo am 25. Februar 1988, mit der sich der erste friedliche und verfassungsgemäße Machtwechsel in der gesamten Geschichte Süd-Koreas vollzog²⁸), trat die neue Verfassung in Kraft.

²⁴) Vgl. zu den Bündnisbeziehungen der beiden Staaten Koreas unten Abschnitt IV.

²⁵) Englischer Text in: Korean Unification — Source Materials with an Introduction, hrsg. von Se-Jin Kim, Vol. 1, Seoul 1976, Dok. 176. Vgl. dazu Daek-Sook Suh, Changes in North Korean Politics and the Unification Policy, in: Korea & World Affairs, 9 (1985), S. 684—706, 690 f.; Tae-Hwan Kwak, North Korea and South Korea: Toward Peaceful Co-existence, in: Jae Kyu Park/Byung Chul Koh/Tae-Hwan Kwak, The Foreign Relations of North Korea: New Perspectives, Seoul 1987, S. 317—352, 323—326; H.-J. Kim (Anm. 15), S. 246 f.

²⁶) Texte der beiden Erklärungen in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 189 f.

²⁷) Vgl. dazu ausführlicher unten Abschnitt V.

²⁸) Vgl. dazu und zur Vorgeschichte des politischen Umschwungs Gottfried-Karl Kindermann, Die Republik Korea (Südkorea), in: Aktuell — Informationen zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988.

Die demokratische Legitimation verleiht auch der um einen Ausgleich mit dem Norden und langfristig um eine Wiedervereinigung des Landes bemühten neuen politischen Führung erhöhtes Gewicht und erschwert es Pjôngjang, an seinen bisherigen Positionen festzuhalten.

Gemäß Art. 1 der Verfassung vom 27. Dezember 1972 ist die Demokratische Koreanische Volksrepublik „ein souveräner sozialistischer Staat, der die Interessen des ganzen koreanischen Volkes vertritt“. Und in Art. 2 heißt es: „Die Demokratische Koreanische Volksrepublik basiert auf der politisch-ideologischen Einheit des ganzen Volkes.“²⁹⁾ Art. 5 der Verfassung umreißt die zentralen Aufgaben und Ziele der nord-koreanischen Führung: „Die Demokratische Koreanische Volksrepublik kämpft dafür, in der nördlichen Hälfte den vollen Sieg des Sozialismus zu erreichen, im gesamten Landesmaßstab die fremden Kräfte zu vertreiben, das Vaterland auf demokratischer Grundlage friedlich zu vereinigen und die volle nationale Unabhängigkeit zu erringen.“

Pjôngjang möchte also den „Sieg des Sozialismus“ erreichen, die amerikanischen Streitkräfte aus Süd-Korea vertreiben und das Land einigen. Die große Mehrheit der Süd-Koreaner, die das politische System des Nordens als ihren Interessen feindlich wertet, meint, daß Nord-Korea, wenn man ihm eine Chance gäbe, versuchen würde, dem Süden sein System aufzuzwingen³⁰⁾.

Gemäß Art. 4 der Verfassung läßt sich Nord-Korea von der „Dschutsche-Ideologie“ leiten, die „den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Realität in unserem Lande anwendet“. In der revidierten Fassung der Satzung der Partei der Arbeit Koreas vom 13. Oktober 1980 wird ausdrücklich betont, daß die Dschutsche-Ideologie auch dazu dienen soll, die kommunistische Ordnung in Süd-Korea zu etablieren³¹⁾. Mit dem herkömmlichen, inzwischen

völkerrechtlich abgesicherten Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes hat die Dschutsche-Ideologie nichts zu tun.

Die Verfassung Süd-Koreas vom 27. Dezember 1972 bestimmte, daß die „Nationale Konferenz für Wiedervereinigung“ die „friedliche Vereinigung des Vaterlandes“ anstreben sollte; ihr war die „heilige Mission der Vereinigung des Vaterlandes“ anvertraut³²⁾. Konkreter äußerte sich die süd-koreanische Verfassung vom 27. Oktober 1980, in der von der „historischen Mission“ die Rede war, „die friedliche Vereinigung des Heimatlandes und nationale Wiedergeburt“ herbeizuführen; es solle „die nationale Einheit durch Gerechtigkeit, Humanitarismus und brüderliche Liebe erreicht werden“³³⁾. Art. 68 legte fest, daß ein Beratungsausschuß für die Politik der friedlichen Wiedervereinigung errichtet wird, der dem Präsidenten bei der Formulierung dieser Politik Hilfestellung geben sollte.

Die geltende Verfassung Süd-Koreas vom 29. Oktober 1987 bringt die zuvor weitreichenden innenpolitischen Veränderungen insofern zum Ausdruck, als ihre Präambel von der „Mission demokratischer Reform und friedlicher Vereinigung des Heimatlandes“ spricht. Sodann wiederholt die Präambel die Formulierung aus jener der Verfassung vom 27. Oktober 1980. Darüber hinaus legt Art. 4 fest, daß die Politik der friedlichen Vereinigung auf den Grundsätzen der Freiheit und Demokratie basiert. Art. 92 entspricht Art. 68 der Verfassung vom 27. Oktober 1980 mit einem Unterschied: Der Beratungsausschuß trägt jetzt den Titel: Advisory Council on Democratic and Peaceful Unification³⁴⁾.

2. Die These vom Fortbestand der koreanischen Nation

Für die politischen Führungen der beiden Staaten Koreas steht die Fortexistenz der koreanischen Nation außerhalb jeder Diskussion. So ist in den Präambeln der Verfassungen Süd-Koreas von 1980 und 1987 — wie dargelegt — jeweils von der „nationalen Einheit“ die Rede. Auch Nord-Korea hat bis heute am Gedanken der einen Nation festgehalten. Dafür legt Art. 5 der Verfassung von 1972 Zeugnis ab, der bestimmt, daß das Land dafür kämpft, „die volle nationale Unabhängigkeit zu erringen“.

²⁹⁾ Text der Verfassung Nord-Koreas von 1972 in: Georg Brunner/Boris Meissner (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn u. a. 1980, S. 312.

³⁰⁾ Vgl. dazu C.-S. Lee (Anm. 14), S. 402 f.

³¹⁾ Zit. bei T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 319. Vgl. zur Entwicklung und Interpretation der Dschutsche-Ideologie Han-Shik Park, North Korea's Juche: Its Premises, Promises, and Problems, in: Korea & World Affairs, 6 (1982), S. 546—564; Gottfried-Karl Kindermann, Die Teilstaaten Koreas im Weltgeschehen des letzten Jahrzehnts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/83, S. 3—19, 10; Volker Grabowsky, Zwei-Nationen-Lehre oder Wiedervereinigung? Die Einstellung der Partei der Arbeit Koreas und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur nationalen Frage ihrer Länder seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich, Bochum 1987, S. 203—227. Die Dschutsche-Ideologie dient Kim Il Sung nicht nur zur Rechtfertigung der „sozialistischen Ordnung“ seines Landes und als Zukunftsvision eines vereinigten Koreas, sondern bildet auch die Grundlage für die gesamte Außenpolitik Nord-Koreas. Diese Kommunismus-Variante erlaubt es Kim Il Sung auch, im Konflikt zwischen Peking und Moskau die Position Pjôngjangs festzulegen, ohne einseitig Stellung beziehen zu müssen.

³²⁾ Text des Kap. III der Verfassung vom 27. Dezember 1972, in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 206.

³³⁾ So die Präambel. Text in: Korean Unification. Vol. III, hrsg. von Ree Sang-Woo, Seoul 1986, Dok. 76.

³⁴⁾ Text der Verfassung vom 29. Oktober 1987 in: Korea & World Affairs, 12 (1988), S. 147—175, 147 f.

Zahlreichen Erklärungen Kim Il Sungs über die nationale Situation in Korea ist zu entnehmen, daß seine Position zur Frage der Fortexistenz der koreanischen Nation weitgehend mit der Definition übereinstimmt, die Stalin in seiner oft zitierten Schrift „Marxismus und nationale Frage“ gegeben hat: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart . . . Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein.“³⁵⁾ In einigen im Laufe der siebziger Jahre in Nord-Korea erschienenen Untersuchungen wurde die Frage unterschiedlich beantwortet, ob Stalins Nations-Kriterien durch das der „Abstammung“ ergänzt werden sollten³⁶⁾. Auch wenn Kim Il Sung seine „Dschutsche-Ideologie“ in sein „nationales Konzept“ eingebaut hat und in der „Revolution für die nationale Befreiung“ eines der Hauptziele seiner Politik erblickt³⁷⁾, ändert das nichts an dem Faktum, daß auch er den Fortbestand der koreanischen Nation nach wie vor bejaht. Daran vermag auch Kim Il Sungs Versuch nichts zu ändern, mit seiner Politik die Nord-Koreaner in „eine sozialistische Nation“ zu verwandeln.

Erinnert sei daran, daß auch in der DDR bis Anfang der sechziger Jahre Stalins Nations-Definition uneingeschränkt galt. Nachdem die SED ab 1962 die These von der Spaltung der deutschen Nation in zwei Staaten entwickelt und sich die DDR in der neuen Verfassung vom 6. April 1968 als ein „sozialistischer Staat deutscher Nation“ bezeichnet hatte, sprach SED-Chef Walter Ulbricht erstmals 1970 von der DDR als dem „sozialistischen deutschen Nationalstaat“, um dann 1971 die These von der „Herausbildung der sozialistischen Nation“ in der DDR zu verkünden. Nach der totalen Absage der DDR an die deutsche Nation in der revidierten Verfassung vom 7. Oktober 1974 unterschied Ulbrichts Nachfolger, Erich Honecker, am 12. Dezember 1974 erstmals zwischen den Begriffen „Nation“, „Nationalität“ und „Staatsbürgerschaft“. Erst seit

³⁵⁾ Deutscher Text in: Josef W. Stalin, Werke, Band 2, Berlin (Ost) 1953, S. 272. Vgl. dazu Tuk Chu Chon, Die Beziehungen zwischen der DDR und der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (1949–1978), München 1982, S. 115–118.

³⁶⁾ Vgl. dazu mit instruktiven Nachweisen Kim Chang-Soon, Concept of Nation and its Interpretation in North Korea, in: Vantage Point, IV (1981) 1, S. 1–10; Choe Sang-yong, Concept of Nation in North Korea, ebda., II (1979) 9, S. 1–12; Ho-min Yang, The Concept of the Nation in Both Sides of Korea: The Case of North Korean Practical Task, in: Korea & World Affairs, 2 (1978), S. 544–562; Young-Il Lee, Unification in the 1980s – New Approach for a New Area, in: Korea & World Affairs, 4 (1980), S. 335–348; V. Grabowsky (Anm. 31), S. 445–458.

³⁷⁾ Vgl. dazu Ho-min Yang, North Korean Concepts of the Nation and Its Practical Tasks, in: Korea & World Affairs, 11 (1987), S. 511–535; weitere Nachweise, ebda.

der dreißigjährigen Wiederkehr der Ausrufung der DDR am 7. Oktober 1979 steht endgültig fest, daß sich auch die deutschen Bewohner der Bundesrepublik Deutschland in den Augen der DDR-Führung des Attributs „deutscher Nationalität“ erfreuen dürfen³⁸⁾.

Die Bemühungen von SED-Ideologen um eine Unterscheidung von „Nation“ und „Nationalität“, bei der die „Nation“ ausschließlich auf soziale Komponenten und die „Nationalität“ auf eine ethnische Charakteristik reduziert werden, vermögen nicht zu überzeugen. Allerdings hat sich bis heute die Führungsspitze der Partei davor gehütet, den Prozeß der Herausbildung oder/und Entwicklung der „sozialistischen Nation“ in der DDR für abgeschlossen zu erklären. Man spricht von einem „langwierigen historischen Prozeß“, ohne bisher verraten zu haben, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen dieser abgeschlossen werden kann.

3. Nord-Koreas Konföderations-Vorschläge

Nord-Korea, das sich seit Mitte der fünfziger Jahre zu den Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ bekennt und diese — ebenso wie die DDR — auf die Beziehungen zu „kapitalistischen“ Staaten anwendet, hat immer größten Wert auf die Feststellung gelegt, daß seine Politik gegenüber Süd-Korea nicht von den „Koexistenz-Grundsätzen“ erfaßt wird. Dagegen gelten für Ost-Berlin seit Anfang der sechziger Jahre die Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ auch für die Deutschland-Politik der DDR³⁹⁾.

Hingegen erklärte Kim Il Sung in seiner Rede auf einer Massenkundgebung Mitte April 1973, die Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ seien für die Beziehungen zwischen Staaten oder Nationen mit unterschiedlichen soziopolitischen Systemen maßgebend. Er fuhr jedoch fort: „Es würde die koreanische Spaltung verewigen, wenn dieses Prinzip auf die Beziehungen innerhalb derselben Nation angewandt werden sollte.“⁴⁰⁾

Aus dieser unterschiedlichen Interpretation der „Koexistenz“-Formel ergibt sich eine weitere Differenz in der „Vereinigungs“-Politik der DDR und Nord-Koreas: Von 1962/63 bis Ende 1966 bezeichnete die DDR ihre Konföderations-Vorschläge als eine besonders geeignete Form der Verwirklichung der „friedlichen Koexistenz“ in Deutschland. Nord-Korea hat seine von 1960 bis in die Gegenwart wiederholten und variierten Konföderations-Pläne für

³⁸⁾ Vgl. dazu ausführlicher Jens Hacker, SED und nationale Frage, in: Ilse Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 43–64.

³⁹⁾ Vgl. dazu die Nachweise bei Jens Hacker, Der Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR, Köln 1974, S. 445–448.

⁴⁰⁾ Nachweis bei T. C. Chon (Anm. 35), S. 18.

Korea nie als Ausdruck einer Politik der „friedlichen Koexistenz“ gewertet.

In den Jahren nach Beendigung des Korea-Krieges bis 1960 war die Politik Nord-Koreas gegenüber Süd-Korea darauf gerichtet, günstige Bedingungen für einen revolutionären Umschwung zu schaffen. Nach dem Ende der zwölfjährigen Herrschaft des Präsidenten Syngman Rhee — der sich immer stärker diktatorischer Mittel bedient hatte — mit dem Aufstand der Studenten vom 19. April 1960 modifizierte Pjôngjang grundlegend seine Politik gegenüber Süd-Korea. Kim Il Sung verhehlte nicht, daß er sich die Volkserhebung und die „Wut des südkoreanischen Volkes gegen den U. S.-Imperialismus“ nutzbar machen wollte. Am 14. August 1960 unterbreitete Kim Il Sung erstmals den Vorschlag einer Konföderation zwischen Nord- und Süd-Korea für eine Übergangslösung bis zur Wiederherstellung der Einheit des Landes. Die Konföderation sollte dadurch zustandekommen, „indem ein Oberstes Nationalkomitee, das sich aus Vertretern der beiden Regierungen zusammensetzt, gegründet und somit hauptsächlich die ökonomische und kulturelle Entwicklung Nord- und Süd-Koreas einheitlich koordiniert wird, wobei die heutigen politischen Systeme Nord- und Süd-Koreas vorläufig beibehalten und die voneinander unabhängigen Tätigkeiten der beiden Regierungen aufrechterhalten werden.“⁴¹⁾

Außerdem sprach sich der Vorschlag für den sofortigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Süd-Korea und eine Reduzierung der Truppen um jeweils 100 000 Mann aus⁴²⁾. Bereits am 17. August 1960 wies die südkoreanische Regierung Kim Il Sungs Konföderations-Plan mit dem Hinweis zurück, die Vereinigung Koreas sollte durch freie, von der UNO überwachte Wahlen gemäß den UNO-Resolutionen verwirklicht werden⁴³⁾. Immerhin war aus Kim Il Sungs Vorschlag die Einsicht herauszulesen, daß er mit dem Nebeneinanderbestehen der beiden Staaten und unterschiedlich strukturierten Systeme auf längere Zeit rechnete.

Nachdem Seoul und Pjôngjang Anfang Juli 1972 ihren hoffnungsvollen Dialog begonnen hatten⁴⁴⁾, unterbreitete Kim Il Sung am 23. Juni 1973 ein Fünf-Punkte-Programm, in dem er auch sein Konföderations-Konzept modifiziert hatte. Nun schlug er vor, eine „Nord- und Süd-Konföderation“ unter dem Namen „Konföderative Republik Koryo“ zu

errichten. Gleichzeitig sprach er sich gegen die getrennte Aufnahme beider Staaten in die UNO aus. Wenn beide jedoch die Aufnahme in die UNO vor der Wiedervereinigung des Landes wünschen sollten, sollten sie als „ein einziger Staat unter dem Namen der Konföderativen Republik Koryo spätestens nach der Errichtung der Konföderation“ Mitglieder der Weltorganisation werden. Zugleich schlug Kim Il Sung vor, eine „Große Nationalversammlung“ aus Vertretern der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Süd-Koreas einzuberufen⁴⁵⁾. Auch diese Konföderations-Variante war für Seoul unannehmbar, da sie auf dem Fortbestand, nicht auf die Überwindung der Teilung Koreas gerichtet war.

Den interessantesten und detailliertesten Konföderations-Plan unterbreitete Kim Il Sung auf dem 6. Parteitag der Koreanischen Arbeiterpartei am 10. Oktober 1980. Während er 1960 die Konföderation als eine „Übergangsmaßnahme“ bezeichnet hatte und die Kompetenzen des „Obersten Nationalkomitees“ auf beratende und koordinierende Tätigkeiten beschränkt bleiben sollten, deutete die für den Plan von 1973 vorgeschlagene Bezeichnung „Konföderative Republik Koryo“ die Längerfristigkeit an. Doch auch die „Konföderative Republik Koryo“ war als ein Zwischenstadium auf dem Weg zur endgültigen Wiederherstellung der staatlichen Einheit des Landes gedacht⁴⁶⁾.

Der Vorschlag Kim Il Sungs vom 10. Oktober 1980 sah vor, daß die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systeme und Ideologien in beiden Teilen Koreas fortbestehen sollten. Eine oberste nationale konföderative Versammlung und ein konföderatives Präsidium sollten als ständige Organe und als einheitliche Regierung des konföderierten Staates politische Angelegenheiten, Fragen der Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen und andere allgemeine Fragen diskutieren und entscheiden, die die „Interessen des Landes und der ganzen Nation betreffen“. Neu war auch der Vorschlag, die „Koreanische Volksarmee“ des Nordens und die „Nationale Armee“ des Südens zu einer „Nationalen Armee des Vereinigten Staates“ zu vereinen⁴⁷⁾.

Trotz der vielen neuen Elemente wies die südkoreanische Regierung auch diesen Konföderations-Plan Kim Il Sungs kompromißlos zurück. Zutreffend verwies sie beispielsweise auf das „Gemeinsame Nord-Süd-Kommuniqué“ vom 4. Juli 1972, in dem beide Seiten die Errichtung eines

41) Text (Auszüge) der Rede in: Korean Unification, (Anm. 25), Dok. 154; dt. Übersetzung bei V. Grabowsky (Anm. 31), S. 276 f.

42) Erinnert sei daran, daß die Volksrepublik China 1958 ihre Truppen aus Nord-Korea zurückgezogen hat.

43) Text in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 155. Vgl. dazu auch V. Grabowsky (Anm. 31), S. 279–287, der auch andere Reaktionen Süd-Koreas erwähnt; T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 322 f.

44) Vgl. dazu unten Abschnitt V.

45) Text (Auszüge) der Rede Kim Il Sungs vom 23. Juni 1973 in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 212; vgl. dazu T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 330 f.; V. Grabowsky (Anm. 31), S. 319–323; H.-J. Kim (Anm. 15), S. 355 f.

46) Vgl. dazu V. Grabowsky (Anm. 31), S. 344–353; T.-H. Kwak, (Anm. 25), S. 334 f.; C.-S. Lee (Anm. 14), S. 405.

47) Text (Auszüge) der Rede in: Korean Unification (Anm. 33), Dok. 73.

„Nord-Süd-Koordinationskomitees“ vereinbart hatten⁴⁸⁾. Auch aus anderen Erwägungen war Kim Il Sung's neuer Konföderations-Plan unrealistisch. So phantasievoll das Motto „Eine Nation — Ein Staat — Zwei Systeme“⁴⁹⁾ auch schien, war es unklar, wie die vorgesehene „einheitliche konföderierte Regierung“ mit dem Recht, die Regierungen beider Staaten anzuleiten, effektiv hätte arbeiten sollen.

Pjōngjang's Vorschläge über die Bildung einer Konföderation sind Gegenstand zahlreicher instruktiver wissenschaftlicher Abhandlungen koreanischer Autoren, die hier nicht im einzelnen rekapituliert zu werden brauchen. Es ist in der Tat höchst auf-

schlußreich, die Ursprünge und Wandlungen des nord-koreanischen Konföderations-Konzepts unter dem Aspekt zu untersuchen, inwieweit sie mit den früher in der DDR entwickelten Konföderations-Vorstellungen übereinstimmen⁵⁰⁾. Nicht übersehen werden darf dabei, daß die DDR ihre erstmals zur Jahreswende 1956/57 entwickelten und in den folgenden Jahren ergänzten und modifizierten Konföderations-Vorschläge endgültig genau zehn Jahre später, Ende 1966/Anfang 1967 aufgegeben hat. Seitdem ist die Staats- und Parteiführung der DDR nicht mehr auf ihr Konföderations-Konzept für die „Lösung“ der „deutschen Frage“ zurückgekommen⁵¹⁾.

IV. Militärische Bündnisbeziehungen

Eine Analyse der Entwicklung der Beziehungen zwischen Nord- und Süd-Korea hat nicht nur die jeweilige innenpolitische Situation, sondern auch das internationale Umfeld zu beachten. Von den vier Großmächten, die am ostasiatischen Kräfte-spiel beteiligt sind, sind drei mit den beiden Staaten Koreas durch militärische Abmachungen verbunden: die USA mit Süd-Korea, die UdSSR und China mit Nord-Korea. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland, die am 9. Mai 1955 in die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und die Westeuropäische Union (WEU) aufgenommen wurde, und zur DDR, die zu den Gründungsmitgliedern des Warschauer Pakts vom 14. Mai 1955 zählt, gehören die beiden koreanischen Staaten keinen multilateralen Militärallianzen an.

Eine der wichtigsten Folgen des militärischen Überfalls des Nordens auf den Süden am 25. Juni 1950 war das Verteidigungs-Abkommen, das die USA und Süd-Korea am 1. Oktober 1953 geschlossen haben. Darin hat sich jeder der beiden Staaten verpflichtet, einem Angriff auf die Gebiete des anderen im pazifischen Raum „in Übereinstimmung mit den in der Verfassung vorgeschriebenen Verfahren“ zu begegnen⁵²⁾. Da Kim Il Sung im Verlauf der militärischen Auseinandersetzung in Korea ein-

sehen mußte, daß eine gewaltsame Wiedervereinigung des Landes unter kommunistischem Vorzeichen nicht zu erreichen war, durfte er in der Folgezeit eine solche Regelung des Korea-Problems insoweit aufgeben, als die USA mit ihren seit 1953 in Süd-Korea stationierten Truppen zu einer Verteidigung des Landes entschlossen sind.

Nachdem der amerikanische Präsident Jimmy Carter am 9. März 1977 seinen Beschluß bekanntgegeben hatte, die in Süd-Korea stationierten amerikanischen Bodentruppen in einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren vollständig zurückzuziehen, teilte er am 20. Juli 1979 mit, er habe beschlossen, den geplanten Rückzug der US-Landstreitkräfte vorläufig auszusetzen⁵³⁾. Die amerikanische Administration unter Präsident Ronald Reagan hat mehrfach ihre Garantie für Süd-Korea erneuert⁵⁴⁾.

Besonders pikant erscheinen heute die bilateralen Bündnisbeziehungen Nord-Koreas angesichts der veränderten politischen Szenerie in Ostasien. Nord-Korea ist — ein einmaliger Fall — sowohl mit der Sowjetunion als auch mit der Volksrepublik China durch Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand verbunden. Nachdem sich Pjōngjang im sowjetisch-chinesischen Konflikt bis Anfang 1960 neutral verhalten hatte, nahm es die weitreichenden Änderungen in der politischen Führung Süd-Koreas im Mai 1961 zum Anlaß, sowohl mit der UdSSR als auch mit der Volksrepublik China innerhalb weniger Tage Bündnisverträge zu schließen. Interessant ist dabei

⁴⁸⁾ Text der Stellungnahme Seouls vom 15. Oktober 1980 (Anm. 33), Dok. 74. Vgl. dazu ausführlicher unten Abschnitt V.

⁴⁹⁾ So V. Grabowsky (Anm. 31), S. 348.

⁵⁰⁾ Vgl. dazu die Nachweise bei Jens Hacker, Korea and Germany — Two Different Cases of Divided States, in: Korea & World Affairs, 6 (1982), S. 157—189, 182—189.

⁵¹⁾ Vgl. dazu im einzelnen Jens Hacker, Die „deutsche Konföderation“. Ein untaugliches Mittel für die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Gesamtdeutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/68, S. 3—30.

⁵²⁾ Text in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 89.

⁵³⁾ Vgl. den Nachweis in: Europa-Archiv, 32 (1977), S. Z 63. Weitere Nachweise bei Jens Hacker, Reunification and Foreign Policy of the German Democratic Republic and North Korea in Comparison, in: Korea & World Affairs, 8 (1984), S. 575—609, 598.

⁵⁴⁾ Vgl. die Nachweise Anm. 53.

vor allem, daß die Verträge Nord-Koreas mit der Sowjetunion vom 6. Juli 1961⁵⁵⁾ und der Volksrepublik China vom 11. Juli 1961⁵⁶⁾ jeweils Bündnis-klauseln enthalten, die keinen automatischen militärischen Beistand vorsehen, sondern den Eintritt in den Kriegszustand erfordern⁵⁷⁾.

Die in den beiden Pakten verankerte Klausel resultiert vornehmlich aus der exponierten Lage Nord-Koreas und dem komplizierten Verhältnis der beiden Staaten Koreas zueinander: Die militärische Auseinandersetzung in Korea 1950/51 war kein Krieg im formellen Sinne, da die Demarkationslinie am 38. Breitengrad keine Staatsgrenze im völkerrechtlichen Sinne bildet⁵⁸⁾. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert, so daß bei einem etwaigen erneuten militärischen Konflikt sowohl die UdSSR als auch die Volksrepublik China genügend politischen Spielraum hätten, um ihr Bündnisverhältnis zu Nord-Korea zu bestimmen.

Da nicht abzusehen ist, wie sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China in Zukunft entwickeln werden, sollte man eine Differenz in den Bündnisverträgen nicht übersehen: Während der Vertrag der Volksrepublik China mit Nord-Korea vom 11. Juli 1961 so lange in Kraft bleibt, bis sich beide Signatare über eine Änderung oder Außerkraftsetzung einigen, wurde der Bündnisvertrag der UdSSR mit Nord-Korea vom 6. Juli 1961 auf zehn Jahre geschlossen; er bleibt

jeweils weitere fünf Jahre in Kraft, wenn nicht eine der beiden Seiten ihn ein Jahr vor Ablauf der Frist kündigt.

Festzuhalten gilt darüber hinaus, daß die beiden Bündnisverträge Nord-Koreas mit der UdSSR und China jeweils die „Wiedervereinigung Koreas auf friedlicher und demokratischer Grundlage“ postulieren. Auch in dem ersten zwischen der UdSSR und der DDR am 12. Juni 1964 geschlossenen Bündnisvertrag war noch davon die Rede, daß beide Seiten die „Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage“ fördern wollen. Im erneuten Bündnisvertrag zwischen Moskau und Ost-Berlin vom 7. Oktober 1975 sucht man eine ausdrückliche auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gerichtete Formel vergebens. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die UdSSR durch die Aufnahme einer „Nichtberührungsklausel“ in den Vertrag mit der DDR vom 7. Oktober 1975 – ebenso wie die drei Westmächte in dem am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschland-Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland – sichergestellt hat, bei einer wie auch immer gearteten „Lösung der deutschen Frage“ mitzusprechen. An dieser Rechtslage haben auch die 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und Polen sowie 1972 mit der DDR geschlossenen Verträge nichts geändert⁵⁹⁾.

V. Verlauf und Scheitern der bisherigen innerkoreanischen Dialoge

Nach der militärischen Auseinandersetzung in Korea (1950–1953) und der Phase des fortbestehenden Antagonismus änderte sich die innerkoreanische Szenerie erst Anfang der siebziger Jahre. Mehrere Faktoren begünstigten die Einleitung und den Beginn des ersten innerkoreanischen Dialogs 1971/72: ein bemerkenswerter Wandel des internationalen Umfelds, und die Einsicht Seouls und Pjöngjangs, „daß das jeweils andere Regime die

autonome Macht hat, den Gang der Dinge zu beeinflussen, und die Belange und Strategien beider Seiten“⁶⁰⁾. Seitdem hat der innerkoreanische Dialog mehrere Phasen durchlaufen: die Gespräche zwischen 1971 und 1973, der „Dialog“ von 1979/80, die von beiden Seiten 1981–1983 unterbreiteten Vorschläge und Gegenvorschläge, der Vorschlag Nord-Koreas von 1984 für dreiseitige Gespräche unter Einschluß der USA und der Beginn einer „neuen Ära im innerkoreanischen Dialog“ seit 1984. In ein neues Stadium sind die innerkoreanischen Beziehungen nach dem politischen Umschwung in Südkorea 1987/88 getreten.

⁵⁵⁾ Englischer Text in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 171; deutscher Text in: Archiv der Gegenwart (1961), S. 9200.

⁵⁶⁾ Englischer Text, ebda, Dok. 172; deutscher Text in: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten. Teil 5: Verträge mit kommunistischen Staaten. Bd. XII/5 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Wiesbaden 1971, S. 174f.; weitere Nachweise bei J. Hacker (Anm. 53), S. 599.

⁵⁷⁾ Dies wird zumeist in westlichen und koreanischen Analysen übersehen. Vgl. dazu J. Hacker (Anm. 53).

⁵⁸⁾ Vgl. dazu die noch immer maßgebliche Studie von E. Fraenkel (Anm. 4).

⁵⁹⁾ Vgl. dazu Jens Hacker, Die deutschlandrechtliche und deutschlandpolitische Funktion der Vier-Mächte-Verantwortung, in: Dieter Blumenwitz/Boris Meissner (Hrsg.), Staatliche und nationale Einheit Deutschlands – ihre Effektivität, Köln 1984, S. 75–96.

1. Die Gespräche zwischen 1971 und 1973

Wie sehr die innerkoreanische Problematik mit den Interessen und Zielen der das Land geostrategisch umlagernden Großmächte verwoben ist, zeigte sich 1971/72. Die Führungen der beiden koreanischen Staaten waren zu der richtigen Einsicht gelangt, daß sie die möglichen Auswirkungen der amerikanisch-chinesischen und der amerikanisch-sowjetischen

⁶⁰⁾ So C.-S. Lee (Anm. 14), S. 404.

Entspannung nicht ignorieren könnten. Die Sowjetunion hatte inzwischen erkannt, daß sie aus dem fortbestehenden innerkoreanischen Antagonismus keine politischen Gewinne zu ziehen vermochte, wenn sie auch weiterhin verbal die Wiedervereinigungs-Vorstellungen Kim Il Sung's unterstützte. Die Volksrepublik China „durchlief einen sehr dynamischen Wandel. In der Ära nach Mao Ze-dong und der Viererbande orientierten sich die chinesischen Führer nach innen, und die wirtschaftliche Modernisierung wurde zur obersten Priorität. Dies erforderte Stabilität im internationalen Umfeld, und so wurde die Korea-Frage unter einem neuen Blickwinkel gesehen. Zwar unterstützten die neuen chinesischen Führer weiterhin die nord-koreanische Formel für die Wiedervereinigung, aber sie wünschten keine dramatischen Veränderungen auf der koreanischen Halbinsel.“⁶¹⁾

Auch die USA hatten die Prioritäten ihrer Außenpolitik insofern geändert, als sie ihre überseeischen Verpflichtungen und ihre Verteidigungsausgaben einzuschränken gedachten. Die amerikanische Führung unter Präsident Richard M. Nixon war 1970/71 bestrebt, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wesentlich zu verbessern und gleichzeitig das Verhältnis zur Volksrepublik China auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Aufnahme des ersten koreanischen Dialogs führten seinerzeit Beobachter der ostasiatischen Szenerie übereinstimmend vor allem auf den „Nixon-Schock“ zurück — die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten vom 15. Juli 1971, er werde auf Einladung des chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai, noch vor Mai 1972 Peking besuchen⁶²⁾. Die neue außenpolitische Strategie der USA implizierte auch das Verhältnis Washingtons zu Seoul und die innerkoreanische Szenerie.

Aufgrund der sich abzeichnenden neuen politischen Konstellation in Ostasien sahen sich damals Pjöngjang und Seoul gezwungen, über einen Abbau des innerkoreanischen Antagonismus nachzudenken. Am 4. Juli 1972 verbreiteten beide Seiten gleichzeitig die sensationelle Meldung, daß sie sich auf mehrere „Prinzipien für die friedliche Wiedervereinigung des Landes“ geeinigt hätten. In Punkt eins der Erklärung hieß es, die Wiedervereinigung müsse „unabhängig, ohne Stützung auf äußere Kräfte oder deren Einmischung“ erfolgen. Vereinhart wurden außerdem eine „Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln, ohne Anwendung von Waf-

fen gegen die andere Seite“, die „Überwindung der Unterschiede der Ideologie, der Ideale und des Systems“ sowie die Einstellung feindseliger Propaganda und Provokation. Außerdem kamen beide Seiten überein, ständige Kontaktaufnahme durch direkte Telefonleitungen, durch Gespräche zwischen den beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften und die Errichtung eines Nord-Süd-Koordinationskomitees zu schaffen⁶³⁾.

Nachdem die beiden Staaten in Korea mit der Proklamation neuer Verfassungen im Dezember 1972 jeweils das eigene politische System gestärkt hatten, erbrachte der Dialog bis zum August 1973 keinen Fortschritt hinsichtlich des Abbaus der innerkoreanischen Konfrontation oder gar im Hinblick auf die Wiedervereinigung des Landes. Der kaum eröffnete „Dialog“ endete im August 1973 in einem Fiasco, da die politische Führung des Nordens die Gesprächspartner aus dem Süden mit unzumutbaren Forderungen konfrontiert hatte⁶⁴⁾.

2. Der „Dialog“ von 1979/80

Auch der 1979 aufgenommene und wiederum total gescheiterte zweite koreanische „Dialog“ wurde durch Ereignisse von außen in Gang gesetzt. Dabei haben der Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrags zwischen Japan und der Volksrepublik China vom 12. August 1978⁶⁵⁾ sowie der Beschluß der USA und der Volksrepublik China vom 16. Dezember 1978⁶⁶⁾, sich gegenseitig völkerrechtlich anzuerkennen und am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen aufzunehmen, eine entscheidende Rolle gespielt⁶⁷⁾. Nachdem die Führungen in Seoul und Pjöngjang Mitte Januar 1979 einander widersprechende Vorschläge über einen innerkoreanischen Dialog unterbreitet hatten, nahm der Präsident der USA, Carter, seinen Besuch in Süd-Korea zum Anlaß, Nord-Korea vorzuschlagen, ein gemeinsames Treffen von offiziellen Vertretern Nord- und Süd-Koreas sowie der USA abzuhalten, um Probleme der Vereinigung Koreas und andere

⁶³⁾ Englischer Text des Kommuniqués in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 199; deutscher Text bei V. Grabowsky (Anm. 31), S. 299 f. Vgl. über die bereits im August 1980 aufgenommenen ersten Kontakte zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 326 f.; H.-J. Kim (Anm. 15), S. 259—311, der auch die neuen Aspekte des internationalen Umfelds ausführlich darstellt.

⁶⁴⁾ Vgl. die Erklärung Pjöngjangs vom 28. August 1973; Text in: Korean Unification (Anm. 25), Dok. 213. Vgl. dazu T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 326—331; V. Grabowsky (Anm. 31), S. 300—308.

⁶⁵⁾ Text des Vertrags in: Europa-Archiv, 33 (1978), S. D 565 f. Vgl. dazu Joachim Glaubitz, Der chinesisch-japanische Friedens- und Freundschaftsvertrag, in: Europa-Archiv, 33 (1978), S. 649—658; Dagmar Ahrens-Thiele, Moskau und der chinesisch-japanische Friedens- und Freundschaftsvertrag, in: Osteuropa, 29 (1979), S. 579—587.

⁶⁶⁾ Am 15. Dezember Washingtoner Zeit.

⁶⁷⁾ Vgl. die Dokumentation zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China in: Europa-Archiv, 34 (1979), S. D 76—82.

⁶¹⁾ Ebda.

⁶²⁾ Vgl. dazu die detaillierte Darstellung bei Henry A. Kissinger, Memoiren 1968—1973, München 1979, S. 727—837, 803—811. Kissinger, damals Berater des Präsidenten für Sicherheitsfragen, spricht von einer „Erklärung, die die Welt erschütterte“. Präsident Nixon besuchte die Volksrepublik China vom 21.—28. Februar 1972. Text des Kommuniqués vom 27. Februar 1972, in: Europa-Archiv, 27 (1972), S. 136—139.

Fragen zu diskutieren⁶⁸). Wenige Tage später, am 10. Juli 1979, wies Pjŏngjang dieses Angebot zurück, da es nur geeignet sei, die Teilung Koreas in „zwei Koreas“ zu verewigen⁶⁹). Es insistierte auf seiner Position, daß die Wiedervereinigung Koreas allein durch die Koreaner erreicht werden müsse; Gespräche der USA und Nord-Koreas müßten sich mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus Süd-Korea und dem Abschluß eines Friedensvertrags befassen. Nord-Korea lehnte das Recht Süd-Koreas ab, an Gesprächen mit den USA teilzunehmen, da die Regierung des Landes kein Partner des Waffenstillstands-Abkommens vom 27. Juli 1953 sei.

Im Januar 1980 ergriff Nord-Korea die Initiative für Nord-Süd-Gespräche, die durch die turbulenten Ereignisse in der süd-koreanischen Innenpolitik nach der Ermordung von Staatspräsident Park Chung Hee am 26. Oktober 1979 ausgelöst worden waren. Auch wenn die Gespräche von 1980 zwischen Vertretern Nord- und Süd-Koreas wiederum ergebnislos verliefen, erbrachten sie einen gewissen Fortschritt. Die zehn „vorbereitenden“ Gesprächsrunden zwischen Februar und August 1980 waren darauf gerichtet, ein Treffen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder zu arrangieren. Die Verschärfung der innenpolitischen Lage in Süd-Korea und die Übernahme des Präsidentenamtes durch Chun Doo Hwan am 27. August nahm Pjŏngjang am 24. September 1980 zum Vorwand, weitere Gespräche vorläufig zu vertagen⁷⁰).

3. Innerkoreanische Kontakte in den Jahren 1981–1983

Nachdem Pjŏngjang die Vorschläge des süd-koreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan vom 12. Januar und 5. Juni 1981, über gegenseitige Besuche und ein persönliches Gespräch der obersten Führer Süd- und Nord-Koreas zu verhandeln, zurückgewiesen hatte⁷¹), trat die innerkoreanische Szenerie ein Jahr später in ein neues Stadium. Die von Präsident Chun Doo Hwan am 22. Januar und vom Minister für die nationale Wiedervereinigung am 1. Februar 1982 unterbreiteten Initiativen wurden auch im Ausland insofern stark beachtet, als sie über die früheren Wiedervereinigungs-Konzepte weit hinausgingen und den vorläufig unabänderli-

chen politischen und territorialen Status quo Koreas zur Grundlage hatten.

Seoul schlug die „Annahme einer Verfassung eines Vereinten Koreas“ vor, die durch die „Beratende Konferenz für Nationale Wiedervereinigung“ mit Vertretern beider Seiten erarbeitet und dann aufgrund eines freien, demokratischen Referendums in ganz Korea Gesetzeskraft erlangen sollte. Die detaillierten Vorschläge des süd-koreanischen Präsidenten, die für die Zeit bis zur Überwindung der Teilung des Landes bestimmt waren, machten sich die Erfahrungen der Ende 1969 eingeleiteten „neuen Deutschland-Politik“ der Bundesrepublik Deutschland zunutze und enthielten wichtige Elemente, die auch den in den Jahren ab 1970 vertraglich ausgestalteten Modus vivendi zwischen den beiden Staaten in Deutschland bestimmen. Bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Koreas sollte nicht ein „Grundlagenvertrag“, sondern ein „provisorischer Grundlagenvertrag“ mit Pjŏngjang geschlossen werden, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß diese Regelung als Vorstufe zur späteren Wiedervereinigung des Landes gedacht war⁷²).

Unabdingbare Voraussetzung für jeden produktiven innerkoreanischen Dialog sind die Vorschläge des süd-koreanischen Präsidenten, mit Nord-Korea einen umfassenden Gewaltverzicht zu vereinbaren und festzulegen: „Süd- und Nord-Korea sollen gegenseitig ihre bestehende politische Ordnung und ihre gesellschaftlichen Institutionen anerkennen und sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten des anderen einmischen.“ Außerdem schlug Seoul in detaillierter Form vor, daß sich der Süden und der Norden schrittweise durch vielerlei Formen des Austausches und der Zusammenarbeit einander öffnen. Dieser Katalog war in vielen Punkten mit dem innerdeutschen Grundvertrag vom 21. Dezember 1972 und seinen Zusatzdokumenten identisch.

Nord-Korea hat – wie erwartet – die Vorschläge des Südens vom 22. Januar und 1. Februar 1982 kompromißlos zurückgewiesen. Während die Staatsführung Süd-Koreas von der richtigen Voraussetzung ausgeht, den innerkoreanischen Dialog auf der zwischenstaatlichen Ebene zu führen und die totale Abgrenzung und Konfrontation zwischen den beiden Landeshälften allmählich abzubauen, hat Pjŏngjang wiederum Seoul vor unzumutbare Forderungen gestellt. Dazu gehörte erneut der Rückzug der amerikanischen Truppen aus Süd-Korea. Aufschlußreich war immerhin, daß Staats- und Parteichef Kim Il Sung in seiner Antwort vom 26. Januar 1982 feststellte, die Vorschläge Seouls

⁶⁸) Text des amerikanisch-süd-koreanischen Kommuniqués vom 1. Juli 1979 in: Korean Unification (Anm. 33), S. 41.

⁶⁹) Text in Anm. 33, Dok. 43. Vgl. dazu T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 332 f.

⁷⁰) Texte der einschlägigen Dokumente in: Korean Unification – Source Materials with an Introduction, hrsg. von Chong-Shik Chung, Vol. 2, Seoul 1979. Vgl. dazu T.-H. Kwak, (Anm. 25), S. 332–334; C.-S. Lee, (Anm. 14), S. 406.

⁷¹) Texte der Vorschläge in: Korean Unification (Anm. 33), Dok. 79, 89.

⁷²) Texte der Vorschläge vom 22. Januar und 1. Februar 1982, (Anm. 33), Dok. 101, 104.

vom 22. Januar seien nur „eine Kopie der deutschen Methode“, mit der die Existenz zweier getrennter Staaten legalisiert worden sei. Außerdem lehnte Nord-Korea ein weiteres Mal offizielle Kontakte mit der Regierung des Südens ab und schlug eine gemeinsame Konferenz von 50 Delegierten vor, die sich aus den politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen rekrutieren sollten⁷³⁾.

Noch einmal versuchte Präsident Chun Doo Hwan am 18. Januar 1983, Nord-Korea für seine auf eine „nationale Versöhnung“ und „demokratische Vereinigung“ gerichteten Vorschläge zu gewinnen; schließlich wiederholte er seinen Plan, eine innerkoreanische Gipfelkonferenz einzuberufen. Nord-Korea setzte sich in seiner Antwort wiederum dafür ein, eine Konferenz von Repräsentanten der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen beider Teile des Landes einzuberufen⁷⁴⁾.

4. Nord-Koreas Vorschlag von 1984 für dreiseitige Gespräche

Nachdem Nord-Korea — wie dargelegt — den Vorschlag für dreiseitige Gespräche, den die Präsidenten Carter und Park am 1. Juli 1979 unterbreitet hatten, als „völlig unbrauchbar“ und „ohne Sinn“ apostrophiert hatte⁷⁵⁾, schlug Pjöngjang am 10. Januar 1984 erstmals selbst dreiseitige Gespräche zwischen Nord-Korea, Süd-Korea und den USA vor. Die beteiligten Staaten sollten einen Friedensvertrag diskutieren, der das Waffenstillstands-Abkommen von 1953 mit der Folge ersetzen sollte, daß die USA ihre Truppen aus Süd-Korea zurückziehen. Außerdem sollte über eine Erklärung der beiden Staaten Koreas über den gegenseitigen Gewaltverzicht gesprochen werden⁷⁶⁾. Der aggressive Ton der Erklärung und die einseitige Schuldzuweisung an die USA, den Frieden in Korea zu bedrohen, waren wenig geeignet, Seoul zu einer positiven Antwort zu bewegen⁷⁷⁾. Bedeutsam ist, daß Nord-Korea in seinem Vorschlag Süd-Korea als gleichen Verhandlungspartner der dreiseitigen Gespräche akzeptiert hat.

5. Verstärkte innerkoreanische Kontakte ab 1984/85

Eine neue Phase des innerkoreanischen Dialogs wurde im Herbst 1984 eingeleitet. Während sich am 15. November Vertreter beider Regierungen zu

Handelsgesprächen und am 20. November Vertreter der beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften trafen, kamen Parlamentarier aus beiden Ländern erstmals nach 37 Jahren am 23. Juli 1985 zusammen. Eine besonders wichtige Gesprächsebene für Nord-Korea war die der Sport-Beziehungen. Am 30. Juli 1985 hatte Nord-Korea dem Internationalen Olympischen Komitee vorgeschlagen, mit Süd-Korea gemeinsam Gastgeber der 1981 an Süd-Korea vergebenen Olympischen Sommerspiele zu sein. Da die Satzung des Olympischen Komitees eine solche Regelung nicht zuläßt, schlug Süd-Korea vor, einige olympische Wettbewerbe in Pjöngjang durchzuführen, obwohl auch dies die olympische Charta nicht gestattet. Nord-Korea war nicht bereit, dieses großzügige Angebot anzunehmen. Am 27. Mai 1988 erklärte Präsident Kim Il Sung endgültig, daß sein Land an den Olympischen Sommerspielen in Seoul nicht teilnehmen wird⁷⁸⁾.

Auch auf den drei anderen Gesprächsebenen konnten bisher keine Durchbrüche erzielt werden⁷⁹⁾. Die sich 1986 verschärfende innenpolitische Krise in Süd-Korea, die im Oktober 1987 mit der Annahme der neuen Verfassung durch einen Volksentscheid wesentlich gemindert werden konnte, hat die nord-koreanische Führung veranlaßt, sich auf keine spektakulären Maßnahmen im innerkoreanischen Dialog einzulassen.

6. Süd-Koreas Plan eines innerkoreanischen „Grundlagenvertrags“ von Ende Juni/Anfang Juli 1988

Nach der weitgehenden innenpolitischen Stabilisierung in Süd-Korea hat die neue Führung eine „Ära der Versöhnung und Kooperation“ mit dem Norden verkündet und weitreichende Vorschläge zur Aufnahme vielschichtiger Kontakte in Wirtschaft, Politik und Kultur unterbreitet. Am 28. Juni 1988 hat Präsident Roh Tae-Woo den Abschluß eines „Grundlagenvertrags“ zwischen Seoul und Pjöngjang als Ziel hingestellt und sich dabei ausdrücklich auf den innerdeutschen Grundvertrag vom 21. Dezember 1972 berufen. Auf solcher Basis solle eine Zusammenarbeit mit Nord-Korea entwickelt werden, die nicht von Feindschaft geprägt sei und schließlich zur nationalen Wiedervereinigung führe. Dies sei sogar aussichtsreicher als in Deutschland: „Die Wiedervereinigung Deutsch-

⁷³⁾ Text in Anm. 33, Dok. 102. Vgl. dazu auch T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 335–337.

⁷⁴⁾ Texte in Anm. 33, Dok. 121 f.

⁷⁵⁾ Nachweis oben in Anm. 69.

⁷⁶⁾ Text in Anm. 33, Dok. 167.

⁷⁷⁾ Text der Erklärung vom 11. Januar 1984 in Anm. 33, Dok. 169. Vgl. dazu C.-S. Lee (Anm. 14), S. 406–408; T.-H. Kwak (Anm. 25), S. 338.

⁷⁸⁾ Text der Erklärung in: North Korea News, Nr. 427 vom 6. Juni 1988. Die Erklärung vom 12. Januar 1988 kann dann nur eine vorläufige Absage gewesen sein. Vgl. dazu oben die Nachweise in Anm. 1.

⁷⁹⁾ Alle einschlägigen Dokumente über den Verlauf der innerkoreanischen Gespräche auf den vier Ebenen in: Korean Unification (Anm. 33). Der Band schließt mit dem 15. August 1986 ab.

lands ist bei seinen Nachbarn unerwünscht — bei uns ist das anders“, meinte der Präsident⁸⁰⁾.

Wenige Tage später, am 7. Juli 1988, wurde Präsident Rohs „Spezielle Erklärung für nationale Selbstachtung, Vereinigung und Prosperität für Korea“ verkündet, die die Vorschläge vom 28. Juni konkretisierte. Besonders bemerkenswert sind die neuen außenpolitischen Akzente. Roh erklärte sich zur außenpolitischen Hilfestellung für Nord-Korea bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit führenden westlichen Staaten bereit, die bisher nur Beziehungen mit Süd-Korea unterhielten. Süd-Korea selbst will sich — laut Roh — gleichzeitig um ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion, zu China und anderen sozialistischen Staaten bemühen. Auch erhebe der Süden keinen Anspruch gegen

Handelsbeziehungen zwischen befreundeten Nationen und dem Norden, sofern es sich nicht um Waf-fengeschäfte handle⁸¹⁾.

Auch wenn Nord-Korea bereits am 11. Juli 1988 das Versöhnungsangebot des süd-koreanischen Präsidenten Roh Tae Woo abgelehnt hat, wird dies nicht das letzte Wort sein. Das Argument, Seoul versuche mit seinem Vorschlag, die Teilung Koreas zu „legalisieren“⁸²⁾, geht fehl. Der neuen politischen Führung Süd-Koreas geht es gerade darum, zunächst einen Modus vivendi für die Beziehungen zum Norden zu schaffen, ehe die staatliche Einheit des Landes wiederhergestellt werden kann. Anders läßt sich die prononcierte Berufung Präsident Rohs auf den innerdeutschen Grundlagenvertrag nicht verstehen.

VI. Ergebnis

Ein Überblick über die mehr als 40 Jahre andauernde Teilung Koreas zeigt, daß innere und äußere Faktoren dafür maßgebend waren, daß bis wenige Wochen vor Beginn der Sommer-Olympiade das innerkoreanische Verhältnis durch Antagonismus, Feindschaft und Mißtrauen geprägt wird. Die Empfindung der gegenseitigen Bedrohung ist „nicht nur Funktion geschichtlicher Erfahrungen und der einander gegenüberstehenden großen Armeen, sondern auch der Unterschiede in Ideologie und System“⁸³⁾. Prüft man den Verlauf der seit 1971 mit unterschiedlicher Intensität geführten und immer wieder gescheiterten innerkoreanischen Dialoge, dann ist der Führung Süd-Koreas zu konstatieren, daß ihre Vorschläge zumindest mehr Realismus als

Kim Il Sungs Konföderations-Varianten verrieten. Die von Seoul vor allem Anfang 1982 und Ende Juni/Anfang Juli 1988 entwickelten Initiativen knüpfen an die vertragliche Regelung des innerdeutschen Verhältnisses an, indem sie auf die Schaffung eines Modus vivendi auch in Korea gerichtet sind und das Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit des Landes von der Überwindung der derzeitigen Konfrontation abhängig machen. Nach der 1987 in Süd-Korea eingeleiteten politischen Wende ist das Selbstbewußtsein der Führung weiter gestiegen. Die Erinnerung an den militärischen Überfall Nord-Koreas und der Versuch Kim Il Sungs, 1950/51 auch dem Süden das kommunistische System des Nordens aufzuzwingen, hat zu einem breiten antikommunistischen Grundkonsens geführt, den Pjöngjang bis heute nicht zu erschüttern vermochte.

Neben den wesentlich verbesserten ökonomischen Bedingungen hat sich auch die Situation Süd-Koreas in außenpolitischer Hinsicht in den vergangenen Jahren beachtlich gebessert. Mit Stolz kann man in Seoul darauf verweisen, daß immer mehr „blockfreie“ Staaten die diplomatischen Bemühungen Süd-Koreas unterstützen, einen innerkoreanischen Dialog aufzunehmen, obwohl Nord-Korea der „Bewegung der Blockfreien“ angehört. Süd-Korea, das ebenso wie sein nördlicher Gegenspieler nur mit einem Ständigen Beobachter bei der UNO vertreten ist und seit Jahren die von Pjöngjang strikt

⁸⁰⁾ Text des Vorschlags in: The Korea Herald vom 29. Juni 1988. Vgl. dazu Ernst-Otto Maetzke, Die Olympischen Spiele wecken den Wunsch nach Wiedervereinigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1988; Vorschläge von Präsident Roh Tae-Woo zu einer Détente mit Nordkorea, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 157 vom 9. Juli 1988. Nachdrücklich hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinem Besuch in Süd-Korea Anfang Juli den Koreanern zum Dialog geraten. Vgl. dazu Udo Bergdoll, Genscher rät den Koreanern zum Dialog, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Juli 1988; Bernt Conrad, Innerdeutscher Dialog als Vorbild für Korea, in: Die Welt vom 5. Juli 1988.

⁸¹⁾ Text in: Pressedienst der Botschaft der Republik Korea, Bonn, 7. Juli 1988.

⁸²⁾ Vgl. „Nord-Korea lehnt Versöhnung ab“, in: Die Welt vom 12. Juli 1988; Nordkorea lehnt Vorschläge Süd-Koreas ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 1988; Pyonyang Turns Down Seoul's Six-Point Plan for Reunification, in: North Korea News, No. 433 vom 18. Juli 1988.

⁸³⁾ So C.-S. Lee (Anm. 14), S. 401–404. Sehr instruktiv dazu auch Kyeong-Tae Yoon, The Present and Future Aspects of Inter-Korean Relations: A Political View, in: Dalchoong Kim/Werner Gumpel/Gottfried-Karl Kindermann, East-West Relations and Divided Nation Problems in the Gorbachev Era — German and Korean Perspectives. Seoul

1988, S. 383–412; Sung-Joo Han, East-West German Relations and North-South Korean Relations, ebda., S. 413–431; Byung-joon Ahn, Changes in North Korea and Its Relations with South Korea, in: New Directions in East-West Relations — German and Korean Perspectives. Seoul 1987, S. 377–386; T.-H. Kwak (Anm. 25).

abgelehnte volle Mitgliedschaft beider Staaten in der Weltorganisation anstrebt, treibt dort eine aktive und geschickte Diplomatie, um seinen Einfluß bei den Staaten der Dritten Welt auszudehnen. Hinzu kommt das erhebliche ökonomische Gefälle zwischen den beiden Staaten Koreas, das dem Süden ein zusätzliches Gewicht verleiht.

So ist die politische Führung Nord-Koreas sowohl auf der innerkoreanischen als auch auf der internationalen Ebene immer stärker in die Defensive geraten. Obwohl über kein anderes kommunistisches Land so wenig verlässliche Informationen vorliegen wie über Nord-Korea, sind sich Beobachter in einer Feststellung einig: Der Hauptgrund für die jahrzehntelang starre Haltung Kim Il Sungs liegt darin, daß er meint, sein Land und seine Gesellschaft nicht der Außenwelt öffnen zu können. Er fürchtet, daß selbst die geringste Durchlässigkeit der Grenzen das gesamte politische System gefährden würde. Kein Volk eines anderen kommunistischen Landes ist so isoliert und so total kontrolliert wie das nordkoreanische.

Wenn sich jetzt im Vorfeld der Sommer-Olympiade der Beginn eines neuen innerkoreanischen Dialogs und das Einlenken Pjöngjangs abzeichnen, so sind dafür wiederum innere und äußere Faktoren maßgebend. Immer mehr hat Kim Il Sung einsehen müssen, daß er sich mit seinem Konzept der gewaltlosen Vereinigung des Landes auch international isoliert hat. Keine der großen Mächte befürwortet eine neue militärische Auseinandersetzung auf der koreanischen Halbinsel. Die Annäherung zwischen der Volksrepublik China und den USA sowie Japan und das starke Interesse Moskaus und Beijings, offizielle Beziehungen zu Süd-Korea aufzunehmen, haben die geopolitische Konstellation im Fernen Osten entscheidend verändert. Süd-Korea ist es auch gelungen, erste Beziehungen mit jenen „sozialistischen“ Staaten anzubahnen, die auf die politischen Vorstellungen Pjöngjangs nicht so viel Rücksicht nehmen müssen wie die Führungen der

UdSSR und der Volksrepublik China. Inzwischen haben Polen, Ungarn und Jugoslawien in Seoul Handelsbüros eröffnet und den direkten Handel mit Süd-Korea aufgenommen, das seinerseits Handelsbüros in diesen Staaten errichtet hat. Nicht nur Seoul, sondern auch und gerade Moskau und Beijing hoffen auf den Beginn einer neuen Ära des innerkoreanischen Dialogs nach dem Abtritt des greisen Diktators Kim Il Sung.

Das innerkoreanische Verhältnis kann nur auf eine neue Basis gestellt werden, wenn beide Seiten zuvor in völkerrechtlich verbindlicher Weise auf jede Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten. Nord-Korea hat am 21. Juli 1988 dem Süden vorgeschlagen, einen Nichtangriffspakt zu schließen. In einer an die Nationalversammlung in Seoul gerichteten Erklärung hat Nord-Korea zu einer gemeinsamen Parlamentarier-Konferenz eingeladen, die noch vor Beginn der Olympischen Spiele in Pjöngjang stattfinden und einen gegenseitigen Gewaltverzicht vereinbaren sollte. Seoul hat positiv reagiert⁸⁴⁾. Außerdem hat Nord-Korea dem amerikanischen Kongreß Gespräche über die Ablösung des Waffenstillstands-Abkommens vom 27. Juli 1953 durch einen Friedensvertrag angeboten. Als Konferenzort werden Pjöngjang, New York oder eine Stadt in einem dritten Land vorgeschlagen. Der nord-koreanische Friedensvorstoß bei den Vereinigten Staaten ist der erste seit 1984, der ausdrücklich Süd-Korea einbezog⁸⁵⁾.

⁸⁴⁾ Vgl. dazu „Nordkorea schlägt Nichtangriffspakt vor“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Juli 1988; Seoul bereit zu Gesprächen mit Nordkorea, ebda., Ausgabe vom 26. Juli 1988; Gebhard Hielscher, Brückenschlag in Korea?, ebda., Ausgabe vom 26. Juli 1988; Fred de La Trobe, Südkorea ist ganz auf Kompromisse eingestellt, in: Die Welt vom 26. Juli 1988.

⁸⁵⁾ Vgl. dazu „Nordkorea bietet USA Friedensgespräche an“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31. Juli 1988; Korea-Gespräche mit Washington?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juli 1988. Vgl. zur Initiative vom 10. Januar 1984 oben Abschnitt V 4.

Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas

I. Die Geschichte Koreas — ein Überblick

„Land der Morgenstille“, so wird Korea oft genannt. Betrachtet man jedoch die geopolitische Lage Koreas, so wird deutlich, daß die „Stille“ lediglich eine Wunschvorstellung der Koreaner ist. Korea bildet den Schnittpunkt, in dem der Expansionsdrang Japans mit den Interessen Chinas und der Sowjetunion kollidiert. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Japan von der amerikanischen Flotte gezwungen, seine Tore zu öffnen. Jahre später erschienen japanische Kanonenboote vor der koreanischen Westküste und zwangen ihrerseits Korea aus seiner hermetischen Abgeschlossenheit heraus. Danach haben die Japaner ihre politische und wirtschaftliche Einflußnahme auf Korea drastisch erhöht. Die daraus folgenden militärischen Auseinandersetzungen mit den Chinesen und den Russen endeten mit dem japanischen Sieg, womit 1910 die japanische Kolonialisierung Koreas begann.

Korea war jedoch nicht das Endziel Japans, sondern lediglich eine Ausgangsbasis für die Bildung einer „Großen Ostasiatischen Prosperitätszone“. Im Laufe der Zeit wurden die Japaner immer aggressiver und nach mehreren Siegen griffen sie Pearl Harbour an, wodurch der Krieg im Pazifik ausgelöst wurde. 1945 bezwangen die Amerikaner die Japaner durch den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki; damit endete eine 35jährige Kolonialisierung Koreas durch Japan. Da die „Befreiung“ des Landes nicht aus eigener Kraft, sondern vielmehr als „Nebenprodukt“ eines fremden Kampfes erreicht wurde, war das nationale Selbstbewußtsein der Koreaner getrübt. Tatsächlich war die Befreiung der Beginn einer neuen Tragödie des Landes, unter der Korea bis heute leidet, und wohl noch lange zu leiden haben wird: 1945, am Ende des Krieges, hat Amerika eine „Verwaltungslinie“ quer durch Korea gezogen. Die Koreaner, die sich zum Zeitpunkt der Niederlage nördlich des 38. Breitengrades befanden, sollten unter russischer Kontrolle und die südlich davon unter amerikanischer Kontrolle stehen. Jedoch gaben sich die Siegermächte mit der bloßen Regelung des Kriegsverbrechens nicht zufrieden, sondern haben Korea an ihre jeweilige Einflußzone gebunden: somit entstand ein sozialistisches und ein kapitalistisches System.

Da der südkoreanische Vorschlag, das gesamte Korea zu einem demokratischen Staat unter der Auf-

sicht der Vereinten Nationen zu machen, wiederholt von Nordkorea abgelehnt wurde, fanden nur im südlichen Teil allgemeine Wahlen statt, durch die 1948 die südkoreanische Regierung unter Staatspräsident Syngman Rhee gebildet wurde. Solange jedoch der südliche Teil Koreas „unter dem kapitalistischen Joch und dem amerikanischen Imperialismus“ litt, war er in den Augen Nordkoreas noch lange nicht „befreit“. Die Befreiung werde aber um so leichter, je schneller sie vonstatten ginge, deshalb sollte sie noch vor der vollen Bewaffnung des Südens stattfinden. So kam es 1950 zum Bruderkrieg, der drei Jahre lang dauerte und durch ein Waffenstillstandsabkommen vorläufig beendet wurde. Als Preis wurde die „Verwaltungslinie“ als eine Trennungslinie zementiert, mit der Folge, daß etwa zehn Millionen Koreaner von ihren im anderen Teil Koreas lebenden Familienmitglieder oder Verwandten getrennt wurden.

Seit der Teilung des Landes herrscht auf der Halbinsel ein kalter Krieg. Die politischen Führungen beider Staaten haben ständig versucht, in allen Lebensbereichen — vor allem aber im wirtschaftlichen — die Überlegenheit ihres eigenen Systems unter Beweis zu stellen. So gesehen gewinnt die wirtschaftliche Entwicklung im Falle Koreas eine zusätzliche ideologische Funktion, nämlich die Legitimation des jeweiligen Wirtschafts- und des dazugehörigen politischen Systems.

Die Ausgangsbedingungen in Südkorea waren dabei wesentlich ungünstiger als die im Norden. Nordkorea ist relativ reich an mineralischen Rohstoffen; hinzu kommt, daß die von den Japanern aufgebaute Energie-, Grundstoff- und Schwerindustrie im Norden konzentriert war. Noch bis zum Ende der fünfziger Jahre konnte Südkorea nur durch amerikanische Hilfeleistungen, die vorwiegend aus Überschußgetreide und Konsumgütern bestanden, überleben.

Präsident Syngman Rhee wurde nach mehr als 12 Jahren charismatischer Herrschaft durch eine Studentenrevolte gestürzt; danach wurde eine Übergangsregierung gebildet. Die Hoffnung auf Demokratie währte jedoch nur ein Jahr lang und wurde dann durch den von General Chunghee Park geführten Staatsstreich zunichte gemacht. Am Tag der Militärrevolte erklärte Park, daß er, sobald die revolutionäre Aufgabe erfüllt sei, unverzüglich einem „gewissenhaften“ Politiker die Macht überge-

ben und zum Militär zurückkehren werde. Weder fand er den gewissenhaften Politiker, noch betrachtete er die revolutionäre Aufgabe als erfüllt: Er blieb fast 20 Jahre lang an der Macht, bis er 1980 von dem Chef des Geheimdienstes erschossen wurde.

Politisch ist er in jeder Hinsicht ein Diktator gewesen; wirtschaftlich konnte er dagegen beträchtliche Leistungen vorweisen. Dazu sagte er selbst: „Um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, kann sogar eine nicht-demokratische Notmaßnahme gerechtfertigt werden. . . . Es liegt auf der Hand, daß die Bevölkerung heutzutage Hunger und Armut mehr fürchtet als totalitären Druck.“¹⁾ Für ihn war ein autoritäres System eine der Vorbedingungen für die Industrialisierung des Landes. Offensichtlich ging er dabei davon aus, daß zwischen der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung ein „trade off“-Verhältnis besteht, und daß zumindest in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Entwicklung dem letzteren Ziel der Vorrang eingeräumt werden müsse.

Nach der Ermordung Präsident Parks glaubte man, daß die Zeit für eine Zivilregierung reif sei. Diese Hoffnungen gingen aber wiederum nicht in Erfüllung. General Chun Doo-Hwan, der damalige Chef des militärischen Sicherheitsdienstes, verhängte den Ausnahmezustand und riß die Macht an sich. Gleichzeitig wurde einer der einflußreichsten Oppositionsführer, Kim Dae-Jung, wegen seiner angeblich sozialistischen Gesinnung zum Tode verurteilt. Chuns Aufstieg kostete mehreren hundert Menschen in Gwangju das Leben. Trotzdem Chun immer wieder beteuerte, er werde nicht zum zweiten mal als Präsident kandidieren, nahm der Protest

von seiten der Studenten und der Bevölkerung ständig zu. Mitten in dieser Protestwelle, die inzwischen das ganze Land erfaßt hatte, wurde am 29. Juni 1987 plötzlich von Roh Tae-Woo, dem zweitstärksten Mann in der Regierungspartei, die sogenannte „Erklärung zur Demokratisierung des Landes“ abgegeben. Darin hat er die politische und gesellschaftliche Demokratisierung versprochen. Teile dieser Deklaration wurden realisiert. So hat er das bis dahin bestehende System der Präsidentschaftswahl, wonach der Präsident zu einem beträchtlichen Teil durch von der Regierung selbst aufgestellte Delegierten gewählt wurde, abgeschafft. Gleichzeitig wurde der Oppositionsführer Kim Dae-Jung, der eigentlich zum Tode verurteilt, jedoch offensichtlich auf politischen Druck von seiten der USA hin mehrmals begnadigt worden war, politisch voll rehabilitiert.

In einer freien Wahl wurde dann Roh als Präsident gewählt. Die Oppositionsparteien konnten sich nicht auf einen Kandidat einigen, obwohl es von vornherein klar war, daß sie zersplittert kaum eine Chance hatten. Die Oppositionsparteien insgesamt konnten jedoch bei der Parlamentswahl im Frühling dieses Jahres mehr als die Hälfte der Stimmen gewinnen, was sicher als Auftrag der Bevölkerung, die Macht der Regierung via Parlament effektiv zu kontrollieren, zu verstehen ist. Es ist der Opposition zum ersten mal seit der Regierungsbildung 1948 gelungen, im Parlament die Mehrheit der Stimmen zu erringen. Durch diese demokratische Wahl ist auch das Legitimationsproblem Präsident Rohs gelöst. Ist Korea also gut gerüstet für eine neue Runde der politischen Demokratisierung?

II. Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas

Die weltwirtschaftlichen Änderungen während der ersten und zweiten Entwicklungsdekade hatten zur Folge, daß sich nicht nur das Nord-Süd Gefälle, sondern auch das „Süd-Süd Gefälle“ vergrößerte. Mit dem letzteren ist der steigende Wohlfahrtsunterschied zwischen den sogenannten Schwellenländern und den nicht-ölexportierenden Entwicklungsländern gemeint. Zu den asiatischen Schwellenländern gehören Hong Kong, Singapur, Taiwan und Südkorea. Kennzeichnend für ihre wirtschaftliche Entwicklung ist die Tatsache, daß der Export als Wachstumsmotor gewirkt hat.

Die exportorientierte Entwicklungsstrategie und die dadurch induzierte wirtschaftliche Entwicklung war lange ein Gegenstand heftiger Diskussion: Für

das (neo-)liberale Lager lieferte es den empirischen Beweis seiner liberalen These, daß die internationale Arbeitsteilung auf Grund der komparativen Kostenvorteile auch den beteiligten Entwicklungsländern Nutzen bringt. Für die Dependenztheoretiker dagegen verursacht die Weltmarktintegration eine sozioökonomische Deformation des betreffenden peripheren Landes.

Die rapide Industrialisierung der genannten asiatischen Länder genoß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erhöhte Aufmerksamkeit. Expandierende Anteile der Schwellenländer auf den Märkten der Industrieländer verstärkten den Zwang zur Strukturanpassung in den Industrieländern. Das galt zum Beispiel für die Industriezweige Textilien, Stahl und Schiffbau. Seit dem Ende der siebziger Jahre sind jedoch die externen Rahmenbedingungen immer ungünstiger geworden: Mit

¹⁾ Zitiert in: E. S. Mason/M. J. Kim/K. S. Kim/D. C. Cole, *The Economic and Social Modernization of the Republic of Korea*, Cambridge 1980, S. 251.

dem Sinken der wirtschaftlichen Wachstumsrate in den Industrieländern stagniert auch der internationale Handel, zugleich wird der neue Protektionismus immer stärker. Somit wurde die Frage nach den Chancen und Risiken der weltmarktintegrativen Entwicklung der Schwellenländer erneut gestellt. Auch diese Herausforderung hat Korea gut überstanden. Er befindet sich jedoch in einer Phase, in der die kritische Reflexion der bisherigen Entwicklungsstrategien notwendig geworden ist, was übrigens eng mit dem innenpolitischen Umbruch zusammenhängt.

Vor diesem Hintergrund wird im folgenden versucht, Entwicklungsstrategien und wirtschaftliche Leistungen Koreas darzustellen. Im anschließenden Teil wird dann ein kurzer Überblick über die wirtschaftliche und politische Demokratisierungsbewegung in der Sechsten Republik gegeben.

1. Ausgangsbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung

Zwar ist Südkorea arm an Rohstoffen, doch verfügt es über einige soziokulturelle, für die Industrialisierung des Landes günstige Voraussetzungen, was nicht selbstverständlich für ein Entwicklungsland ist. In diesem Zusammenhang sind unter anderem folgende Faktoren zu nennen:

– *der relativ hohe Bildungsstand der Bevölkerung:* Bereits am Anfang der sechziger Jahre lag das Bildungsniveau, gemessen an der Alphabetenquote oder am Anteil der Absolventen höherer Schulen, in Südkorea eindeutig höher als beim Durchschnitt der Entwicklungsländer. Dies hat erstens zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen, zweitens konnte damit die im Zuge der Industrialisierung steigende Nachfrage nach qualifizierten Führungskräften befriedigt werden und drittens wurde dadurch eine hohe vertikale und horizontale Mobilität der Arbeitskräfte ermöglicht. Es war keine Seltenheit, daß die Bauern fast all ihr Vermögen, oft einschließlich ihres Grundstückes veräußerten, um das Studium ihrer Kinder zu finanzieren. Bei sehr niedrigen Einkommen – das pro-Kopf Einkommen lag 1962 bei 86 US-Dollar – war also die „investive consumption“ in „human capital“ weit verbreitet.

– *die relativ egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung:* Korea hat bereits in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre eine Agrarreform durchgeführt und die Höchstgrenze des Landbesitzes auf drei ha begrenzt. Diese günstige Verteilung, zusammen mit der hohen sozialen Mobilität, hat wohl wesentlich dazu beigetragen, die mit dem schnellen Wirtschaftswachstum verbundenen sozialen Fraktionen auf ein Minimum zu beschränken.

– *die relativ gut ausgebaute administrative Infrastruktur:* Wie im konfuzianistischen Kulturraum, zum Beispiel in China, generell üblich, verfügte auch Korea bereits während der Yi-Dynastie über ein für damalige Verhältnisse recht gut ausgebautes Verwaltungssystem. Damals war das Endziel vieler Gelehrter von höchstem Ansehen, in die Beamtenlaufbahn einzusteigen, wozu sie eine strenge staatliche Prüfung bestehen mußten. Das Verwaltungssystem wurde dann während der japanischen Kolonialzeit zum Zwecke der politischen und sozialen Kontrolle noch weiter ausgebaut. Seit Anfang der sechziger Jahre konnte die Militärregierung also auf Grund dieser administrativen Infrastruktur ihre entwicklungspolitischen Maßnahmen bis zur letzten Verwaltungseinheit reibungslos durchsetzen und bis hin zu ihrer Implementation steuern.

– *die kulturelle und ethnische Homogenität:* Sie hat zur Wahrung sozialer Affinität und damit zur Sicherung sozialer Stabilität beigetragen.

2. Die Rolle des Staates in der wirtschaftlichen Entwicklung

Wie bereits angedeutet wurde, setzte die Regierung Parks die höchste Priorität auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu bediente sie sich verschiedener wirtschaftspolitischer Förderungsinstrumentarien, die wie folgt systematisiert werden können:

Erstens: Maßnahmen zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung.

Dazu gehören verschiedene moralische und materielle Anreize bzw. Sanktionen. Exemplarisch zu nennen ist das sogenannte „New Village Movement“ in den ländlichen Gebieten, das später auch in den Industrieunternehmen ausgebaut wurde. Unter dem Motto der Selbsthilfe versuchte man, die Arbeitskräfte während der betriebsfreien Jahreszeiten für die Errichtung der sozioökonomischen Infrastruktur kleineren Umfangs in den Dörfern zu mobilisieren. Materielle Anreize wie die Besorgung von Zement, Bauteilen und -geräten zu subventionierten Preisen wurden gekoppelt mit selbst erbrachten Leistungen.

Vom Gesichtspunkt der sektoralen Allokation der Ressourcen konnte diese Bewegung verstanden werden als eine Maßnahme, die die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung verbessern sollte, und zwar durch die Mobilisierung der unausgenutzten Arbeitskräfte bei minimalem Input von Kapital, das hauptsächlich in den sekundären und

in den tertiären Sektor geleitet wurde. So wurde während der ersten drei Fünfjahresplanperioden wesentlich weniger als geplant in die Landwirtschaft investiert: Während der ersten Fünfjahresperiode (1962–1966), in der die jährliche reale Wachstumsrate bei 7,8 Prozent lag, betrug der Anteil der Investitionen in die Landwirtschaft lediglich 8,7 Prozent; geplant waren 17,4 Prozent. Während der zweiten Fünfjahresperiode (1967–1971), in der die durchschnittliche Wachstumsrate bei 10,5 Prozent lag, betrug der Anteil 11,5 Prozent und blieb damit deutlich unter der geplanten Höhe von 16,3 Prozent. Diese Tendenz blieb auch in den darauffolgenden Jahren bestehen²⁾.

Rückblickend kann man wohl mit Recht behaupten, daß die staatlichen Anreizsysteme dazu beigetragen haben, die passive Denk- und Verhaltensweise der ländlichen Bevölkerung, die sich davor mit ihrem statisch-traditionellen Lebensstil begnügt hatte, zu brechen. Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele für die Anreiz- und Sanktionsmechanismen zur Steigerung wirtschaftlicher Leistungen, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen wird³⁾.

Zweitens: Einflußnahme auf die Allokation der Ressourcen, und zwar zum einen zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren und zum anderen zwischen den binnenmarkt- und den exportorientierten Sektoren.

Im Zusammenhang mit den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sind zunächst die Sicherung politischer und sozialer Stabilität zu nennen. Wie bereits erwähnt wurde, besteht kein Zweifel daran, daß in der Vergangenheit ein äußerst autoritäres System herrschte: Gewerkschaftliche Tätigkeit wurde de facto nicht zugelassen, jede Kritik gegen die Regierungspolitik wurde gewaltsam unterdrückt, und erst recht jegliche Kritik an dem System selbst. Die dadurch ermöglichte politische und soziale Stabilität, zusammen mit der Disziplin der Arbeiterschaft, hat jedoch zur Anregung der Investitionsneigung privater Unternehmen und damit zur Förderung der Kapitalakkumulation beigetragen.

Gewinnträchtige Investitionen der privaten Wirtschaft wurden ferner durch den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur gefördert. Insbesondere während der siebziger Jahre wurde die Priorität öffentlicher Investitionen auf den Sektor „Social

Overhead Capital“ gelegt. So lag der Anteil der Investitionen in diesem Sektor an den gesamten öffentlichen Investitionen während der ersten und zweiten Fünfjahresperiode jeweils bei 65,4 (geplant 49,4) und 63,1 Prozent (geplant: 53). Während der dritten Fünfjahresperiode betrug er 58,7 Prozent⁴⁾. Die Infrastruktur war dadurch gekennzeichnet, daß sie in erster Linie den exportierenden Unternehmen zugute kam. Das Straßennetz zum Beispiel wurde entlang der Linie, die Industriezonen und Hafenstädte wie Pusan und Incheon verbindet, stark konzentriert.

Zwar arm an Rohstoffen, doch ausgestattet mit den genannten guten soziokulturellen Voraussetzungen und mit dem starken politischen Engagement für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, begann Korea, sich zu industrialisieren, und zwar durch die konsequente Verfolgung weltmarktintegrativer Strategien.

3. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Förderung der Exporte

Der Erfolg der exportorientierten Entwicklungsstrategie hängt generell von internen und externen Rahmenbedingungen ab, wobei die internen Faktoren wiederum in institutionelle Förderungspolitik und sonstige nationalwirtschaftliche Gegebenheiten unterteilt werden können.

Bereits in ihrer Anfangsphase gewann die Exportförderung in Korea eine entscheidende Bedeutung. Dabei gibt es mehrere Gründe für die Exportorientierung: Der eine hängt mit der Nichtverfügbarkeit bestimmter Güter, wie zum Beispiel bestimmter Agrarprodukte und vor allem Rohstoffe, die aus natürlichen Gründen, oder aber bestimmter Kapitalgüter, die aus technischen Gründen nicht im eigenen Lande zu bekommen sind, zusammen. Der andere hängt mit der aktiven Nutzung der komparativen Kostenvorteile zusammen. In diesem Zusammenhang sind folgende Tatbestände wichtig:

Erstens: Während es sich bei den Exporten der meisten Entwicklungsländer um Primärgüter, d. h. Agrarprodukte oder Rohstoffe handelt, gewannen im koreanischen Falle die industriellen Fertigprodukte von Anfang an herausragende Bedeutung. Vermutlich war dies für Korea insofern von Vorteil, als, verglichen mit Agrarprodukten, die Industriegüter – zumindest während der sechziger und Anfang der siebziger Jahre – weniger den Nachfrage- und Angebotsschwankungen ausgesetzt waren. Oder, was das Angebotsverhältnis betrifft, könnte man davon ausgehen, daß bei den landwirtschaftlichen Produkten naturbedingte Mengen- und damit auch Preisschwankungen kaum zu vermeiden sind, während es bei den industriellen Produkten eher möglich ist, durch Einsatz von wirtschaftspoliti-

²⁾ S. Suh, Policies for Industrialization and Regional Development, in: S. J. Park/T. Shin/K. Z. Zo (Hrsg.), Economic Development and Social Change in Korea, Frankfurt-New York 1980, S. 122.

³⁾ Um nur die Mannigfaltigkeit des Anreizsystems zu demonstrieren, sei hier noch ein recht triviales Beispiel genannt: Während der siebziger Jahre genossen nur die Unternehmen, die eine bestimmte Exporthöhe erzielt hatten, das Privileg, einen ausländischen Pkw für ihren privaten Besitz importieren zu dürfen.

⁴⁾ S. Suh (Anm. 2), S. 125.

schen Aktionsparametern die Angebotsmenge bzw. deren Steigerungsrate auf dem Weltmarkt zu steuern.

Zweitens: Während die anderen Entwicklungsländer, vor allem die lateinamerikanischen Länder, am Anfang den Weg der Importsubstitution gegangen sind, spielte dieser für Korea bis Mitte der siebziger Jahre nur eine untergeordnete Rolle. Statt dessen hat sich Korea relativ früh auf den Export konzentriert. Angenommen, daß die häufig vorgetragene These, der Mißerfolg der Importsubstitutionsstrategie in den lateinamerikanischen Ländern beruhe zum Beispiel auf dem hohen Kapital- und Devisenbedarf einerseits und der begrenzten internen Marktgröße, die die Ausnutzung der „economies of scale“ verhindere andererseits, stimmt, so konnte Korea jedenfalls mit seiner frühen Hinwendung zur Exportstrategie diese Fehler vermeiden.

Zur Förderung der Exporte setzte die Regierung seit Anfang der sechziger Jahre eine Reihe von steuer- und kreditpolitischen Maßnahmen ein: Gewährung von Exportkrediten, Befreiung der exportierenden Unternehmen von der „business activity tax“, Senkung der Einkommensteuer um etwa 30 Prozent für die durch Export erzielten Gewinne, Gewährung von verbilligten Krediten für Anlageinvestitionen und für zusätzlichen Kapitalbedarf bei der Transformation der Marktstrategie von der Binnenmarkt- zur Exportorientierung sowie der Zulassung des progressiven Abschreibungsverfahrens.

Die koreanische Regierung hat diese Förderungsmaßnahmen je nach der Situation auf dem Weltmarkt flexibel eingesetzt, und zwar durch Variation der Steuer- und Zinssätze der an die exportierenden Unternehmen vergebenen Kredite. So wurde zum Beispiel der begünstigte Zinssatz von 13,87 Prozent im Jahre 1960 auf acht Prozent im Jahre 1963 reduziert. Im gleichen Jahr lag der Zinssatz bei kommerziellen Geschäftsbanken bei etwa 17 Prozent. Die Förderung der Exporte gewann ab Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung, weil seitdem die bilateralen und multilateralen „soft loans“ drastisch abgenommen und der Anteil der kommerziellen Darlehen rapide zugenommen hat. Der Zinssatz für Exportkredite etwa wurde 1965 auf 6,5 und 1967 weiter auf sechs Prozent reduziert. Berücksichtigt man den Tatbestand, daß der Marktzinssatz 1967 bei 26 Prozent lag, und selbst bei diesem Zinssatz ein Nachfrageüberhang auf dem Kapitalmarkt bestand, so kann man sich gut vorstellen, welche Begünstigungen den Exportunternehmen gewährt wurden, indem man ihnen den Zugang zum Kapitalmarkt durch massive Zinssubventionen⁵⁾ erleichterte.

⁵⁾ P. L. Jones/Il Sakong, *Government, Business and Entrepreneurship in Economic Development: The Korean Case*, Cambridge 1980, S. 58.

Zusätzlich wurde den Exporteuren das Recht eingeräumt, Anlagemaschinen und Halbfabrikate steuerfrei zu importieren. Ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde dieses Recht auch den Unternehmen, die ihre Produkte als Inputgüter den exportierenden Unternehmen liefern — das „local L/C“ —, gewährt. Dagegen wurden die Rohstoff- und Halbfabrikatimporte der binnenmarktorientierten, meistens kleinen und mittleren Unternehmen entweder mit hohen Importtarifen belastet oder gar nicht erst erlaubt.

Um den Erfolg dieser Förderungsmaßnahmen gewährleisten und besser kontrollieren zu können, wurden gleichzeitig auch eine Reihe von institutionellen Vorkehrungen getroffen. Beispielhaft zu nennen ist eine Art von konzertierter Aktion zwischen Vertretern der Regierung — einschließlich des Präsidenten selbst — und Vertretern der Unternehmen. Sie trafen vierteljährlich zusammen, um auf Grund der Lageanalyse zusätzliche Maßnahmen zur Erreichung der am Anfang eines jeden Jahres aufgestellten Exportziele zu ergreifen. Gab es Probleme, so dauerte es nur wenige Wochen, bis neue Maßnahmen erdacht und eingesetzt wurden. Dabei ging es um technische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beseitigung der administrativen „red tapes“, aber auch um so wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen wie die Änderung des Zinssatzes oder der Wechselkurse. Ein Phänomen, das man sich in einem demokratischen System, in dem Interessengegensätze zwischen einzelnen Ressorts, aber auch zwischen verschiedenen Interessengruppen vorhanden sind, kaum vorstellen kann.

Inwieweit die einzelnen Förderungsmaßnahmen zur Steigerung der Exporte beigetragen haben, läßt sich schwer abschätzen. Jedenfalls stieg der Export von 1961 bis 1976 jährlich real um 33 Prozent. Von 1977 bis 1987 lag die Steigerung bei etwa 28 Prozent. Damit stieg der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt von 8,5 Prozent im Jahre 1965 auf über 40 Prozent im Jahre 1987⁶⁾.

Zur rapiden Steigerung der Exporte trugen nicht nur die genannten Förderungsmaßnahmen, sondern auch andere nationale und internationale Faktoren bei. International erreichten die Industrieländer unter dem Bretton-Woods-System eine in der früheren Geschichte nie dagewesene Wachstumsrate. Die Expansion auf den Märkten der Industrieländer war daher auch für Korea relativ leicht. Zu erwähnen sind ferner die durch den Vietnamkrieg induzierten Exportmöglichkeiten von Gütern und Dienstleistungen. Die Energiekrise 1973/74 verursachte für Korea, das hundertprozentig auf den Ölimport angewiesen ist, zwar zusätzliche Devisenausgaben, es gelang Korea aber, im Bausektor große Aufträge von den OPEC-Ländern zu erhal-

⁶⁾ Economic Planning Board, *Major Statistics of Korean Economy*, Seoul 1986, S. 218.

ten, wodurch der Schock der Ölpreiserhöhungen weitgehend neutralisiert werden konnte.

National konnten die exportierenden Unternehmen in der verarbeitenden Industrie bis Anfang der siebziger Jahre mit dem „unlimited labour supply“, also mit dem unbegrenzten Arbeitsangebot aus dem Agrarsektor rechnen⁷⁾. Gesamtwirtschaftlich bedeutete das, daß die Opportunitätskosten der sektoralen Faktorwanderung gleich Null sind, so daß die dadurch induzierte Wertschöpfung in der verarbeitenden Industrie einen Wachstumsgewinn darstellt. Mit der fortschreitenden Abwanderung der Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor erreichte man jedoch bald einen Punkt, an dem der Faktor Arbeit in diesem Sektor knapp wurde. Damit nahm unausweichlich der Druck auf die Lohnsteigerung und zugleich auf die Preise der Agrarprodukte zu. Dieser Zustand trat etwa Anfang der siebziger Jahre ein.

Dies bedeutete dann wiederum für die Unternehmen der verarbeitenden Industrie, daß sie zwecks Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte höhere Lohnanreize anbieten mußten. Die Lohnkostensteigerung gefährdete jedoch, so die Argumente der Wirtschaftspolitiker, die Wettbewerbsfähigkeit koreanischer Produkte auf dem Weltmarkt, zumal der Anteil der arbeitsintensiven leichtindustriellen Produkte am gesamten Export immerhin relativ hoch war. Daraufhin versuchte die Regierung, das bestehende „double pricing“-System auszuweiten. Dabei kauft die Regierung Getreide von den ländlichen Haushalten zu einem Preis, der der Steigerung der Produktionskosten angepaßt ist, und verkauft es zu einem niedrigeren, subventionierten Preis. Beabsichtigt wurde mit dieser Preissubvention unter anderem, durch die Stabilisierung des Getreidepreises die Lebenshaltungskosten der Arbeiter zu mindern und damit auf ihr Drängen eine Lohnsteigerung zu mildern.

Zum anderen wurde das „double-pricing“-System durch flankierende lohnpolitische Maßnahmen ergänzt. So wurde die bestehende Tarifautonomie abgeschafft, indem man den Arbeitnehmerorganisationen das Recht der kollektiven Verhandlung und des Streikens entzog. Stattdessen appellierte man an eine harmonische Zusammenarbeit zwischen den Tarifpartnern, an ein Überzeugungssystem, das offensichtlich auf der traditionell-konfuzianistischen Philosophie fußt. Danach wird sowohl Hingabe und Treue der Gruppenmitglieder als auch patriarchalische Fürsorge und Schutz von Seiten der Gruppenleiter als Tugend gepriesen. Ein weiterer in diesem Zusammenhang wichtiger Aspekt der konfuzianistischen Verhaltensethik besteht in der

Forderung nach Mäßigung auch, oder vor allem, bei der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse. Somit besteht zwischen diesen Verhaltensnormen und denen des Utilitarismus, wonach ungehemmte Verfolgung bzw. Maximierung der egozentrischen Interessen zugleich zur Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beiträgt, ein deutlicher Unterschied. Das oberste Gebot des Konfuzianismus ist die Herstellung und Erhaltung der Harmonie innerhalb einer Organisation, angefangen von der Familie über das Unternehmen bis hin zum Staat. Dieser mehr oder weniger statische Gleichgewichtsgedanke steht auch in Kontrast zu der europäischen Geschichtsphilosophie Hegelscher Prägung, wonach die Geschichte als Fortschritt menschlichen Freiheitsbewußtseins auf der Grundlage von These, Antithese und Synthese aufgefaßt wird.

Bezüglich unseres Themas stellt sich sofort die Frage, worin die wirtschaftliche Dynamik Koreas begründet ist. Eine der plausibelsten Antworten ist in der seit den Nachkriegsjahren bestehenden Wertantinomie bzw. dualen Verhaltensnormen zu finden, und zwar zwischen den politischen und wirtschaftlichen Elitegruppen auf der einen, und der allgemeinen Bevölkerung, einschließlich der Arbeitnehmer, auf der anderen Seite. Während sich die Manager und Führungskräfte sehr schnell den Geist des Kapitalismus, der Korea als eine der Bedingungen der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft von Außen aufgelegt wurde, zu eigen gemacht haben, dominierten bei der breiten Masse der Bevölkerung die Werte der absoluten Hingabe, Loyalität und Mäßigung hinsichtlich ihrer materiellen Forderungen. Dieses duale Wertesystem hat zur Akkumulation des produktiven Kapitals entscheidend beigetragen.

4. Imports substitution in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

Bis Mitte der siebziger Jahre konzentrierte sich Korea auf Exporte von Produkten der Leichtindustrie wie Textilien, Bekleidung und Elektroartikel. Das entsprach den damals gegebenen Faktorverhältnissen, wodurch eben komparative Kostenvorteile auf dem Weltmarkt erzielt werden konnten. Ab Mitte der siebziger Jahre hat Korea jedoch versucht, auch die Schwerindustrie wie zum Beispiel Stahl, Schiffbau, Maschinen, Elektrik/Elektronik und die chemische Industrie zu fördern. Ausgelöst wurde diese industrielle Umstrukturierung zunächst dadurch, daß die Handelspartner Koreas nach der Energiekrise 1973 ihre protektionistischen Handelspraktiken insbesondere gegenüber den arbeitsintensiven Produkten verstärkt haben, so daß es nötig wurde, die eigene industrielle Struktur zu modernisieren. Daneben sah sich Korea dem Wettbewerbsdruck der Niedriglohn-Länder Thailand, Indonesien und den Philippinen ausgesetzt. Es

⁷⁾ C. H. Fei/G. Ranis, A Model of Growth and Employment in the Open Dualistic Economy: The Case of Korea and Taiwan, in: The Journal of Development Studies, (1975) 2.

wurde somit immer schwieriger, die bestehenden Wettbewerbsvorteile zu erhalten.

Gleichzeitig gerieten die traditionell guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten während der siebziger Jahre ins Wanken. Bereits Anfang der siebziger Jahre hatte die amerikanische Regierung unter der sogenannten „Nixon-Doktrin“ etwa ein Drittel ihrer Streitkräfte aus Korea abgezogen. Präsident Carter drohte Korea wegen der Verletzung der Menschenrechte, die restlichen Truppen zurückzuziehen. Daraufhin sah sich Korea gezwungen, seine eigene Verteidigungsindustrie aufzubauen.

Den strategischen Industrien wurden nun umfangreiche Förderungsmaßnahmen zuteil, wie sie bis dahin nur dem Exportsektor gewährt worden waren. Der enorme Kapitalbedarf konnte jedoch nicht allein durch die inländische Kapitalbildung befriedigt werden. Dies führte zum einen zur Expansion der inländischen Geldmenge und zum anderen zu einer erheblichen Steigerung der Auslandsschulden. Gleichzeitig häuften sich gegen Ende der siebziger Jahre die wirtschaftlichen Probleme der bisherigen Entwicklungspolitik. Im Zuge der massiven Förderung der Exporte und der strategischen Industrien verschärfte sich das strukturelle Ungleichgewicht. Untersuchungen zeigen, daß während der ersten Hälfte der siebziger Jahre der Konzentrationsgrad wirtschaftlicher Macht ständig zugenommen hat. Dies ist sicher eine Folge der diskretionären Maßnahmen, die speziell einer kleinen Anzahl von Unternehmen zukamen. Man glaubte, daß dadurch Erfolg und Effizienzkontrolle eher gewährleistet würden als bei Einbeziehung einer größeren Anzahl von Unternehmen. Die diskretionäre Kreditvergabe habe ferner „partial mutuality“ zwischen der Regierung und den privaten Großunternehmen geschaffen. Für die kleinen und mittleren Unternehmen dagegen war es äußerst schwierig, Bankkredite aufzunehmen. Sie waren daher auf den informellen Kapitalmarkt angewiesen, wo der Zinssatz weit höher lag. So entstanden in bestimmten Lebensmittelbereichen Engpässe mit der Folge struktureller Preissteigerung. In dieser Situation beschleunigten die Geldmengenexpansion und die massiven Investitionen in die strategischen Industrien mit ihren langen Amortisationsperioden die ohnehin hohe Preissteigerung. Erschwerend hinzu kam der zweite Ölpreisanstieg im Jahre 1979, der die Produktionskosten der Unternehmen beträchtlich erhöht und die Handelsbilanzdefizite vergrößert hat. Was den Wechselkurs betrifft, so blieb der nominale Wechselkurs im Zeitraum 1975–1979 fast konstant, was real eine Aufwertung von etwa 24 Prozent bedeutete. Dadurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen abgeschwächt.

Steigende Produktionskosten, verbunden mit dem Rückgang der Importnachfrage auf dem Weltmarkt, führten die koreanische Wirtschaft in eine Stagflation. Im Jahre 1980 wurde zum erstenmal seit dem Beginn der ersten Fünfjahresperiode eine negative Wachstumsrate von 4,7 Prozent verzeichnet.

5. Die wirtschaftliche Entwicklung seit Anfang der achtziger Jahre

Seit Anfang der achtziger Jahre war erste Priorität der Wirtschaftspolitik die Preisstabilität. So wurde die Geldmenge, deren jährliche Steigerungsrate zwischen 1979–1982 bei etwa 27 Prozent lag, in den darauffolgenden Jahren ständig reduziert, und zwar von 19,5 Prozent im Jahre 1983 auf 12 Prozent im Jahre 1984. Die Regierung hat, in Verbindung mit dieser restriktiven Geldpolitik, auch eine Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen, als deren Folge dann der Anteil des Haushaltsdefizites am Brutto-sozialprodukt, der 1981 noch 4,6 Prozent betrug, auf 1,6 Prozent im Jahre 1983 verkleinert werden konnte. Dies waren mutige Schritte der neuen Regierung von Präsident Chun, denn die Stabilisierungspolitik lief mindestens kurzfristig Gefahr, der politischen Popularität zuwiderzulaufen. Und schließlich hat die Regierung im Bereich der Einkommenspolitik versucht, durch die Einführung von Lohnleitlinien die Inflation zu bekämpfen. Danach sollte die durchschnittliche Lohnsteigerung jährlich etwa acht Prozent nicht übersteigen. In Anbetracht der hohen Preissteigerung Anfang der achtziger Jahre und der jährlichen Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie von etwa 12 Prozent kann eine solche Einkommenspolitik sicher nicht als „verteilungsneutral“ angesehen werden. In den westlichen Industrieländern hat solche „moral suasion“ bekanntlich kaum verbindliche Kraft, für den koreanischen Fall dagegen hat sie de facto imperativen Charakter. So wurde zum Beispiel denjenigen Unternehmen, die die staatlichen Lohnleitlinien nicht einhielten, der Zugang zum Kapitalmarkt erheblich erschwert.

Die Preissteigerung konnte mit Hilfe dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen fühlbar gedämpft werden: Die Inflationsrate von 29 Prozent im Jahre 1980 wurde 1982 auf sieben Prozent und 1986 weiter auf drei Prozent reduziert. Gleichzeitig mit dem Rückgang der Inflation konnte auch der Zinssatz der Geschäftsbanken gesenkt werden: So wurde der Zinssatz von 24,5 Prozent im Jahre 1980 auf 10 Prozent im Jahre 1986 gesenkt, und blieb in den darauffolgenden Jahren fast konstant. Mit der sich anbahnenden Preisstabilisierung konnte ein sicherer Realzins, der in den früheren Jahren negativ war, gewährleistet werden. Dadurch hofften die Wirtschaftspolitiker, die inländische Kapitalbildung steigern zu können, was tatsächlich geschah.

Gleichzeitig begann die koreanische Wirtschaft, den gewohnten Kurs des wiederum exportinduzierten hohen Wachstums einzuschlagen. Während Korea früher vorwiegend einfache Produkte der Leichtindustrie exportierte, zeigt seit Anfang der achtziger Jahre der Anteil der relativ „know-how“-intensiven Produkte — wie Autos, Elektrogeräte, Halbfabrikate sowie Maschinen — am gesamten Export deutlich steigende Tendenz. Diese für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige strukturelle Transformation der Exportgüter und damit der inländischen Produktionsstruktur wurde dadurch möglich, daß die japanische Wettbewerbsfähigkeit auf dem amerikanischen Markt wegen der Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem US-Dollar beträchtlich geschwächt wurde. Zwar wurde auch die koreanische Währung seit 1986 gegenüber dem US-Dollar aufgewertet, jedoch nicht in dem Maße wie der japanische Yen, so daß Korea gegenüber Japan Wettbewerbsvorteile erzielen konnte. So stieg der koreanische Export von 1980 bis 1987 von 17,2 Mrd. US-Dollar auf 45 Mrd. US-Dollar, und der Anteil des Leistungsbilanzüberschusses am Bruttosozialprodukt liegt bei neun Prozent. In den letzten beiden Jahren betrug die jährliche Wachstumsrate über zwölf Prozent.

Durch den steigenden Leistungsbilanzüberschuß ist es Korea nunmehr möglich geworden, seine Auslandsschulden zurückzuzahlen. Während der letzten zwei Jahre hat Korea Schulden in Höhe von über zehn Mrd. US-Dollar beglichen, und damit reduzierten sich die Schulden bis Ende 1987 auf etwa 35 Mrd. US-Dollar. In diesem Jahr wird mit einer weiteren Rückzahlung von über fünf Mrd. US-Dollar gerechnet. Sofern Korea auch in den nächsten Jahren einen Handelsbilanzüberschuß erzielen kann, wird es voraussichtlich in der Lage sein, das Schuldenproblem endgültig zu lösen. Diese optimistische Einschätzung scheint auch deshalb begründet, weil Korea seit 1986 die für das geplante Wachstum nötigen Investitionen allein durch inländische Ersparnisse finanzieren konnte. Mit steigendem Realzins stieg nämlich die inländische Sparquote ständig an: 1987 lag sie bei 33 Prozent, während die Investitionsquote 28 Prozent betrug. In diesem Zusammenhang ist vielleicht die Annahme gerechtfertigt, daß Korea nunmehr eine Wachstumsschwelle erreicht hat, die es ermöglicht, den gesamtwirtschaftlichen Kapitalbedarf durch Mobilisierung der inländischen Sparbildung zu befriedigen.

III. Wirtschaftliche und politische Demokratisierung als Aufgabe der sechsten Republik

1. Soziale Konflikte und wirtschaftliche Demokratisierung

Es besteht kein Zweifel, daß Korea innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes bemerkenswerte wirtschaftliche Leistungen erzielt hat. Koreas Bruttosozialprodukt liegt heute an 23. Stelle in der Welt, und sein Handelsvolumen sogar an 12. Stelle. Nach Angabe der Weltbank gehört Korea zu jener Gruppe von Ländern, deren Einkommensverteilung relativ gerecht ist. Und durch den beträchtlichen Leistungsbilanzüberschuß wird der ausländische Schuldenberg immer kleiner. Die Arbeitslosenrate beträgt etwa 3,5 Prozent.

Bei allen gesamtwirtschaftlichen Leistungen birgt Korea jedoch ein hohes Maß an sozialem Konfliktstoff. So wurden im Zuge der Demokratisierungswelle im Sommer 1987 etwa 3 500 Streikfälle und im Frühjahr 1988 über 700 Arbeitsauseinandersetzungen registriert. Dies bedeutet, daß die bisher immer unterdrückte Unzufriedenheit der Arbeitnehmer doch sehr groß ist. Hinzu kommt die Tatsache, daß auch das Arbeitsethos sich langsam ändert. Während es sich bei den früheren Arbeitnehmern um Arbeitskräfte, die hauptsächlich aus dem traditionellen, landwirtschaftlichen Sektor zugewandert sind, handelte, besteht die neue Generation der Arbeitnehmer aus denjenigen, die sich in den städ-

tischen Gebieten relativ anspruchsvollen Ausbildungen unterzogen haben. Von daher sind sie selbstbewußter geworden; sie verlangen nicht nur Beschäftigung und Einkommen, sondern wollen als gleichberechtigte Sozialpartner anerkannt werden.

Im Zuge der sozialen Konflikte blieb die Regierung überraschend neutral, was in der Vergangenheit nicht denkbar gewesen wäre. Alleingelassen vom staatlichen Schutz ihrer Interessen sind die Unternehmen nunmehr gezwungen, die anstehenden Konflikte auf dem Wege der Verhandlung zu regeln, was sie nicht gewohnt sind. Es ist nur zu hoffen, daß die Unternehmer inzwischen gelernt haben, daß der Faktor Arbeit mehr ist als ein rein physischer Inputfaktor der Produktion. Je schneller sie ihre Denk- und Verhaltensweise umstellen, um so eher wird man die mit offenen Konflikten verbundenen unnötigen sozialen Kosten sparen können. Und dabei wird die Politik der neuen Regierung, die die Autonomie sozialer Interessengruppen wesentlich erweitert hat, den Prozeß der industriellen Demokratie sicher beschleunigen.

Auch in ordnungspolitischer Hinsicht wurde bereits der Weg zu weniger Staat und mehr Markt eingeschlagen. Die neue Regierung scheint sich bewußt zu sein, daß zwar der „starke Staat“ zur Forcierung

der Industrialisierung beigetragen, aber zugleich die strukturellen Ungleichgewichte verursacht und vertieft hat. Die Gefahr erkennend, daß diese Ungleichgewichte die allokative Effizienz und damit das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen können, hat die Regierung eine Reihe von „Deregulierungsmaßnahmen“ eingesetzt. So versucht die Regierung, die früher nicht gewährleistete Autonomie der Zentralbank institutionell zu sichern, zugleich ist der sogenannte „policy loan“ für bestimmte Industrien fast beseitigt. Auch die staatliche Kontrolle des unlauteren Wettbewerbes und der Kartellbildung wurde noch verschärft. In ordnungspolitischer Hinsicht ist somit ein eindeutiger Trend in Richtung soziale Marktwirtschaft erkennbar.

2. Korea auf dem Wege der politischen Demokratisierung

Wie am Anfang erwähnt, wurde während der sechziger und siebziger Jahre die Meinung vertreten, daß man für die Industrialisierung des Landes ein autoritäres System brauche. Heute wagt niemand mehr, eine solche Parole zu vertreten. Im Gegenteil, von der politischen Führung, einschließlich des Präsidenten Roh, wird wiederholt betont, daß wirtschaftliche Entwicklung und politische Demokratisierung einander bedingen, so daß das eine nicht ohne das andere realisiert werden kann. Heutzutage ist in Korea kein Wort so beliebt wie das Wort „Demokratie“.

Hat Korea eine sichere Chance, eine Demokratie zu werden? Die Chance ist zwar wesentlich größer als in der Vergangenheit, Korea hat aber noch einen dornreichen Weg vor sich. Viele Machtpositionen, insbesondere im Militär, haben Vertraute des ehemaligen Präsidenten Chun inne; sie vertreten eine harte Linie, so daß der Spielraum des neuen Präsidenten zumindest kurzfristig noch recht begrenzt ist. Wenn in dieser Situation die Bevölkerung, insbesondere die Opposition, ungeduldig ist und Unruhe stiftet, so daß die Position der demokratisch gesinnten Gruppe in der Regierungspartei geschwächt wird, kann dadurch die Demokratisie-

rung des Landes erheblich verzögert werden. Nicht zuletzt hängt also die politische Demokratisierung wesentlich vom „verantwortungsbewußten“ Handeln der Oppositionsparteien ab. Ihnen ist es während der letzten 40 Jahre erspart geblieben, in parlamentarischen Diskussionen rationale Entscheidungen zu treffen.

Die neue Regierung hat während der letzten Monate Mut und politische Weitsicht bewiesen, indem sie auf die flutartigen Forderungen der Opposition eingegangen ist. So hat die Regierung sich bereit erklärt, unter anderem die Gwangju-Bewegung als demokratisch anzuerkennen und das damalige Vorgehen im Sonderausschuß des Parlaments untersuchen zu lassen sowie die angebliche Korruption während der fünften Republik, einschließlich der Machenschaften der Familie Chuns zu untersuchen und die bestehenden Gesetze, die der Demokratisierung im Wege stehen, zu revidieren.

Auch das weltpolitische Tauwetter zwischen den Großmächten, wie es sich in der Unterzeichnung des INF-Vertrages und in Chinas Reformpolitik zeigt, wird das Seine tun. Insbesondere nach Gorbatschows Rede in Wladiwostok ist das Interesse der Sowjetunion am asiatischen Pazifik merklich gestiegen. Nachdem sie bis dahin jede gemeinsame Geste der Vereinigten Staaten, Japans und Koreas als listige militärische Allianzbildung interpretiert hat, zeigt die Sowjetunion in neuerer Zeit reges Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Staaten. Auch China bekundet sein Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Korea. Eine Studie des renommierten Shanghaier Instituts für Sozialwissenschaften betont die Bedeutung der Bildung eines wirtschaftlichen Wachstumsgürtels im Pazifik, welcher die chinesische Ostküste, Korea und Japan verbinden soll. Die aktive Nordpolitik der neuen koreanischen Regierung wird sicher den Manövrierspielraum Koreas vergrößern. Und nicht zuletzt werden die Olympischen Spiele in Seoul das Selbstbewußtsein Koreas fördern. Das Korea von heute scheint also allen Grund zum Optimismus zu haben.

Die Demokratische Volksrepublik Korea im Vorfeld des Umbruchs

Wenn am 17. September in der ostasiatischen Metropole Seoul die XXIV. Olympischen Sommerspiele beginnen, wird das Interesse der Weltöffentlichkeit auf das ökonomisch prosperierende „Schwellenland“ Südkorea gerichtet sein. Im Norden der koreanischen Halbinsel fristet hingegen die „Demokratische Volksrepublik Korea“ (DVRK) ein Schattendasein. Und es sind durchweg negative Attribute, die mit Nordkorea in Verbindung gebracht werden. „Stalinistische Diktatur“, „byzantinischer Personenkult um einen größtenwahnsinnigen Führer“, „kommunistische Dynastie“: diese und ähnliche Vorurteile existieren in der westlichen Öffentlichkeit über den sozialistischen Norden Koreas.

Die DVRK, die am 9. September den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiert, blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Zwei Jahre nach der staatlichen Teilung Koreas begann ein blutiger Bürgerkrieg, der rasch in einen Ost-West-Konflikt mündete und beinahe zur Auslöschung der jungen koreanischen Volksrepublik geführt hätte. Nur das Eingreifen der VR China zugunsten der bedrängten Nordko-

reaner verhinderte den Sieg der unter UN-Flagge kämpfenden amerikanischen Truppen.

Die im Koreakrieg (1950–1953) besiegelte „chinesisch-koreanische Waffenbrüderschaft“ ermöglichte nicht nur eine schrittweise Lockerung des einst dominierenden sowjetischen Einflusses; sie schuf auch die Grundlage für die spätere nordkoreanische Balancepolitik gegenüber Moskau und Beijing.

Pyongyangs Innen- und Außenpolitik ist eng verbunden mit der Person des nordkoreanischen Staatsgründers und allmächtigen Präsidenten Kim Il Sung, des heute dienstältesten Staats- und Parteichefs der kommunistischen Welt. Unter der Ägide des inzwischen 76jährigen Generalsekretärs der herrschenden „Partei der Arbeit Koreas“ (PdAK) entwickelte sich die DVRK zu einem „monolithisch“ organisierten sozialistischen Staat. Dieser kann sich rühmen, eine betont nationalistisch inspirierte Außenpolitik zu betreiben. Begründet wird Nordkoreas eigenwilliger Weg mit der „Dschutsche-Ideologie“, die seit Mitte der sechziger Jahre offizielle Staatsphilosophie ist.

I. Die Dschutsche-Ideologie

„Dschutsche“ – manchmal „Chuche“ oder „Chuch'e“ transkribiert – heißt wörtlich übersetzt „Subjekt“ im Gegensatz zu „Objekt“ (Kaekche). Im politischen Bereich könnte man das Dschutsche mit „Selbstbestimmung“ und „Selbstverwirklichung“ umschreiben. Manchmal wird Dschutsche auch mit der Wendung „Hausherr über das eigene Schicksal sein“ erläutert.

Die Verwirklichung des Dschutsche erstreckt sich auf drei Hauptbereiche: den staatspolitischen und kulturellen Bereich („Chaju“), den ökonomischen Bereich („Charip“) und den militärischen Bereich („Chawi“)¹). Gesellschaften verwirklichen das Dschutsche, indem sie lernen, ihre politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung selbst zu steuern und auf nationale Bedürfnisse abzustimmen.

M. Y. Cho weist auf die semantische Verwandtschaft von Kim Il Sung's Dschutsche-Ideologie und Mao Zedong's „Tzu-li Keng-sheng“ (gewöhnlich mit

„Vertrauen auf die eigene Kraft“ übersetzt) hin. Beide Begriffe haben etwas mit „Selbständigkeit“ zu tun. Doch während Mao „Tzu-li Keng-sheng“ nur im gewöhnlichen Wortsinn benutzte, gebraucht Kim den Dschutsche-Begriff zur Charakterisierung eines philosophischen Systems, das eine theoretische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus darstellen soll²).

Die nordkoreanischen Publikationen propagieren die Dschutsche-Ideologie in einem erstaunlichen Umfange. Man erfährt unter anderem von einer „Dschutsche-Außenpolitik“, einem „Dschutsche-Erziehungswesen“ und einer „Dschutsche-Agrarmethode“. Doch eine philosophische Begründung der nordkoreanischen Staatsideologie fehlte lange Zeit fast vollständig. Erst im Jahre 1982 versuchte Kim Dschong Il, der älteste Sohn und designierte Nachfolger Kim Il Sung's, mit seiner Schrift „Über

¹) Zur Begrifflichkeit des Dschutsche siehe: North Korea Quarterly, IV (1977) 3, S. 7f.

²) M. Y. Cho, Origins of Korean Division and Politics of Reunification, in: North Korea Quarterly, (1982) 28, S. 19.

die Dschutsche-Ideologie“³⁾ eine systematische weltanschauliche Einordnung dieser Ideologie zu leisten.

Mit den Worten Kim Dschong Il ist die Dschutsche-Ideologie „eine neue philosophische Idee, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.“⁴⁾ Der Mensch sei als materielles Wesen zwar Teil der Natur, „aber nicht ein einfaches, sondern das höchstentwickelte, ein besonderes Produkt der Entwicklung der materiellen Welt“. Während alle anderen Lebewesen zur objektiven Welt gehörten, bloße Bestandteile der Natur seien, gestalte der Mensch sein eigenes Schicksal, indem er sich die Natur dienstbar mache⁵⁾. Offensichtlich gehört die Dschutsche-Ideologie zu den philosophischen Systemen, die den Menschen als das Endziel in der Entwicklung der materiellen Welt begreifen. Der Mensch soll weniger als ein integraler Bestandteil der Natur im Einklang mit dieser leben, als sich zum „Eroberer“ und „Umgestalter“ der Natur emporzuschwingen. Die nordkoreanischen Medien propagieren die Dschutsche-Ideologie als eine völlig neue, das bisherige Menschenbild revolutionierende Weltanschauung.

Welche Rolle spielt dann der Marxismus in der sozialistischen DVRK? Ist die Dschutsche-Ideologie nach Auffassung der PdAK lediglich eine koreanische Form des Marxismus? Oder stellt sie eine völlig eigenständige Weltanschauung dar, die mit dem Marxismus zwar einige Berührungspunkte besitzt, aber über ihn hinausweist?

Die nordkoreanischen Parteitheoretiker geben auf diese Frage widersprüchliche Antworten. Mögliche begriffliche Unklarheiten oder innerparteiliche Differenzen hinsichtlich der historischen Bedeutung der Dschutsche-Ideologie spiegeln sich selbst in den Schriften des „hervorgehobenen Parteisekretärs“ Kim Dschong Il wider. Dieser bemerkte in seiner oben zitierten Publikation, die Dschutsche-Ideologie habe den Marxismus, „die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse“, auf eine höhere Stufe gehoben, worin auch „ihr historischer Beitrag zur revolutionären Sache der Arbeiterklasse, der Sache der Menschheit für die Befreiung“ liege⁶⁾.

Ein Jahr später stellte Kim Dschong Il in seiner Rede zum 100. Todestag von Karl Marx die Dschutsche-Ideologie und den Marxismus jedoch auf eine Stufe, als er vom „hoch erhobenen revolutionären Banner des Marxismus-Leninismus und der Dschutsche-Ideologie“ sprach⁷⁾.

³⁾ Kim Dschong Il, Über die Dschutsche-Ideologie, Pyongyang 1982. Dieses kleine Buch wurde anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag Kim Il Sung am 15. April 1982 verfaßt. Es dient heute in der DVRK als Kanon zur Erläuterung der Dschutsche-Ideologie.

⁴⁾ Ebda., S. 9.

⁵⁾ Ebda., S. 10.

⁶⁾ Ebda., S. 84.

⁷⁾ Kim Dschong Il, Vorwärts unter dem hoch erhobenen Banner des Marxismus-Leninismus und der Dschutsche Ideologie, Pyongyang 1983.

Vermutlich zielen Kim Dschong Il zuletzt genannte Bemerkungen darauf ab, vor der „kommunistischen Weltbewegung“ die Dschutsche-Ideologie von dem Vorwurf der Häresie freizusprechen und das nordkoreanische Regime nachdrücklich als ein marxistisches zu präsentieren. Eine Durchsicht der nordkoreanischen Propaganda in den Jahren 1984 bis 1987 erhärtet die These, daß die PdAK unverändert die Dschutsche-Ideologie und nicht den Marxismus-Leninismus als ihr grundlegendes weltanschauliches Bezugssystem betrachtet.

Im März 1985 erläuterte Pak Mun Hoe, Mitglied des ZK der Koreanischen Vereinigung der Sozialwissenschaftler, dem Verfasser Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Dschutsche-Ideologie und Marxismus. Während Marx und Engels angeblich die sozialen Entwicklungen mit Naturgesetzen verglichen hätten, würde die Dschutsche-Ideologie in den gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen dem Faktor „Mensch“ seine ihm gebührende Rolle einräumen. Professor Pak meinte, auch Länder mit rückständigen Produktivkräften könnten in der sozialistischen Revolution voranschreiten, wenn die Menschen nur genügend ideologisiert würden. Gemäß der Dschutsche-Ideologie spielen nicht die Produktivkräfte die entscheidende Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Die „ideologische Revolution“ gewinnt eine zentrale Bedeutung. Ohne eine systematische Umformung des Denkens, Handelns und Fühlens des Volkes, ohne eine „Revolutionierung des Bewußtseins“ ende die sozialistische Revolution unvermeidlich in einer Sackgasse⁸⁾. Der ökonomistische Determinismus des Sowjetmarxismus (der Vor-Gorbatschow-Ära), der den menschlichen Willen weitgehend außer acht läßt, wird entschieden zurückgewiesen.

Nicht nur der Sowjetmarxismus, auch der Maoismus wird von den koreanischen Kommunisten einer harschen Kritik unterzogen. Auf die Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen der Dschutsche-Ideologie und den Mao Zedong-Ideen erwiderte Pak Mun Hoe unmißverständlich: „Eine Ideologie, die keine monolithische Führung hervorbringt, deren Führung schwankt, ist keine ausgereifte Ideologie. So können Sie den Maoismus am besten beurteilen.“ Die Koreaner lehnen Maos kulturevolutionäre Theorie von der „Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats“⁹⁾, die These vom „Kampf zweier Linien“ in der Kommunistischen Partei eines sozialistischen Landes, entschieden ab. Sie betonen die Einheit und Geschlossenheit von Partei und Volk während der sozialistischen Transformationsphase. Die Existenz von Klassenkampf im Sozialismus solle keineswegs

⁸⁾ Interview des Verfassers vom 2. April 1985 in Pyongyang. Vgl. Volker Grabowsky, Eine Reise in das Land der Morgenfrische, in: blätter des iz3w, August 1985, S. 32.

⁹⁾ Eine ausführliche Begründung der maoistischen Thesen gibt Dschang Tschun-tjiao, Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, Beijing 1975.

geleugnet werden; doch dieser Klassenkampf dürfe nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, erläuterte Pak Mun Hoe offensichtlich in Anspielung auf die chinesische Kulturrevolution. Die Dschutsche-Ideologie als eine „Ideologie für die Weiterführung der Revolution“ solle gewährleisten, daß Arbeiter, Bauern und Intelligenz in einem solidarisch geführten Klassenkampf „harmonisch zu einer Familie verschmelzen“. Der Artikel 6 der nordkoreanischen Verfassung von 1972 stellt sogar fest, daß in der DVRK die Klassengegensätze und

jedwede Unterdrückung des Menschen durch den Menschen für immer (!) beseitigt seien¹⁰⁾.

Die Dschutsche-Ideologie läßt sich folglich als eine der nationalen Eigenständigkeit verpflichtete, an Harmonie und Geschlossenheit des Volkes orientierte Weltanschauung beschreiben. Anleihen aus dem traditionellen konfuzianischen Wertesystem sind offensichtlich. Dem ideologischen Überbau der Gesellschaft räumen die Koreaner eine zentrale Stellung ein, auch wenn sie den Vorwurf des Idealismus weit von sich weisen würden.

II. Die Wirtschaft Nordkoreas

Der Aufbau einer unabhängigen Volkswirtschaft bildet die ökonomische Grundlage des Dschutsche. Die koreanischen Kommunisten betrachten sie als eine unerläßliche Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit. Das Dschutsche untersagt keineswegs die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Diese Zusammenarbeit soll aber nach den Vorstellungen Pyongyangs auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der vollen Gleichberechtigung organisiert sein. Zwar besitzt die DVRK wie Jugoslawien den Status eines RGW-Beobachters; doch eine volle Integration in den sowjetisch beherrschten Wirtschaftsblock im Rahmen einer „sozialistischen Arbeitsteilung“ hat das Land stets abgelehnt.

Die reichen Bodenschatzvorkommen und die gewaltigen Wasserkraftreserven in den nördlichen Gebirgsregionen halfen dem Land nach dem Ende des Koreakrieges beim Aufbau einer eigenen Schwer- und Leichtindustrie¹¹⁾. Gegen den Willen der Sowjetunion baute Nordkorea eine Maschinenindustrie auf, die nach offiziellen Angaben 98 Prozent des Verbrauchs deckt¹²⁾. Traktoren, Busse und Lastwagen stammen fast vollständig aus der nordkoreanischen Produktion.

Auch wenn verschiedene westliche Untersuchungen¹³⁾ — mit Recht — die amtlichen, bis in die siebziger Jahre sehr hohen industriellen Wachstumsraten anzweifeln, erscheint der wirtschaftliche

Aufbau Nordkoreas doch bemerkenswert. Nordkorea ist, gemessen an den relativen industriellen Produktionskapazitäten, das am stärksten industrialisierte Land unter den sozialistischen Ländern Asiens.

Das Geheimnis des nordkoreanischen Industrialisierungserfolgs liegt in der einzigartigen Kombination von hohen staatlichen Akkumulationsraten und einer ungewöhnlichen Massenmobilisierung, die in der Chollima-Bewegung zum Ausdruck kommt¹⁴⁾. Die im Vergleich zur Sowjetunion und China stärkere Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen bei gleichzeitiger Zentralisierung des Akkumulationsfonds ermöglichte in der DVRK eine effizientere Nutzung des investierten Kapitals und des „revolutionären Enthusiasmus der Massen“. Die lokalen und regionalen Komitees erfreuen sich einer relativ größeren Mitsprache bei der Gestaltung und Durchführung des staatlichen Plans, ungeachtet der Tatsache, daß ganz Nordkorea kleiner als eine gewöhnliche chinesische Provinz ist. Eine jüngere Untersuchung weist jedoch auf eine zunehmende Bürokratisierung der nordkoreanischen Massenlinie (in den beiden vergangenen Jahrzehnten) hin¹⁵⁾. Die bürokratischen Aspekte der nordkoreanischen Gesellschaft springen ausländischen Besuchern ins Auge; doch die Bürokratie scheint effizienter als in anderen sozialistischen Entwicklungsländern wie etwa in Vietnam zu sein.

¹⁰⁾ Sozialistische Verfassung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Pyongyang 1974, S. 2.

¹¹⁾ Bereits während der japanischen Kolonialherrschaft (1910—1945) wurde im Norden Koreas die Grundlage für die spätere Industrialisierung gelegt. Die Japaner entwickelten vorrangig diejenigen Industriezweige, die wichtige Rohmaterialien wie NE-Metalle und chemische Grundstoffe für den japanischen Bedarf lieferten. Vernachlässigt wurden hingegen die Produktion der für den Endverbrauch bestimmten Investitions- und Konsumgüter.

¹²⁾ Korean Review, Pyongyang 1982, S. 187.

¹³⁾ Joseph Sang-hoon Chung, *The North Korean Economy: Structure and Development*, Stanford 1974. Als weitere wichtige Untersuchungen sind zu nennen: Central Intelligence Agency (National Foreign Assessment Center), *Korea: The Economic Race Between the North and the South*, Washington 1978; Ellen Brun/Jacques Hersh, *Socialist Korea: A Case Study in the Strategy of Economic Development*, New York-London 1976; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, *Länderberichte Demokratische Volksrepublik Korea* 1977, 1982 und 1984.

Tabelle 1: Index der industriellen Produktion (1970 = 100)

Jahr	1971	1975	1977	1978	1979	1980
Industr. Produktion insgesamt	116	225	280	327	377	440

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, *Länderbericht DVRK* 1984, S. 43.

¹⁴⁾ In der koreanischen Legende ist Chollima der Name eines geflügelten Pferdes, das über die magische Fähigkeit verfügt, mit einer Geschwindigkeit von 1 000 Meilen am Tag den Reiter in das Land der Glückseligkeit zu tragen.

¹⁵⁾ David Kho, *The Political Economy of the DPRK in the Post 1958 Period*, in: *Journal of Contemporary Asia*, Vol. 12, No. 3/1982, S. 304—323.

Das auf wirtschaftliche Autarkie und nationale Unabhängigkeit abgestellte Industrialisierungsmodell Nordkoreas stößt heute an seine Grenzen. In gewisser Weise sei Nordkorea — so eine britische Studie aus dem Jahre 1984 — Opfer seines einstigen Erfolgsrezepts. „Despite efforts to modernise technology, North Korean industry looks increasingly old fashioned as the rest of the region enters the electronics age.“¹⁶⁾

Im September 1984 verabschiedete die Oberste Volksversammlung der DVRK ein Joint-Venture-Gesetz, das die Modalitäten für die Schaffung gemeinsamer Unternehmen mit ausländischen Investoren regelt¹⁷⁾. Der Einfluß der chinesischen Wirtschaftsreformen auf die vorsichtige Öffnung der DVRK ist unübersehbar; denn nur wenige Monate vor Verabschiedung des Gesetzes hatte der nordkoreanische Vizepremier und Wirtschaftsfachmann Kong Jint'ae Chinas ökonomische Sonderzone Shenzhen in der Nähe Hongkongs besucht.

Im Rahmen des nordkoreanischen Joint-Venture-Gesetzes soll westliche, vor allem westeuropäische und japanische Spitzentechnologie, die die Koreaner kurz- und mittelfristig nicht aus eigenen Anstrengungen heraus entwickeln können, für eine grundlegende Modernisierung der einheimischen Industrie verwendet werden.

Während eines Besuchs in der DVRK im Frühjahr 1985 befragte der Verfasser den Vizepräsidenten des Außenhandelskomitees, Li Cholsu, mit welchen Ländern die DVRK gemeinsame Unternehmen betreiben wolle. Li führte aus, vorrangig sei an westeuropäische Firmen gedacht, jedoch seien auch Investitionen von in Japan oder den USA lebenden Koreanern wünschenswert.

Nach dem Abzug einer Steuer von 25 Prozent des Nettoerlöses wird der Gewinn entsprechend den Kapitalanteilen der Partner aufgeteilt. Die Gewinne können auch vollständig in das Ausland transferiert werden. Die genauen Vertragsbestimmungen müßten von den Partnern ausgehandelt werden. Das Gesetz stecke lediglich den groben Rahmen ab. Eine Beteiligung ausländischer Unternehmen am Bodenkauf sei ebenso wie ein ausländischer Kapitalanteil von 100 Prozent nicht vorgesehen¹⁸⁾.

Vier Jahre nach seiner Verabschiedung hat das nordkoreanische Joint-Venture-Gesetz nur wenige westliche Firmen anlocken können. Die meisten

Investoren sind in Japan lebende koreanische Geschäftsleute, die der einflußreichen pronordkoreanischen Organisation „Chongryon“ nahestehen. Der große Durchbruch nach Westeuropa und Japan wird durch widersprüchliche Signale erschwert, die Pyongyang auf wirtschaftspolitischem Gebiet nach außen sendet.

Offenbar bestehen in der nordkoreanischen Führung unterschiedliche Ansichten über die künftige Wirtschaftspolitik. Soll westlicher Technologieimport in größerem Umfange betrieben werden? Dieser Weg setzt letztlich eine stärkere Förderung der exportorientierten Industrien und eine Revision der bisherigen autozentrierten, auf den einheimischen Markt fixierten Wirtschaftspolitik voraus. Oder soll die ökonomische Wende auf „Sparflamme“ betrieben werden? Dann wären westliche Investoren nur sehr begrenzt bereit, sich auf den nordkoreanischen Markt einzulassen, zumal die DVRK international als wenig kreditwürdig gilt¹⁹⁾.

Kim Il Sung scheint eher zu den „Bremsern“ zu zählen. In einem im Sommer 1985 veröffentlichten Interview mit der japanischen Zeitschrift „Sekai“ sprach sich Kim Il Sung jedenfalls unmißverständlich gegen eine zu starke Inanspruchnahme ausländischen Kapitals bei der weiteren Modernisierung der Volkswirtschaft aus²⁰⁾.

Ein Ausweg aus der ökonomischen Stagnation, die deutlich mit dem Wachstum der siebziger Jahre kontrastiert, erscheint nicht in Sicht. Keines der Ziele des zweiten Sieben-Jahres-Plans (1978—1984) wurde erreicht. Eine zweijährige Berichtigungsphase mußte eingeschoben werden, bevor die Oberste Volksversammlung der DVRK im April 1987 den dritten Sieben-Jahres-Plan (1987—1993) verkünden konnte. Dieser Plan bleibt weit hinter den Zielen zurück, die Ende der siebziger Jahre im Rahmen eines ehrgeizigen zehnjährigen Entwicklungsplans (1980—1989) formuliert worden waren.

Trotz der relativ fortgeschrittenen Industrialisierung spielt das nordkoreanische Dorf eine wichtige Rolle; denn zwei Fünftel der Bevölkerung leben noch auf dem Lande. Vor 1945 wegen der gebirgi-

¹⁶⁾ The Economist Intelligence Unit (EIU), Quarterly Review of China, North Korea, Annual Supplement 1984, S. 32 f.

¹⁷⁾ Wortlaut des „Law on Joint Venture“, in: EIU, Quarterly Review of China, North Korea, (1984) 4.

¹⁸⁾ Interview mit Li Chol-su am 6. April 1985 in Pyongyang.

¹⁹⁾ Obwohl die nordkoreanischen Auslandsschulden nur 4 Mrd. US-Dollar betragen (davon 1,83 Mrd. US-Dollar an sozialistische und 2,23 Mrd. US-Dollar an kapitalistische Staaten), also gemessen am Nationaleinkommen des Landes gering sind, hat sich Nordkorea beharrlich geweigert, mit westlichen Banken konstruktiv an Umschuldungsprogrammen zusammenzuarbeiten. Siehe North Korea Quarterly, (1987) 49/50, S. 14 ff.

²⁰⁾ Kim Il Sung: „Our country will not be like South Korea which is burdened to see a 'high degree of growth' achieved by becoming indebted to other countries. We do not want to jump up to a high eminence at one bound in economic construction on the strength of foreign capital, we are going to climb steadily, step by step, by our own efforts.“ Pyongyang Times vom 17. Juli 1985.

Tabelle 2: Long-Term Economic Goals Compared

Sector	10 Long-Term Goals (1980–1989)	2 nd 7-Year Plan Goals (1978–1984)	2 nd 7-Year Plan Results by 1986	3 rd 7-Year Plan Goals (1987–1993)
Electricity	100 billion kw/h	56–60 billion kw/h	1.0 times increase	100 billion kw/h
Coal	120 million tons	70–80 million tons	70 million tons	120 million tons
Grain products	15 million tons	10 million tons	10 million tons	15 million tons
Rice				7 million tons
Steel	15 million tons	7.8–8 million tons	1.9 times increase (no figures given)	10 million tons
Chemicals	7 million tons	5 million tons	5 million tons	7.2 million tons
Machine tools		5 million tons	2.3 times increase (no figures given)	2.5 times increase (no figures given)
Cement	20 million tons	12–13 million tons	12 million tons	22 million tons
Marine products	5 million tons	3.5 million tons	3.6 million tons	12 million tons
Textiles	1.5 billion m	800 million meters	800 million meters	1.5 billion meters
Nonferrous metals	1.5 million tons	1 million tons	1.5 million tons	1.7 million tons
Tideland cultivation	300,000 hectares	100,000 hectares	(no figures given)	300,000 hectares
Food & Luxury goods			2.2 times increase (no figures given)	
Daily necessities			2.5 times increase (no figures given)	
Railway freight transportation				1.6 times increase (no figures given)
Auto trans- portation				2.6 times increase (no figures given)
value of foreign trade				3.2 times increase (no figures given)
Technicians & specialists			1.25 million	2 million

Quelle: North Korea Quarterly, (1987) 48, S. 42 f.

gen Oberflächenstruktur und ungünstiger klimatischer Bedingungen (extremer Temperaturschwankungen) ein Agrardefizitgebiet, erzielte der Norden Koreas laut US-CIA im Jahre 1976 nahezu die Selbstversorgung mit Getreide²¹). Genaue Angaben über die Entwicklung der Agrarproduktion werden durch die Selektion von Produktionsstatistiken erschwert. Für das Jahr 1982 meldete die nordkoreanische Regierung eine Ernte von 9,5 Mio. Tonnen, für 1984 die bisherige Rekordernte von 10 Mio. Tonnen. Südkoreanische Quellen (Seouler Regierung, KCIA) schätzen den Ernteertrag Nordkoreas für 1981 jedoch nur auf knapp über 5 Mio. Tonnen²²). Die Diskrepanz in den Zahlenangaben mag teilweise in der unterschiedlichen Zählweise (Paddy- versus Reisproduktion) begründet sein. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft sowie

eines gut ausgebauten Bewässerungssystems tendiert die FAO zu höheren Produktionszahlen (8,8 Mio. Tonnen für 1982)²³).

Um nicht nur die erreichte Selbstversorgung für eine wachsende Bevölkerung (jährlicher Geburtenüberschuß: circa 2,4 Prozent), sondern auch eine substantielle Erhöhung der Agrarexporte zu erreichen, soll durch ein ehrgeiziges Eindeichungsprogramm am Westmeer bis Ende der achtziger Jahre die derzeitige landwirtschaftliche Nutzfläche von 2,3 Mio. ha um 300 000 ha Marschland erhöht werden; weitere 200 000 ha Neuland sollen durch Terrassierungen im Landesinnern gewonnen werden. Im Jahre 1990 soll dem staatlichen Entwicklungsplan zufolge die Getreideproduktion die Marke von 15 Mio. Tonnen überschreiten²⁴).

²¹) CIA (Anm. 13), S. 4.

²²) Amt für nationale Wiedervereinigung, Eine vergleichende Studie Nord- und Südkoreas, Seoul 1982, S. 65.

²³) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht DVRK 1984, S. 37 ff.

²⁴) Kim Il Sung, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas an den VI. Parteitag, Pyongyang 1980, S. 65 f.

Die Nordkoreaner werden dieses Produktionsziel voraussichtlich nicht erreichen, zumal das Eindeichungsprogramm langsamer als geplant voranschreitet. Da substantielle Steigerungen der Hektarerträge selbst bei weiterer landwirtschaftlicher Mechanisierung und Chemisierung nicht zu erwarten sind und Terrassierungen der Berghänge nur noch in bescheidenem Umfang möglich sind, dürfte die Getreideproduktion in wesentlich bescheidenerem Umfang als geplant steigen. Die nordkoreanische Landwirtschaft muß ihren Tribut an eine karge Umwelt entrichten, die den Norden der koreanischen Halbinsel zu einem chronischen Getreidedefizitgebiet machte. Unter diesen Umständen ist der in der DVRK erreichte Grad der Selbstversorgung als beachtlich einzuschätzen.

Der bemerkenswerte Ausbau der nordkoreanischen Landwirtschaft verwundert umso mehr angesichts ihrer vollständigen Kollektivierung, die wenig Spielraum für die bäuerliche Privatinitiative läßt. Jeder Bauernfamilie stehen lediglich 30 pyong (= 100 m²) privat genutztes Gartenland zur Verfügung. Es sind im wesentlichen drei Gründe für dieses vermeintliche Paradoxon anzuführen:

1. Eine schrittweise Verringerung des Stadt-Land-Gefälles wurde durch eine systematische infrastrukturelle Erschließung der ländlichen Gebiete erreicht, so daß der wirtschaftliche Fortschritt nicht nur den Städtern zugute kommt, sondern auch den Bauern spürbare Vorteile verschafft²⁵).

2. Gemäß der sogenannten „Chongsanri-Agrarmethode“ werden viele Fragen der landwirtschaftlichen Organisation und Produktion nicht zentral, sondern dezentral in den Kreisen und Kooperativen entschieden. Das Moment der stillschweigenden bäuerlichen Sabotage fehlt auf diese Weise weitgehend (im Unterschied zur Sowjetunion)²⁶).

3. Anders als die unüberschaubaren chinesischen Volkskommunen orientierten sich die 1958 gegründeten koreanischen Kooperativen an den gewachsenen Dorfeinheiten (ri). Die Militarisierung des dörflichen Lebens (wie in China während des „Großen Sprungs nach vorn“ und im Kambodscha der „Roten Khmer“) mit ihren großen Gemeinschaftsunterkünften und Eßsälen blieb in Nordkorea unbekannt. Kollektive Aufgaben werden in Nordkorea häufig auf der Basis von Großfamilien organisiert²⁷).

Ausländische Beobachter empfinden auf ihren von Koreanern sorgfältig betreuten und organisierten

²⁵) Vgl. Rosemarie Juttka-Reisse, *Kimilsungismus und Agrarpolitik in der Demokratischen Volksrepublik Korea*, Königstein 1979, S. 170–177.

²⁶) E. Brun/J. Hersh (Anm. 13), S. 336–339.

²⁷) Bruce Cumings, *Democratic People's Republic of Korea*, in: Bogdan Szajkowski (ed.), *Marxist Governments: A World Survey*, Vol. 2, London–Basingstoke 1980, S. 451.

Reisen durch das Land (jedoch mit vielen Möglichkeiten der kritischen Beobachtung) den in Nordkorea erreichten Lebensstandard als beachtlich für ein asiatisches Entwicklungsland. Der amerikanische Journalist Harrison Salisbury von der New York Times meinte nach seinem Besuch im Jahre 1972, die Lebensbedingungen seien erheblich besser als in China und mindestens so hoch wie im europäischen Rußland²⁸).

Subjektive Eindrücke sind häufig nützlicher als Statistiken über das nordkoreanische Nationaleinkommen (oder Bruttosozialprodukt-BSP). Nordkoreanische Regierungsvertreter gaben dem Verfasser im Frühjahr 1985 das Nationaleinkommen pro Kopf mit mehr als 2 000 US-Dollar an. Diese Zahl wird von den meisten westlichen Experten angezweifelt. Eine westliche Quelle schätzt das Nationaleinkommen pro Kopf auf 1 286 US-Dollar (1981)²⁹), eine andere auf nur 923 US-Dollar (1983)³⁰). Die südkoreanische Regierung nennt lediglich 736 US-Dollar (1982), während sie gleichzeitig für Südkorea eine Zahl von 1 800 US-Dollar angibt³¹).

Verschiedene Umstände erschweren eine Berechnung des BSP. Die DVRK hat seit Mitte der sechziger Jahre – vorgeblich aus Sicherheitsgründen – die Veröffentlichung statistischer Jahrbücher eingestellt. Die nordkoreanische Zählweise orientiert sich am gesamten Geldwert der im agrarischen und industriellen Sektor erwirtschafteten Güter (einschließlich der geleisteten technischen Dienste). Das kann in doppelter Weise zu groben Verzerrungen führen:

1. Die meisten Dienstleistungen werden nicht mitgerechnet. Das in Nordkorea gut ausgebaute Netz der staatlichen Sozialeinrichtungen (z. B. das kostenlose Gesundheits- und Bildungswesen) findet kaum Berücksichtigung.

2. Umgekehrt gibt es Doppelzählungen, wenn Halbfertigprodukte in der Statistik als Endprodukte geführt werden.

Ein weiteres Problem betrifft den geeigneten Wechselkurs zwischen der einheimischen Währung, dem Won, und dem amerikanischen Dollar. Da Nordkorea mit verschiedenen Wechselkursen arbeitet, die im Verhältnis von 3:1 abweichen können, hängt bei der Berechnung des Nationaleinkommens sehr viel von der Wahl des geeigneten Wechselkurses

²⁸) Harrison E. Salisbury, *To Peking and Beyond: A Report on the New Asia*, New York 1973, S. 205.

²⁹) Hans Günther Brauch, *Germany and Korea – Changes in the International System and Implications for Both Divided Countries*, in: *The Korean Journal of International Studies*, XVI (1984/85) 1, S. 105.

³⁰) *Far Eastern Economic Review (FEER)*, Asia 1985 Yearbook.

³¹) National Unification Board, *A Comparative Study of the South and North Korean Economies*, Seoul 1984, S. 32.

ab³²). Südkoreanische Propagandaquellen wählen offensichtlich den ungünstigsten Kurs. „Recent more scholarly South Korean studies, however, suggest that taking the official rather than the commercial exchange rates may have merit. On this basis, a GNP equivalent of some US-Dollar 30 bn (or per caput, some US-Dollar 1 500) for the mid 1980s may not be inappropriate. A figure of this

order of magnitude is accepted by the World Bank.“³³)

Das Nationaleinkommen (pro Kopf) Nordkoreas stagniert Ende der achtziger Jahre wie die gesamte Volkswirtschaft. Gegenüber dem kapitalistischen Südkorea, mit dem Mitte der siebziger Jahre nach US-CIA-Angaben Gleichstand herrschte³⁴), gerät der Norden immer weiter ins Hintertreffen.

III. Der Personenkult

Nach Auffassung der PdAK ist Nordkoreas Wirtschaftsaufbau untrennbar mit der Person Kim Il Sung verbunden. Die exzessive Verehrung Kim Il Sung kollidiert offenbar mit dem Prinzip des Dschutsche, nach welchem „das schöpferische Potential der Massen zur Umformung von Natur und Gesellschaft“ gefördert werden müsse. Dieser Widerspruch ist jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch. Der Dschutsche-Ideologie zufolge entwickeln sich Revolutionen nicht zwangsläufig aus dem Widerspruch zwischen fortgeschrittenen Produktivkräften und rückständigen Produktionsverhältnissen. Entscheidende Bedeutung gewinnt vielmehr der menschliche Wille. Von dieser Prämisse leitet sich die nordkoreanische These von der überragenden Rolle der charismatischen Führerpersönlichkeit in der Revolution ab. Diese These spiegelt sowohl die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung als auch die der koreanischen Revolution wider. Die Entwicklung in der Sowjetunion nach Lenins Tod und in der VR China nach dem Ableben Mao Zedongs war den Koreanern eine Warnung, ebenso wie die Geschichte der frühen kommunistischen Bewegung in ihrem eigenen Land.

Die Koreaner argumentieren wie folgt: In den zwanziger und dreißiger Jahren sei die kommunistische Bewegung Koreas in diverse konkurrierende Gruppen und Sekten, die lediglich an einer Anerkennung durch die Komintern, nicht aber an einem wirkungsvoll geführten antijapanischen Befreiungskampf Interesse gehabt hätten, gespalten gewesen. Erst Kim Il Sung und seine im mandschurisch-ko-

reanischen Grenzgebiet operierenden Partisanen hätten seit Mitte der dreißiger Jahre diese sektierischen Tendenzen überwunden und dem koreanischen Volk den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung gewiesen. Nach dem Koreakrieg habe Kim Il Sung die prochinesischen und prosowjetischen Fraktionen in der PdAK (die sogenannten „Fraktionsmacher“) zerschlagen und die politische Unabhängigkeit der DVRK gesichert³⁵). Seiner „weitsichtigen und klugen Führung“ verdanke Nordkorea alle Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. Die Unbarmherzigkeit der innerparteilichen Säuberungen wird so in der Retrospektive verharmlost und gerechtfertigt. Die nordkoreanische These von der entscheidenden Funktion des charismatischen Führers im revolutionären Prozeß ist in ihrer Stringenz und Verabsolutierung für eine kommunistische Partei einzigartig.

Das Geburtshaus Kim Il Sung in Mangyongdae, einem kleinen Dorf in der Nähe Pyongyangs, dient heute als nationale Pilgerstätte. Das Kim Il Sung-Museum von Mangyongdae dokumentiert nicht nur den revolutionären und patriotischen Werdegang des nordkoreanischen Präsidenten, sondern auch den seiner Familie (einschließlich des Urgroßvaters und des Großonkels mütterlicherseits). Der Übergang vom Personen- zum Familien-/Sippenkult, die Verehrung der „Heiligen Familie“, nimmt deutliche Konturen an.

Der quasi-religiöse Kult um Kim Il Sung drängt die Frage auf: Warum entwickelte ausgerechnet Nordkorea einen Personenkult, der alle historischen Vorbilder, wie zum Beispiel die Kulte um Stalin und Mao, weit in den Schatten stellt? Verschiedene Erklärungen können angeführt werden, unter anderem der zu vermutende Narzismus Kims und die konfuzianischen Traditionen Koreas³⁶). Keiner dieser Deutungsversuche liefert, für sich allein genommen, eine erschöpfende und befriedigende Antwort, vermag dem komplexen Phänomen des Personenkultes gerecht zu werden.

³²) Diese Probleme werden sehr ausführlich diskutiert von Gerhard Breidenstein, *Economic Comparison of North and South Korea*, in: *Journal of Contemporary Asia*, 5 (1975) 2, S. 165–178, insbes. S. 169 f. Amtliche Seouler Quellen neigen zu einer groben Unterschätzung des nordkoreanischen und einer leichten Überschätzung des südkoreanischen Nationaleinkommens. Während eine Quelle für das Jahr 1976 Nordkoreas BSP auf ein Viertel des mit über 25 Mrd. US-Dollar bezifferten südkoreanischen BSP angab (Shim Jae Hoon, in: *FEER*, 7. Juli 1978, S. 27), nannte die US-CIA für das gleiche Jahr Zahlen von 10 Mrd. US-Dollar für Nordkorea und 22,6 Mrd. US-Dollar für Südkorea; vgl. CIA (Anm. 13), S. 2.

³³) EIU (Anm. 16), S. 37.

³⁴) CIA (Anm. 13), S. 2 f.

³⁵) Vgl. Kim Han Gil, *Modern History of Korea*, Pyongyang 1979, S. 26–178 und S. 216 f.

³⁶) Tai Sung An, *North Korea in Transition: From Dictatorship to Dynasty*, London 1983, S. 142 ff.

Konfuzianische Wertvorstellungen sind in Korea — im Norden wie im Süden — heute wahrscheinlich in einer reineren, ursprünglicheren Form lebendig als in den anderen drei vom Konfuzianismus geprägten Ländern Ostasiens (China, Japan und Vietnam). Das konfuzianische Weltbild verlangt neben der Güte (Wohlwollen) vor allem Ehrfurcht (Respekt, Loyalität). Im Gegensatz zu den Chinesen stellen die Koreaner Loyalität ganz unbedingt vor Güte gegenüber dem Mitmenschen. Im alten Korea beschränkte sich die Loyalität der Koreaner streng auf einen inneren Kreis, der sich aus der Großfamilie, den engsten Freunden und den Vorgesetzten einschließlich dem König zusammensetzte. Die Verpflichtung zu Verbundenheit und Wohlwollen galt jedoch nicht den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft³⁷⁾.

Diese traditionelle Art der Loyalität prägt noch heute den Süden Koreas, dem begrenzte Personenkulte um seine Präsidenten Syngman Rhee (1948—1960), Park Chung Hee (1962—1979) und Chon Du Hwan (1981—1987) nicht fremd waren bzw. sind³⁸⁾. Der große Unterschied zwischen Nord- und Südkorea ist in dem Umstand zu sehen, daß Kim Il Sung es im Sinne einer kulturell abgestützten Herrschaftssicherung verstanden hat, die früher auf den engen Kreis der Großfamilie beschränkte Loyalität auf das gesamte Land auszudehnen, ganz Nordkorea als einzige große Sippe zu konstituieren. „Ob erzwungen oder nicht, moralisch befindet sich jeder Nordkoreaner heute im Bereich des inneren Kreises: Loyalität ist für ihn erstes Gebot. Damit kann Kim Il Sung seine absolute Staatsführung auf intuitive Werte abstützen, die in der ostasiatischen Region seit über zweitausend Jahren Gültigkeit haben, im Kerngehalt wenig verändert, trotz Abschwächung, Aushöhlung, Pervertierung in manchen Epochen.“³⁹⁾

Die konfuzianischen Traditionen erleichtern zweifellos die offensichtliche Akzeptanz des Personenkultes in der nordkoreanischen Bevölkerung. Der Kult verleiht dem Land Stabilität und Kohärenz im Innern und begrenzt Einmischungen von außen. Angesichts des in der kommunistischen Bewegung Koreas berüchtigten und pathologischen „Fraktionismus“⁴⁰⁾ erscheint die uneingeschränkte Herrschaft Kim Il Sung als eine Notwendigkeit für die Verteidigung und die Modernisierung des nordkoreanischen Staates.

³⁷⁾ Zur konfuzianischen Werteordnung Koreas während der Yi-Dynastie siehe Gregory Henderson, *Korea: The Politics of the Vortex*, Cambridge 1968, S. 36—55.

³⁸⁾ Jon Halliday, *The North Korean Enigma*, in: *New Left Review*, (1981) 127, S. 42.

³⁹⁾ Martin Emch, *Nordkorea — im Land der hellsten Sonne* (2. Teil), in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13./14. April 1985.

⁴⁰⁾ Wegen Einzelheiten über den notorischen Fraktionismus der koreanischen kommunistischen Bewegung der zwanziger Jahre siehe Dae-sook Suh, *The Korean Communist Movement 1918—1949*, Princeton 1967.

Die Nordkoreaner sehen ihr kleines Land von feindlichen oder potentiell gefährlichen Nachbarn umringt; sie fühlen sich vor allem von der „amerikanisch besetzten Neokolonie Südkorea“, die jede Unruhe und Instabilität im Norden für ihre finsternen Pläne ausnutzen würde, bedroht. Der Personenkult wie der „monolithische“ Charakter von Partei und Gesellschaft fügen sich in diese Belagerungsmentalität ein. Die Geschlossenheit des Volkes, die Gleichgerichtetheit seines Denkens genießen in den Augen der nordkoreanischen Führung die allerhöchste Priorität. In diesem Sinne ist Nordkorea ein totalitärer Staat par excellence. Die vielleicht am dichtesten organisierte Gesellschaft der Welt duldet keine Abweichung. Zwar sind neben der Partei der Arbeit Koreas in der Obersten Volksversammlung in Pyongyang noch zwei „bürgerliche“ Parteien vertreten, die Koreanische Sozialdemokratische Partei (die Vertretung der Christen sowie der ehemaligen Kleinunternehmer und Kaufleute) und die Chondogyo Chongu-dang (die Vertretung bäuerlicher Anhänger der koreanisch-nationalistischen Chondogyo-Religion); aber diese Parteien akzeptieren bedingungslos die „führende Rolle der PdAK“ und Kim Il Sung. Nordkorea meldet für Wahlen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene nicht wie andere sozialistische Länder 99prozentige, sondern 100prozentige Ergebnisse⁴¹⁾. Bis auf einige Intellektuelle mögen heute sämtliche Schichten der nordkoreanischen Bevölkerung den Kult um Kim Il Sung wenn auch nicht unbedingt verinnerlicht, so doch akzeptiert haben.

Für Widerstand der Bevölkerung und staatliche Repression scheint es keine Anzeichen zu geben. Die soziale Selbstkontrolle ist offensichtlich lückenlos, die Loyalität des Volkes noch ungebrochen. „They will work for the regime in peace and fight for it in war“⁴²⁾, so bemerkten die Politologen Robert A. Scalapino und Chong-Sik Lee im Jahre 1972. Dem in der Tradition der Aufklärung stehenden Sozialisten wird der nordkoreanische Personenkult rückständig und irrational erscheinen müssen; aus seiner Sicht behindert er jegliche emanzipatorischen Triebkräfte einer sozialistischen Gesellschaft.

Die Bemerkung des Parteiorgans „Rodong Sinmun“ aus dem Jahre 1975, Kim Il Sung „tactics and strategy amaze even God“⁴³⁾, dürfte ebensowenig wie das fast vollständige Fehlen marxistischer Literatur in nordkoreanischen Buchläden (Schriften Kim Il Sung, aber keine Werke von Marx, Engels, Lenin und Mao sind hier erhältlich) vom Standpunkt des aufklärerischen Sozialismus aus akzeptiert

⁴¹⁾ *Korean Review*, Pyongyang 1982, S. 166 f.

⁴²⁾ Robert A. Scalapino/Chong-sik Lee, *Communism in Korea*, Vol. 2, Berkeley-Los Angeles-London 1972, S. 1176.

⁴³⁾ Gavan McCormack, *North Korea: Kimilsungism Path to Socialism?*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 13 (1981) 4, S. 55.

bel sein. Auch Berichte, wonach die Lektüre von Engels Schrift „Anti-Dühring“ als ein schwerer Verstoß geahndet werde⁴⁴⁾, würden — falls sie zu-

treffen — das Bild von der undialektischen, idealistischen Denkweise der nordkoreanischen Kommunisten vervollständigen.

IV. Die Nachfolgefrage

Seit Beginn der achtziger Jahre wird der Kult um Kim Il Sung auch auf dessen ältesten Sohn Kim Dschong Il übertragen, der den Titel „geliebter Führer“ (chinnaehan chidoja) trägt. Mitte der siebziger Jahre tauchten die ersten Gerüchte über eine mögliche Nachfolge Kim Dschong IIs auf. Bereits im Sommer 1975 berichteten Funktionäre der pronordkoreanischen „Generalvereinigung der Koreaner in Japan“ (Chongryon) nach einem Besuch in der DVRK, daß der damals 35jährige Kim Dschong Il wichtige Positionen im nordkoreanischen Regime ausübe: als Parteisekretär, Mitglied der Propagandaabteilung der PdAK und möglicherweise als Kandidat des Politbüros. Seit 1975 bezeichneten die nordkoreanischen Massenmedien Kim Dschong Il euphemistisch als „Parteizentrum“ (tang chungang)⁴⁵⁾.

Nur wenige und widersprüchliche Informationen existieren über den persönlichen und politischen Werdegang des jüngeren Kim. Die in Südkorea verbreitete Meldung, Kim Dschong Il habe 1959 an der Luftwaffenakademie der DDR studiert⁴⁶⁾, wurden von nordkoreanischer Seite nicht bestätigt. Südkoreanische Quellen behaupten ferner, Kim Dschong Il habe seit 1973 durch die persönliche Leitung der aus Jugendlichen und Studenten gebildeten „Drei-Revolutionen-Teams“ eine starke innerparteiliche Hausmacht aufbauen können⁴⁷⁾.

Für den Zwischenfall in Panmunjom am 18. August 1976, als zwei amerikanische Soldaten mit Äxten erschlagen worden waren, sei der Sohn Kim Il Sung verantwortlich gewesen, weswegen er für einige Jahre wieder in den politischen Hintergrund treten mußte⁴⁸⁾. Auch dieses Gerücht findet keine Bestätigung von nordkoreanischer Seite.

Auf dem sechsten Parteitag der PdAK im Oktober 1980 erschien Kim Dschong Il jedenfalls an der

Spitze der Partei. Als Mitglied des damals fünfköpfigen Präsidiums des Politbüros der PdAK und als hervorgehobener Parteisekretär leitet Kim Dschong Il seither alle wichtigen Staatsaufgaben, während Kim Il Sung sich zunehmend auf seine repräsentativen Pflichten konzentriert. Die Nordkoreaner betonen, Kim Dschong Il habe sich in langen Prüfungen als der beste und geeignetste Kandidat erwiesen, der alle Kriterien für die Fähigkeit zur Nachfolge erfülle. Die Verwandtschaft mit Kim Il Sung habe für seine Wahl nicht den Ausschlag gegeben⁴⁹⁾.

Andererseits erinnert die Nachfolge Kim Dschong IIs an historische Vorgänger aus der konfuzianischen Yi-Dynastie Koreas (1392–1910). Der Thronfolger wurde im voraus unter den Söhnen des Herrschers ausgewählt. In den meisten Fällen war es der älteste Sohn, der seine „grenzenlose Loyalität“ zum König, d. h. zu seinem Vater, zu demonstrieren hatte⁵⁰⁾. Dem konfuzianischen Herrscherideal entsprechend, baut die nordkoreanische Propaganda den jungen Kim systematisch zum „Genie der Revolution und des Aufbaus“, zum „fürsorgenden Lehrmeister des koreanischen Volkes“ mit „edlen Charakterzügen und Tugenden“ auf⁵¹⁾. Die südkoreanische und pro-südkoreanische Propaganda kritisiert im Rahmen ihres „Negativkultes“ nicht die Nachfolge; sie verurteilt vielmehr die vermeintlichen Charakterschwächen des „Autonarren“ und „Frauenwüstlings“ Kim Dschong Il⁵²⁾.

Die „dynastische Erbfolge“ in der DVRK ist einzigartig für ein sozialistisches Land, jedoch im Kontext der asiatischen — zumal der vom Konfuzianismus geprägten ostasiatischen — Gesellschaften nicht außergewöhnlich. In Taiwan folgte Chiang Ching-kuo seinem Vater Chiang Kai-shek im Amt des Präsidenten nach. In Singapur wird offenbar der älteste Sohn des Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew, Brigadegeneral Lee Hsien Yew, zum Nachfolger aufgebaut⁵³⁾. Im parlamentarisch-demokratischen In-

⁴⁴⁾ J. Halliday (Anm. 38), S. 42 f.

⁴⁵⁾ Zum Gebrauch des Terminus „Parteizentrum“ in der nordkoreanischen Propaganda siehe Morgan E. Clippinger, Kim Chong-II in the North Korean Mass Media: A Study of Semi-Esoteric Communication, in: Asian Survey, 21 (1981) 3, S. 292 f.

⁴⁶⁾ The Institute for North Korea Studies, Who is Kim Chong-il?, Seoul 1980, S. 8.

⁴⁷⁾ Mit den drei Revolutionen sind die ideologische, technische und kulturelle Revolution gemeint. Die „Drei-Revolutionen-Teams“ bestehen aus insgesamt 40 000–50 000 Jugendlichen, die in kleine Gruppen von 20–50 Personen gegliedert sind. Diese Teams sollen verschiedene Einrichtungen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Erziehung und der Kultur mit revolutionärem Gedankengut beeinflussen und moderne Produktionstechniken vorantreiben.

⁴⁸⁾ The Institute for North Korea Studies (Anm. 46), S. 10 f.

⁴⁹⁾ In diesem Sinne äußerten sich nordkoreanische Offizielle gegenüber dem US-Abgeordneten Stephen Solarz während seines Besuchs in der DVRK im Juli 1980; vgl. Tai Sung An (Anm. 36), S. 154.

⁵⁰⁾ Kwong-sang Park, North Korea under Kim Chong-il, in: Journal of Northeast Asian Studies, (1982) 2, S. 62.

⁵¹⁾ Zö In Su, Kim Dschong Il: Führer des Volkes, Bd. 1 und 2, Pyongyang 1983 und 1985, insbes. Bd. 1, S. 1–7.

⁵²⁾ Xing-hu Kuo, Nordkorea: Ein fernöstlicher Gulag, S. 78 ff.

⁵³⁾ Larry Schneider, in: Südostasien Informationen, 1 (1985) 1, S. 28.

dien regiert die Nehru-Familie inzwischen in der dritten Generation.

Dem Verfasser scheint das Hauptproblem weniger die nordkoreanische Nachfolge als solche zu sein, denn ihre politischen Implikationen. Mit dem Aufstieg Kim Dschong Ils zum einzig möglichen Nachfolger auf dem sechsten Parteitag im Oktober 1980 vollzog sich ein Generationswechsel in der Parteispitze. Unter den 34 Mitgliedern des Politbüros waren 24 Neulinge, und nur 13 der 50 höchsten Parteikader stammten noch aus der revolutionären Partisanenbewegung Kim Il Sung⁵⁴). Die Verjüngung der Parteihierarchie, die sich weiter fortsetzt, stärkt den innerparteilichen Einfluß Kim Dschong Ils und schwächt die Position einiger älterer Parteifunktionäre, die sich angeblich um Kim Il Sung^s zweite Frau, Kim Song Ae, scharen sollen.

Die Festigkeit der Position Kim Dschong Ils ist insbesondere unter südkoreanischen Experten umstritten. Da die internen Machtstrukturen der nordkoreanischen Führung weitgehend im Verborgenen bleiben, sind verschiedenen Spekulationen die Tore geöffnet. Im wesentlichen können wir aber zwei gegensätzliche Denkschulen unterscheiden.

Erstens: Kim Dschong Ils Einfluß würde ohne die gottähnliche Stellung seines Vaters rasch schwinden. Außerdem ist Kim Dschong Il durch seinen politischen Dogmatismus, seinen ausschweifenden Lebensstil und nicht zuletzt durch seine Terror-Eskapaden diskreditiert. Sowohl das Attentat von Rangun (1983), dem die halbe Seouler Regierungsmannschaft zum Opfer fiel, als auch das Verschwinden der südkoreanischen KAL-Boeing werden ihm persönlich angelastet⁵⁵).

Zweitens: Kim Dschong Il ist ein Pragmatiker. Die Wirtschaftsreformen, so halbherzig sie auch sein

mögen, tragen seine Handschrift. Die Verantwortung für die beiden Terrorakte ist ihm nicht nachzuweisen. Kim Dschong Ils Position in Partei und Staat gründet sich nicht nur auf die Autorität seines Vaters, sondern auf eine eigene, ihm ergebene Gefolgschaft. Die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger kann eine langjährige enge Zusammenarbeit mit Kim Dschong Il vorweisen, die wie beim heutigen Ministerpräsidenten Yi Gunmo häufig bis in die sechziger Jahre zurückreicht⁵⁶).

Keine der beiden Denkschulen kann wirklich schlüssige Belege für ihre Positionen vorlegen. Die mysteriöse Affaire um die „Ermordung“ Kim Il Sung^s, die im November 1986 sensationelle Schlagzeilen machte, entpuppte sich wenig später als eine Falschmeldung. Bis heute ist umstritten, ob eine großangelegte Verschwörung gegen Kim Il Sung stattfand, deren erfolgreiches Gelingen von nordkoreanischen Lautsprechern voreilig in den feindlichen Süden gemeldet wurde. Die südkoreanische Regierung vertrat diese Auffassung und witterte die Verschwörer in „prochinesischen“ nordkoreanischen Offizierskreisen, die gegen Kim Il Sung^s Diktatur und den „prosovjatischen“ Kurs Kim Dschong Ils rebellierten.

Gegen diese These spricht nicht nur das Fehlen konkreter Beweise, sondern auch der völlig normale Verlauf der Regierungsgeschäfte und des Alltagslebens in Pjöngjang unmittelbar nach dem „Coup d'État“. Aber auch andere Theorien sind denkbar. Die Falschmeldung könnte eine gezielte Desinformation Nordkoreas gewesen sein, um die Regierung in Seoul bloßzustellen. Oder „übereifrige“ südkoreanische Militärs wollten mit einer fabrizierten Meldung ihre Vorgesetzten in Seoul beeindrucken⁵⁷).

V. Die Außenpolitik Nordkoreas

Als Teil einer gespaltenen Nation gewinnen für Nordkorea die auswärtigen Beziehungen eine besondere Bedeutung. Neben der Absicherung der staatlichen Unabhängigkeit sucht Pjöngjang auf internationaler Ebene Unterstützung für das eigentliche Hauptziel nationaler koreanischer Politik: für die Wiedervereinigung eines konföderierten Korea.

1. Dreieck Pjöngjang-Beijing-Moskau

Aufgrund der geostrategischen Lage Koreas sind die VR China und die Sowjetunion nach wie vor die Hauptverbündeten Nordkoreas. Ungefähr die Hälfte des Außenhandels wird mit diesen beiden

Ländern abgewickelt. Pjöngjang braucht die Unterstützung beider kommunistischer Großmächte in der Auseinandersetzung mit den USA und Südkorea. Die Sowjetunion und China liefern moderne militärische Rüstungsgüter, die die DVRK benötigt, und decken einen beträchtlichen Teil des nordkoreanischen Ölbedarfs. Pjöngjang hat sich 1961 durch Freundschaftsverträge sowohl bei Moskau als auch bei Beijing rückversichert. Sieht man von chinesisch-nordkoreanischen Spannungen während des Höhepunktes der „Kulturrevolution“

⁵⁴) Chong-sik Lee, Evolution of the Korean Workers Party and the Rise of Kim Chong-il, in: Asian Survey, XXII (1982) 5, S. 443.

⁵⁵) Stellvertretend für diese Denkschule sei genannt: Kang Suk Rhee, North Korea's Pragmatism: A Turning Point?, in: Asian Survey, XXVII (1987) 8, S. 885–902.

⁵⁶) Ein Vertreter der zweiten Denkschule ist Dae-Sook Suh, Political Succession and Changes in the North Korean Policy toward South Korea, in: Korea Observer, XIX (1988) 1, S. 28–42.

⁵⁷) Die Hintergründe des „Attentats“ auf Kim Il Sung werden detailliert erörtert von Barry K. Gills, The Coup That Never Happened: The Anatomy of the „Death“ of Kim Il Sung, in: Bulletin of Concerned Asian Scholars, 19 (1987) 3, S. 2–19.

(1966/1968) ab, als Maos rote Garden die „revisio-
nistische Führungsclique“ um Kim Il Sung angrif-
fen⁵⁸), verfolgt Pyonyang seit Beginn der siebziger
Jahre eine auf Äquidistanz bedachte Politik gegen-
über Moskau und Beijing. Doch die nordkoreani-
sche Gleichgewichtspolitik schloß das Ausschlagen
des Pendels in die eine oder andere Richtung kei-
neswegs aus. Drei Phasen sind zu unterscheiden.

Erstens: Übergewicht Chinas (1970–1978). Obwohl
die DVRK die Vereinigten Staaten als den Haupt-
feind Koreas und der gesamten Menschheit be-
trachtet, werden der Sowjetunion hegemonistische
Tendenzen vorgeworfen. Mitte der siebziger Jahre
prägte man in Pyonyang im Zusammenhang mit
der sowjetischen Außenpolitik den Begriff „Vor-
machtstreben“. Im Jahre 1978 steuerte Nordkoreas
Kritik an Moskaus Großmachtspolitik einem Höhe-
punkt zu. Ohne die Sowjetunion namentlich anzu-
greifen, verurteilte Kim Il Sung in seinem Bericht
zum 30. Jahrestag der nordkoreanischen Staats-
gründung, am 9. September 1978, unverhüllt das
Hegemoniestreben Moskaus in der „Dritten Welt“
und stellte es mit den imperialistischen Ambitionen
der USA auf eine Stufe⁵⁹).

Affinitäten zum Antihegemonismus-Konzept der
Chinesen bestanden offensichtlich. Während die
Beziehungen Nordkoreas zur Sowjetunion 1977/78
einen Tiefpunkt erreichten, herrschte mit der VR
China ein herzliches Einvernehmen. Die Sowjet-
union ergriff im eskalierenden kambodschanisch-
vietnamesischen Grenzkonflikt offen die Partei
Vietnams; hingegen erklärte Nordkorea ebenso un-
mißverständlich seine Unterstützung für das Demo-
kratische Kampuchea. Eine Achse Beijing-Phnom
Penh-Pyonyang schien im Entstehen⁶⁰).

Zweitens: Gleichgewicht (1979–1984). Im Jahre
1979 begann Nordkorea, sein Unbehagen über das
sowjetische Großmachtstreben vorsichtiger als bis-
her zu artikulieren. Der Terminus „Vormachtstre-
ben“ wurde immer seltener benutzt, während man
gleichzeitig die Kritik am „US-Imperialismus“ stär-
ker akzentuierte. Für die neuen Töne Pyonyangs

⁵⁸) M. Y. Cho, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen
Peking und Pyonyang 1949–1967, Wiesbaden 1967,
S. 52 f.

⁵⁹) Kim Il Sung, Let us Step up Socialist Construction under
the Banner of the Juche Idea, Pyonyang 1978, S. 34 f.

⁶⁰) Nordkorea war das einzige Land, das im Jahre 1978 von
beiden führenden Politikern Beijings, von Hua Guofeng im
Mai und Deng Xiaoping im September, besucht wurde. Im
Oktober 1977 stattete der kambodschanische Parteichef und
Ministerpräsident Pol Pot der DVRK einen offiziellen Be-
such ab. Er erhielt damals den Titel „Held der DVRK“, den
höchsten nordkoreanischen Orden. Die Formierung einer
Achse Beijing-Phnom Penh-Pyonyang nahm im August
1979 deutlichere Konturen an, als an den Feierlichkeiten in
Beijing anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der „Chi-
nesischen Volksbefreiungsarmee“ als einzige ausländische
Delegationen teilnahmen: eine von O Chin-u (Nordkoreas
Generalstabschef) geführte Delegation aus der DVRK und
eine Delegation aus Kambodscha unter Leitung von Vertei-
digungsminister Son Sen.

gegenüber Moskau mögen folgende Ereignisse den
Ausschlag gegeben haben:

1. die Erklärung Präsident Carters vom Juli 1979,
den 1976 angekündigten und 1978 verschobenen
Abzug der amerikanischen Bodentruppen aus Süd-
korea endgültig zu stoppen;
2. der „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ vom De-
zember 1979, dessen Verwirklichung aus nordko-
reanischer Sicht zu einer globalen Überlegenheit
der USA gegenüber der Sowjetunion führen
mußte;
3. die rasante Annäherung Chinas an die USA und
Japan sowie die damit verbundene Gefahr einer
Achse Washington-Beijing-Tokyo.

In der seit 1979/80 veränderten Weltlage hält die
DVRK Kritik an den Sowjets nicht länger für op-
portun. Die intensiven Kontakte zur Sowjetunion
sollen jedoch die freundschaftlichen Beziehungen
mit China nicht gefährden. Nur wenige Tage vor
seiner großen Osteuropareise (1. Mai bis 1. Juli
1984), die ihn durch die Sowjetunion und – mit der
Ausnahme Albaniens – durch sämtliche europäi-
sche sozialistische Länder führte, empfing Kim Il
Sung in Pyonyang den Generalsekretär der KP
Chinas, Hu Yaobang, zu wichtigen Gesprächen.
Sowohl Hu Yaobang⁶¹) als auch Konstantin
Tschernenko versicherten Kim Il Sung der ungebro-
chenen Unterstützung ihrer Regierungen und Par-
teien für die friedliche Wiedervereinigung Koreas
und den Abzug der amerikanischen Truppen aus
Südkorea. Im Gegensatz zum chinesischen Partei-
chef gab der sowjetische Generalsekretär keine öf-
fentliche Unterstützung für den nordkoreanischen
Vorschlag zur Abhaltung von Dreiergesprächen
zwischen den USA, der DVRK und der Republik
Korea, was man in Seoul aufmerksam regi-
strierte⁶²).

Nordkorea vermied Anfang der achtziger Jahre
Präferenzen für eine der beiden kommunistischen
Großmächte. Gleichwohl bezog Nordkorea in eini-
gen regionalen Konflikten, in die sowohl Moskau
als auch Beijing verwickelt waren, eindeutige Posi-
tionen.

1. Pyonyang verteidigte zwar nicht den sowjeti-
schen Einmarsch in Afghanistan (Dezember 1979),
unterstützte gleichwohl im Gegensatz zu Beijing das
„Unabhängigkeitsstreben“ und „den sozialistischen
Aufbau“ des Kabuler Regimes⁶³).

2. Die militärische Besetzung Kambodschas durch
Moskaus Alliierten Vietnam (Januar 1979) war hin-
gegen von Nordkorea scharf als eine „Herausforde-
rung für Frieden und Sozialismus“ verurteilt wor-
den, während die nordkoreanischen Massenmedien

⁶¹) The Pyonyang Times vom 19. Mai 1984.

⁶²) North Korea News vom 4. Juni 1984, S. 1 f.

⁶³) Vgl. Colin Mackerras, The Democratic People's Repu-
blic in World Affairs, Australia-Asia Papers, No. 27, Griffith
University, Nathan (Australien), S. 14.

Chinas „Strafexpedition“ gegen Vietnam (Februar 1979) mit Schweigen übergangen⁶⁴).

Drittens: Hinwendung zur Sowjetunion (seit 1985): Seit 1985 wendet sich Nordkorea stärker der Sowjetunion zu. Für die enger werdende Zusammenarbeit mit Moskau sind vor allem militärische Gründe ausschlaggebend gewesen. Die als Bedrohung wahrgenommene „amerikanisch-südkoreanische Militärallianz“, die alljährlich in den entlang der innerkoreanischen Grenze stattfindenden „Team-Spirit-Manövern“ ihren Niederschlag findet, motiviert Nordkorea zu verstärkten Waffeneinkäufen in der Sowjetunion. Die Sowjets, nicht die Chinesen, vermögen die hochmodernen Waffen zu liefern, die Nordkorea nicht in Eigenproduktion herstellen kann.

Im Sommer 1985 schickten die Sowjets an Nordkorea 18 moderne MIG-23-Jagdbomber, die ein Gegengewicht zu den amerikanischen F-16-Jagdbombern in Südkorea bilden sollen. Bis Juli 1986 hatten die Nordkoreaner insgesamt 36 MIG 23-Jagdbomber, 30 Sam-3-Raketen und 47 M-2-Hubschrauber erhalten⁶⁵).

Ein weiterer Grund für die Annäherung an die Sowjetunion liegt in den chinesischen Avancen an Seoul. China, das noch in den siebziger Jahren „das getarnte Zusammenspiel der sowjetischen (Sozial-) Imperialisten mit der Park Chung-hee-Clique“ verdammt hatte⁶⁶), knüpfte in den vergangenen Jahren inoffizielle Kontakte zu Seoul. Der geheime Handel zwischen China und Südkorea soll im Jahre 1983 einen Umfang von 136,8 Mio. US-Dollar erreicht haben⁶⁷). Erst nach heftigen Protesten aus Pyongyang wurde er vorübergehend gestoppt, nur um anschließend umso intensiver wieder aufzuleben.

Neben chinesisch-südkoreanischen Sportkontakten gewann im Jahre 1984 eine weitere Kategorie „unpolitischer“ Kontakte an Bedeutung: Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang signalisierte die Bereitschaft Chinas, Angehörigen seiner koreanischen Minderheit die Erlaubnis für Verwandtenbesuche in Südkorea oder Japan zu erteilen. Ebenso könnten Südkoreaner möglicherweise Verwandte in China besuchen⁶⁸).

Sollten China und die Sowjetunion ihren Konflikt beilegen, hätten sie sich um die außenpolitische Orientierung eines wiedervereinigten Koreas weniger als bisher zu sorgen. Andererseits würden Rücksichtnahmen hinfällig, die beide Großmächte

bisher an einer Normalisierung ihrer Beziehungen mit Seoul gehindert haben.

2. Japan und Westeuropa

Im Kampf gegen das „Wiederaufleben des japanischen Militarismus“ erkennt Nordkorea in der japanischen Linksopposition einen wertvollen Bündnispartner. Pyongyang würdigt insbesondere die neutralistische Position der Sozialistischen Partei Japans (SPJ). Auch die kleinere buddhistische Komeito genießt das Wohlwollen Pyongyangs, da sie wie die SPJ Sympathien für den nordkoreanischen Wiedervereinigungsgedanken zeigt. Hingegen ist das Verhältnis der PdAK zur Kommunistischen Partei Japans (KPJ) äußerst gespannt. Von den einst engen Parteibeziehungen blieb ein Trümmerhaufen zurück. Die KPJ verurteilte die Festlegung einer 200 Meilen-Seezone durch die DVRK. Im Zusammenhang mit der Aufbringung eines japanischen Fischereischiffes innerhalb der von Nordkorea beanspruchten Hoheitsgewässer entwickelte sich im Spätsommer 1984 eine scharfe Polemik zwischen den Parteiorganen „Rodong Sinmun“ (PdAK) und „Akahata“ (KPJ). Rodong Sinmun bezichtigte Akahata des Zusammenspiels mit der konservativen japanischen Regierung gegen legitime nationale Verteidigungsinteressen der DVRK⁶⁹).

Die Verurteilung des „japanischen Militarismus“ hindert die DVRK nicht an einer weiteren Intensivierung ihrer Handelsbeziehungen mit Japan. Die DVRK besitzt ebenfalls ein lebhaftes Interesse an dem Ausbau ihrer Wirtschaftskontakte zu den großen westeuropäischen Industrieländern, insbesondere zu Frankreich und der Bundesrepublik. Der Rahmen hierfür ist eng, bedingt durch das Fehlen diplomatischer Beziehungen beider EG-Länder zur DVRK und durch die intensiven südkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen zu Paris und Bonn. Während die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Nordkoreas mit der Bundesrepublik kurz- und mittelfristig kaum zu erwarten ist, setzte die DVRK nach dem Besuch Mitterands in Pyongyang im Februar 1981 und seiner Wahl zum französischen Staatspräsidenten im Mai 1981 auf Frankreich große Erwartungen. Die Hoffnungen wurden schwer enttäuscht. Als Frankreichs Außenminister Claude Cheysson im August 1982 Seoul besuchte, wurde ihm von südkoreanischen Regierungsvertretern bedeutet, daß Frankreich im Fall einer Anerkennung Nordkorea mit der Suspendierung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Südkorea rechnen müsse.

Frankreich verschob daraufhin die Frage einer diplomatischen Anerkennung. Im Dezember 1984 kam es zu folgendem Kompromiß: Die DVRK durfte in Paris ein Generalkonsulat einrichten, des-

⁶⁴) Editorial, in: The Pyongyang Times vom 13. Januar 1979.

⁶⁵) Dae-Sook Suh, North Korea in 1986: Strengthening the Soviet Connection, in: Asian Survey, XXVII (1987) 1, S. 58.

⁶⁶) Archiv der Gegenwart vom 11. November 1974, S. 19043.

⁶⁷) Shin Jae Hoon, in: Far Eastern Economic Review vom 28. Juli 1983, S. 32.

⁶⁸) C. Mackerras (Anm. 63), S. 20.

⁶⁹) The Pyongyang Times vom 11. August 1984 und 12. September 1984.

sen Angehörigen die gleichen Privilegien wie gewöhnlichen Diplomaten zuteil werden⁷⁰⁾.

3. Die Beziehungen zur „Dritten Welt“

Nordkorea bemüht sich intensiv um die Gastgeberrolle bei internationalen Konferenzen der Blockfreien, auf denen es seine Vorstellungen von Politik, Wirtschaft und Kultur propagieren kann. So fand vom 24. bis 28. September 1983 in Pyonyang die erste Konferenz der Erziehungs- und Kulturminister der blockfreien Länder und anderer „Entwicklungsländer“ statt. Kim Il Sung nutzte die Gelegenheit, um im Sinne der Dschutsche-Ideologie den Zusammenhang von Stärkung der Nationalkultur und Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft darzulegen⁷¹⁾.

In den vergangenen Jahren betonte die DVRK die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der „Entwicklungsländer“ untereinander („Süd-Süd-Kooperation“) und die Schaffung einer die Bedürfnisse dieser Länder berücksichtigenden neuen Weltwirtschaftsordnung. Im August 1981 organisierte Pyonyang das erste „Symposium of the Non-Aligned and other Developing Countries on Increasing Food and Agricultural Production“, auf dem die Koreaner die Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt der Diskussion stellten⁷²⁾.

Während sämtliche sozialistische Länder exklusive Beziehungen zu Pyonyang unterhalten, die große Mehrheit der westlichen Industrieländer ausschließlich Seoul anerkennen, herrscht in der „Dritten Welt“ eine starke Konkurrenz beider Teile Koreas um die diplomatische Gunst. Regionale Schwerpunkte sind deutlich erkennbar. Während Nordkorea starke Bastionen auf dem afrikanischen Kontinent aufgebaut hat, verfügt Südkorea über größeren Einfluß im Nahen Osten und in Lateinamerika.

In Mittelamerika erkennen Nicaragua, Kuba und Guayana die DVRK als den einzigen legitimen Staat auf der koreanischen Halbinsel an und sind ihr durch technische und wirtschaftliche Kooperationsverträge verbunden. Nordkoreas Werben um die bedeutenden lateinamerikanischen Staaten blieb bislang ohne größere Resonanz. Ausnahmen bilden Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Argentinien, dessen Position im Malwinenkonflikt die DVRK vorbehaltlos billigte⁷³⁾. Die Beziehungen zu Chile, das unter der Volksfrontregierung Anfang der siebziger Jahre als erstes südamerikanisches Land die DVRK anerkannte, wurden nach dem Militärputsch im September 1973 abgebrochen.

Während der siebziger Jahre entwickelte sich der afrikanische Kontinent zu einem Schwerpunkt der

diplomatischen Aktivitäten Nordkoreas. Ideologische Präferenzen sind kaum erkennbar; denn die „sozialistisch orientierten“ Länder Algerien, Benin, Zimbabwe und Mosambik gehören zum engsten Unterstützerkreis Pyonyangs genauso wie die „prowestlich/kapitalistischen“ Länder Ägypten, Togo, Burundi und die Zentralafrikanische Republik.

Die DVRK leistet eine nicht unbeträchtliche ökonomische, technische und militärische Hilfe an zahlreiche befreundete afrikanische Länder. Die Hilfe scheint nicht nur von Selbstlosigkeit geprägt zu sein; die Suche nach maximaler internationaler Unterstützung für das eigene Wiedervereinigungskonzept ist offensichtlich eine wichtige Antriebskraft, wie das folgende Beispiel verdeutlichen mag:

Vom 7. bis 13. Mai 1983 besuchte der Premierminister des Königreiches Lesotho, Leabua Jonathan, die DVRK. Während seines Besuches drückte der Gast aus dem südlichen Afrika die uneingeschränkte Unterstützung seiner Regierung für das nordkoreanische Wiedervereinigungskonzept aus. Ein Abkommen über die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische Hilfe wurde vereinbart⁷⁴⁾. Am 24. Juni 1983 brach das Königreich Lesotho seine diplomatischen Beziehungen zu Südkorea ab. Sämtliche Abkommen mit Seoul wurden gekündigt, die südkoreanischen Staatsangehörigen des Landes verwiesen⁷⁵⁾. Ähnliche Schritte hatten das mit dem Freistaat Bayern und der DVRK gleichermaßen gute Beziehungen unterhaltende Togo im September 1974, Sierra Leone im März 1975 und Rwanda im März 1980 vollzogen.

Seit Anfang der achtziger Jahre scheint Seoul den Erosionsprozeß in Afrika gestoppt zu haben. So wurden die Beziehungen zu Lesotho im Jahre 1987 nach einem dortigen Machtwechsel wiederhergestellt. Südkorea gelang sogar ein Einbruch in bisherige nordkoreanische Domänen. Libyen, das mit der DVRK durch einen militärischen Beistandspakt verbündet ist, und die Republik Korea beschlossen bereits im Januar 1981 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene. Auch das wie Libyen strikt prosovjetsche Äthiopien pflegt Beziehungen sowohl zu Nordkorea als auch zu Südkorea. Im Oktober 1987 erkannte Somalia Südkorea als 128. Staat an und unterhält nunmehr diplomatische Beziehungen zu beiden Koreas. Nordkorea, das nur zu 102 Staaten diplomatische Beziehungen pflegt, ist im internationalen Anerkennungs-Wettstreit gegenüber dem Süden ins Hintertreffen geraten⁷⁶⁾.

Der gegenwärtige Trend in der „Dritten Welt“ hin zu einer Anerkennung beider koreanischer Teilstaaten wird sich fortsetzen, zumal Südkoreas Wirtschaftsbeziehungen mit sozialistischen Ländern im-

⁷⁰⁾ The Pyonyang Times vom 19. Dezember 1984.

⁷¹⁾ The Pyonyang Times vom 28. September 1983.

⁷²⁾ North Korea Quarterly, (1981) 26/27, S. 17–26.

⁷³⁾ The Pyonyang Times vom 19. September 1984.

⁷⁴⁾ Korea Today, (1983) 7, S. 32.

⁷⁵⁾ Korea Today, (1983) 9, S. 79.

⁷⁶⁾ John Mc Beth, in: Far Eastern Economic Review vom 22. Oktober 1987, S. 40.

mer enger geknüpft werden. Der südkoreanische Außenminister Park Soo Gil umschreibt die subtile Strategie seiner Regierung mit den Worten: „We are convinced that the real basis of good friendship must come through economic cooperation. Politics is only the superstructure.“⁷⁷⁾

Standen dem südkoreanischen Außenministerium bislang 10 Mio. US-Dollar für ausländische Unterstützungsarbeit zur Verfügung, so gründete die Regierung im Jahre 1987 einen „Overseas Cooperation Fund“, den sie zunächst mit 70 Mio. US-Dollar

ausstattete. Sein Budget soll in diesem Jahr 120 Mio. betragen und bis 1992 auf 320 Mio. US-Dollar erhöht werden⁷⁸⁾.

Diese gewaltigen finanziellen Mittel lassen sich gut nutzen, um die Phalanx der treuen Verbündeten Nordkoreas in der „Dritten Welt“ weiter aufzuweichen. Seit längerem konzentriert Seoul sein Hauptaugenmerk auf die südafrikanischen „Frontstaaten“ Sambia, Mosambik, Tansania, Angola und Zimbabwe, die teilweise seit zwei Jahrzehnten exklusive Beziehungen mit Nordkorea unterhalten.

VI. Schlußbemerkungen

Im Vorfeld der Souler Olympiade wächst Nordkorea internationale Isolierung. Kennzeichnend für den schwindenden Rückhalt Pyongyangs selbst unter seinen sozialistischen Verbündeten war deren Haltung in der Olympiafrage. Die Sowjetunion, China und die osteuropäischen Staaten gaben frühzeitig zu verstehen, auch dann nach Seoul zu fahren, wenn Pyongyang an der Ausrichtung der Spiele nicht beteiligt sein würde. Nur Kuba erklärte sich offen mit Pyongyangs solidarisch. Die DVRK muß Ende der achtziger Jahre die Grundlagen ihrer Außenpolitik überdenken. Zwei sehr unterschiedliche Optionen sind denkbar:

1. Nordkorea verstärkt seine militärische, politische und ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Aufgrund der Kompatibilität der sowjetischen und der nordkoreanischen Gesellschaftssysteme wäre eine derartige Kooperation sicher nicht unvernünftig. Doch die DVRK würde ihr Selbstverständnis als blockfreies sozialistisches Land verlieren. Dies widerstrebt dem Nationalismus der koreanischen Kommunisten. Angesichts der sich anbah-

nenden chinesisch-sowjetischen Versöhnung wäre ein Zusammenspiel Pyongyang/Moskau wahrscheinlich der falsche Weg, um Chinas Südkorea-Politik nachhaltig zu stören.

2. Nordkorea öffnet sich westlichen Industrieländern, deren entwickelte Technologien für den notwendigen Entwicklungsschub benötigt werden. Diese Option mag in Nordkorea Befürworter finden und wird sicherlich die Unterstützung Chinas haben. Sie ist ohne eine spürbare Entspannung der innerkoreanischen Beziehungen kaum zu verwirklichen. Bisher stemmt sich die DVRK beharrlich gegen einen Entspannungsprozeß nach „deutschem Vorbild“, der auf der koreanischen Halbinsel den Status quo festschreiben würde und von Nordkorea den Verzicht auf sein Konföderationskonzept (ein Staat — zwei Regierungen — zwei Gesellschaftssysteme) verlangen würde⁷⁹⁾.

⁷⁹⁾ Zum nordkoreanischen Konföderationskonzept siehe: Volker Grabowsky, Zwei-Nationen-Lehre oder Wiedervereinigung? Die Einstellung der Partei der Arbeit Koreas und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur nationalen Frage ihrer Länder seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich, Bochum 1987, insbes. S. 309–361.

⁷⁷⁾ Ebda.

⁷⁸⁾ Ebda.

Peter J. Opitz: Das „Land der Morgenstille“ — ein Brennpunkt der Weltpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/88, S. 3—16

Dieser Beitrag nimmt die bevorstehenden Olympischen Sommerspiele in Seoul und die Gefahr terroristischer Störungen zum Anlaß eines Rückblicks auf die Rolle, die Korea seit seiner „Öffnung“ vor einem Jahrhundert in der Weltpolitik gespielt hat. Dabei soll gezeigt werden, daß die Halbinsel von Anfang an zu einem Spielball in der Machtpolitik der pazifischen Großmächte wurde und daß auch der Korea-Krieg als eine Etappe in diesem Prozeß gesehen werden muß. Eine Analyse der wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen seit dem Ende des Korea-Kriegs auf der Halbinsel sowie in ihrem regionalen und internationalen Umfeld führt schließlich zu dem Ergebnis, daß sich trotz weiterhin bestehender konfligierender Interessenlagen und andauernder tiefer Widersprüche zwischen den beiden koreanischen Staaten die Situation zunehmend stabilisiert hat. Daß sich dieser Stabilisierungsprozeß trotz möglicher zeitweiliger Rückschläge auch in dem kommenden Jahrzehnt weiter vertiefen wird, ohne allerdings in eine Wiedervereinigung einzumünden, kann als Prognose gewagt werden.

Jens Hacker: Die Problematik der Wiedervereinigung Koreas aus der Sicht beider Staaten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/88, S. 17—32

Die innerkoreanische Szenerie läßt sich nur verdeutlichen, wenn man die Entstehung und wichtigsten Etappen der Entwicklung der Teilung sowie die politischen Grundpositionen der beiden koreanischen Staaten in die Betrachtung einbezieht. Mit der militärischen Besetzung durch die Sowjetunion und die USA 1945 gingen die früheren japanischen Souveränitätsrechte auf die sowjetischen und amerikanischen Befehlshaber über, die sie bis zur Etablierung einer koreanischen Regierungsgewalt treuhänderisch ausüben sollten. So war es unvermeidlich, daß die am 38. Breitengrad gezogene Demarkationslinie auch politische und administrative Bedeutung erlangte.

Eine Analyse des Verlaufs und Scheiterns der innerkoreanischen Dialoge seit 1971 hat neben den innenpolitischen Verhältnissen in beiden Staaten auch die Interessen der am ostasiatischen Kräftespiel beteiligten vier Großmächte — der UdSSR, der Volksrepublik China, Japans und der USA — zu berücksichtigen. Wenn sich jetzt im Vorfeld der Sommer-Olympiade in Seoul ein neuer innerkoreanischer Dialog abzeichnet, so sind dafür — wie in der Vergangenheit — wiederum innere und äußere Faktoren maßgebend.

Suck-kyo Ahn: Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/88, S. 33—41

In politischer Hinsicht ist die Geschichte Koreas eine Folge unglücklicher Ereignisse: 30 Jahre japanische Kolonialherrschaft, der Koreakrieg, die Teilung des Landes und die Militärdiktatur. Im Falle Koreas gewinnt die wirtschaftliche Entwicklung eine zusätzliche Funktion, nämlich die Legitimation des Wirtschaftssystems zum einen und des diktatorischen politischen Systems zum anderen. Korea hat von Anfang an versucht, durch eine weltmarktintegrative Strategie die Industrialisierung voranzutreiben, und die Regierung hat vielseitige Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums eingesetzt. Korea leidet jedoch unter einer Reihe von strukturellen Ungleichgewichten und sozialen Konflikten, die ohne eine gesunde Ordnungspolitik und eine gesellschaftliche Demokratisierung kaum zu lösen sind.

Volker Grabowsky: Die Demokratische Volksrepublik Korea im Vorfeld des Umbruchs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/88, S. 42—55

Wie kein anderes sozialistisches Land glorifiziert Nordkorea (oder die „Demokratische Volksrepublik Korea“ — DVRK) die Rolle seiner führenden Persönlichkeit: des Staatsgründers und allmächtigen Präsidenten Kim Il Sung. Unter Kim Il Sungs Ägide hat sich Nordkorea zu einem abgeschlossenen, betont national-kommunistischen Land entwickelt. Nordkoreas Staatsphilosophie, die „Dschutsche-Ideologie“, rechtfertigt den autozentrierten, binnenmarktorientierten Wirtschaftsaufbau und eine von Moskau und Beijing unabhängige Außenpolitik.

In einer sich wandelnden Welt sind Ende der achtziger Jahre die Grenzen der bisherigen Dschutsche-Politik deutlich erkennbar. Die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten der siebziger Jahre sind verschwunden: Nordkoreas Ökonomie stagniert. Auf außenpolitischem Gebiet verfolgt die DVRK eine Politik der Blockfreiheit, deren Hauptziel darin besteht, in Konkurrenz mit dem feindlichen Südkorea eine maximale internationale Unterstützung für das eigene Wiedervereinigungskonzept zu erhalten.